



# Politische Berichte

Nummer 19 / 13. Jahrgang

11. September 1992

G 7756 D Preis 1,50 DM

## Europäische Drogenpolizei unter deutscher Führung im Aufbau

Drogenabhängige, die von ihrer Sucht loskommen wollen und Hilfe zur Heilung suchen, müssen monatelang auf einen Therapieplatz warten, ganz abgesehen von der Qualität von Therapieeinrichtungen. In Hamburg gibt es für die etwa 10000 Drogenabhängigen 60 stationäre Entgiftungsplätze in den Krankenhäusern. Ambulante Einrichtungen der Drogenhilfe mußten wegen zu großen Andrangs geschlossen werden. Die Erfolgsquote der verschiedenen Therapieangebote liegt inzwischen bei 30 bis 40 %. Hätte die Bundesregierung ernsthaft vor, etwas gegen das zunehmende Drogenproblem zu unternehmen, wäre es das mindeste, was man erwarten könnte: Einrichtung von ausreichend vielen Therapieplätzen. Das sei aber Ländersache. Das sagt die Bundesregierung, die auf die Länderhaushalte zu rückgreift für die Ostexpansion und in den Ländern den Spielraum für soziale Ausgaben immer mehr einschränkt.

Die immer öfter erhobene Forderung nach Entkriminalisierung der Drogenabhängigen hat das Bundeskabinett am 27.8.92 weit von sich gewiesen. Seehofer teilt mit: „Die Freigabe von Drogen welcher Art auch immer lehne ich ab. Die gesetzlichen Drogenverbote gelten weltweit und schützen Millionen Menschen, vor allem junge Menschen, vor dem leichten Zugriff auf Drogen. Auf diesen Schutz durch die Ächtung von Drogen dürfen wir nicht verzichten. Wer meint, damit bereits Abhängigen zu helfen, befindet sich im Irrtum.“

Bei einer, wenn auch nur teilweisen Legalisierung des Drogenkonsums, wären aber viele schreckliche Auswirkungen der Drogenabhängigkeit zu vermeiden. Die Jugendlichen greifen zu Drogen, weil sie in ihrem wirklichen Leben keine Entfaltungsmöglichkeiten und keine Perspektiven sehen. Das Glücksgefühl durch Heroin währt aber nur kurz. Schon nach wenigen Spritzen können die Entzugsschmerzen zum Hauptproblem werden, von welchem nur eine weitere Spritze erlöst. Wenn die Jugendlichen dann feststellen, daß die Drogen ihr Leben vollends zerstören, sind sie schon in dem Teufelskreis der Illegalität gefangen. Sie können nicht offen mit Freunden oder in der Familie sprechen, obwohl das am wichtigsten ist, um rechtzeitig einen Ausweg zu finden. Bis zum Juni dieses Jahres hatten nicht einmal die Drogenberater ein Zeugnisverweigerungsrecht vor Gericht, so daß auch dieser Weg durch die Kriminalisierung er-

## Suchtkrankheiten weiter Vorwand für Polizeijagd

schwert war. Wegen der Illegalität sind die Drogen wahnsinnig teuer. Die Folge sind Beschaffungskriminalität, Beschaffungsprostitution, Verlust der Wohnung und früher oder später landen die Drogenabhängigen im Gefängnis, es sei denn, sie stammen aus reichen Familien. Im Hamburger Untersuchungsgefängnis stellen sie weitaus die Mehrheit der Häftlinge. Die Drogenabhängigen werden nicht von Heroin krank, sondern z. B. von Ersatzdrogen, Schlaf- und Beruhigungsmitteln, die sie besorgen, wenn sie an den Stoff nicht rankommen. Sie werden krank, weil sie für Essen und Wohnung kein Geld mehr haben oder durch unsterile Spritzen. Die Zahl der Drogentoten steigt, weil durch den illegalen Handel keiner genau weiß, wie rein das Zeug ist, d. h. eine besonders reine Ware kann die Überdosierung bedeuten. Meist sterben sie daran, weil anwesende Personen aus Angst vor der Polizei den Notarzt entweder zu spät oder gar nicht rufen.

Die derzeitige sog. Prävention beruht auf dem Prinzip der Abschreckung durch Angst, was bekanntlich bei keiner Suchterkrankung hilft. Im Gegenteil: Angst, egal wovon, stärkt Abhängigkeitsgefühle und damit die Tendenz zur Suchterkrankung. Diese Erkenntnis dringt sogar zu Richtern durch: Beim Bundesverfassungsgericht liegen derzeit zwei Vorlagebeschlüsse des Amtsge-

richts Stuttgart und des Landgerichts Lübeck, die geprüft haben wollen, ob das Betäubungsmittelgesetz nicht zwischen gewerblichem Handel, kostenloser Abgabe und Konsum von Rauschgiften unterscheiden muß.

Warum beharrt die Bundesregierung auf der Illegalisierung der Drogen?

Der Bundesgerichtshof kam am 25.8. zu dem Urteil: „Strafbarkeit des Erwerbs von Haschisch zum Eigenverbrauch ist nicht verfassungswidrig“. Haschisch sei gefährlich, die Jugend per Strafrecht davor zu schützen und die ebenfalls schädlichen Suchtmittel Alkohol und Nikotin seien nur wegen langer Tradition in der westlichen Kultur nicht gleichfalls verboten. Die Bundesregierung hält die Menschen allesamt für unmündig, unselbständig und daher suchtgefährdet, nur durch Polizei und Strafschutz von Drogen abzuhalten. Wenn dies schon für den Menschen deutscher Machart gilt, wieviel mehr für die anderen! Also Drogenkrieg weltweit mit deutlicher deutscher Beteiligung.

So hat sich die Bundesregierung nachdrücklich für ein UN-Drogenkontrollprogramm eingesetzt. So ein Freibrief ist was wert. Die sog. Dublin-Gruppe, das sind die zwölf EG-Mitgliedsländer sowie USA, Japan, Australien, Kanada und Schweden, hat sich die Zielgebiete Afrika, Karibik, Südamerika, Südostasien/Goldenes Dreieck, Südwestasien/

Goldener Halbmond, Balkan und Nahost und nördliches Osteuropa aufgeteilt, die BRD führt den Vorsitz in der Regionalgruppe Südwestasien. Auf Initiative des BKA wirkt IKPO-Interpol verstärkt als internationale Drogenpolizei mit weitgehenden grenzüberschreitenden Befugnissen. Auf europäischer Ebene treibt die Bundesregierung dazu, Aktivitäten im Bereich der Drogenbekämpfung zu koordinieren. In diesem Rahmen sieht die Bundesregierung den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit in Osteuropa und auf der sog. Balkan-Route. Mit Ungarn, der CSFR und Polen sind bereits bilaterale Regierungsabkommen über die „Zusammenarbeit auf dem Gebiet der organisierten Kriminalität, insbesondere der Rauschgiftkriminalität“ unterzeichnet. Mit Bulgarien wird eines ausgearbeitet, mit der GUS ebenfalls. Diese Länder erhalten 14,5 Mio. DM Ausstattungs- und Ausbildungshilfe. Am 1.1.93 soll die europäische Rauschgiftzentrale unter deutscher Verantwortung ihre Tätigkeit aufnehmen. Es ist die erste Stufe von EUROPOL, der Europäischen Kriminalpolizeilichen Zentralstelle. Eine Erweiterung der Befugnisse dieser Einrichtungen in Richtung Europa-Polizei wird geprüft.

Quellen: Bericht der Bundesregierung zur Rauschgiftsituation 29.8.92, Maßnahmen des Bundes zur Umsetzung des Nationalen Rauschgiftbekämpfungsplans, Juni 92 — (sul)

## Polen gegen „Wiedergeburt Ostpreußens“

Polen möchte nicht, daß im Bezirk um Kaliningrad der Anteil der deutschen Bevölkerungsgruppe übermäßig wächst. Der stellvertretende Ministerpräsident Henryk Goryszewski verwies in einem am 4.9.92 in der Warschauer Zeitung *Zycie Warszawy* erschienenen Interview darauf, daß in den letzten drei Jahren etwa 4000 Deutsche aus der früheren Sowjetrepublik Kasachstan in das zu Rußland gehörende Gebiet von Kaliningrad (Königsberg) übersiedelt seien. „Wir wollen allerdings nicht zulassen, daß es im Gebiet von Königsberg zu einer Wiedergeburt einer Art Ostpreußen kommt. Wir wollen den Status quo aufrechterhalten“, sagte Goryszewski. Im Potsdamer Abkommen von 1945 war der nördliche Teil der ehemals deutschen Provinz Ostpreußen der Sowjetunion und der südliche Teil Polen territorial zugesprochen worden.

Quelle: *Goslarsche Zeitung*, 5.9.92 — (mio)

## SPD: Widerstand gegen Asyl- und Bundeswehrpolitik

Der Kurs der SPD-Führung, mit der Regierung zusammen das Asylrecht jetzt auch im Grundgesetz einzuschranken und Bundeswehreinräumung im Ausland auch außerhalb des NATO-Bündnisses zu ermöglichen, stößt auf Widerstand. Am 5./6. September lehnte sowohl der Parteitag der hessischen SPD wie der Landesvorstand der bayerischen SPD die Pläne des SPD-Vorstands ab. Der bayerische Beschluß gilt aber erst als „Meinungsbild“. Die SPD Bayern muß noch auf einem außerordentlichen Landesparteitag am 24. Oktober beschließen. Die Fraktions- und Landesvorsitzenden aus den neuen Bundesländern und Berlin unterstützen dagegen die Pläne des Parteivorstandes. — (rül)

## CSFR zerfällt. „Sudetendeutsche“ steigern Hetze

Nach der beschlossenen Auflösung der CSFR sei der in diesem Jahr bereits ratifizierte „Vertrag über gute Nachbarschaft“ zwischen der BRD und der CSFR „gegenstandslos“ geworden, hetzte Ende August der Sprecher der revanchistischen „Sudetendeutschen Landsmannschaft“, der frühere bayerische Minister Neubauer. „Die sudetendeutsche Frage bleibe auf jeden Fall offen“, erklärte Neubauer. Offenbar sehen die Revanchisten bei dem drohenden Zerfall des Landes günstigere Aussichten, ihre dreisten Forderungen nach Rückgabe reichsdeutschen Eigentums in der früheren CSFR und nach Rückkehrrecht für die nach den faschistischen Kriegsverbrechen vertriebenen deutschen Siedler gegenüber den — auf jeden Fall geschwächten — Regierungen der Teilrepubliken erneut zu präsentieren und womöglich sogar durchzusetzen. — (rül)

## Türkische Mordkommandos gegen Kurden in der BRD?

Der „Nationale Sicherheitsrat“ der Türkei, seit dem Militärputsch 1980 faktisch das herrschende Staatsorgan des Militärs, hat Ende August beschlossen, den Terror gegen kurdische Organisationen und Personen künftig auch ins Ausland zu tragen. In einem Bericht der regierungsnahen Zeitung *Hürriyet* wird dabei ausdrücklich auch das Kurdistan-Komitee in der BRD genannt und daneben eine Bombe eingezeichnet. Ein in Köln lebender Kurde, der zehn Jahre in Diyarbakir inhaftiert war und seit kurzem in der BRD lebt und Asyl beantragt hat, hat bereits eine erste, ernstzunehmende Morddrohung erhalten. Das Kurdistan-Komitee hat in einem Brief an alle Bundestagsparteien und die Presse auf die Beschlüsse hingewiesen und eine Einstellung aller Militär-, Polizei- und Geheimdienste-Kooperation der BRD mit der Türkei verlangt — bislang ohne Reaktion seitens der SPD, geschweige denn von den Regierungsparteien. Wir veröffentlichen Auszüge aus dem Brief des Kurdistan-Komitees auf Seite 4 dieser Ausgabe. — (rül)

## Griechenland: gegen Lohndiktat

Mit landesweiten Protestaktionen und Streiks im öffentlichen Dienst und in staatlichen Betrieben wehren sich die griechischen Lohnabhängigen gegen Lohnsenkungsversuche der Regierung. Die Regierung Mitsotakis will — unter Berufung auf den Maastrichter EG-Vertrag — die Löhne und Rentenansprüche um bis zu 20 Prozent senken. Bild: Demonstration in Athen während des Generalstreiks am 27.8. — (rül)



## Osthandel: Moderne Räuberei

### BRD-Konzerne wollen mit „Osthandelsgesellschaften“ stehlen

Unter Kapitalisten und Regierung finden zur Zeit Beratungen darüber statt, wie der immer weiter zusammenbrechende „Osthandel“ vor allem mit Rußland und den anderen GUS-Staaten künftig stattfinden soll.

Zwei Probleme spielen dabei eine Rolle. Zum einen droht auch den Resten der großen Maschinenbaukombinate der DDR in der nächsten Zeit der völlige Untergang. Sowieso sind die Märkte für Investitionsgüter angesichts der sich verstärkenden Krise desolat. Den Ost-Unternehmen ist deshalb der Absatz im Westen verschlossen. Da außerdem die bisherigen Abnehmer in der GUS und anderen osteuropäischen Ländern entweder verschwunden oder zahlungsunfähig sind, scheint das Ende dieser Unternehmen und damit weitere Massenentlassungen und ein industrieller Kahl-schlag ohnegleichen in der Ex-DDR unausweichlich, wenn nicht ein Absatz aufgetan wird.

Zum zweiten geht es den BRD-(West)-Konzernen bei der weiteren Ost-

Expansion darum, den Staatsapparat enger mit ihren Geschäften zu verbinden. Wer weiß schon heute noch, ob der Vertragspartner in der GUS nach Lieferung auch wirklich zahlt! Folglich bastelt man an einer staatsmonopolistischen Konstruktion, bei der die Staatsmacht im Ostgeschäft direkt mitwirkt. Ein Name ist schon gefunden: „Osthandelsgesellschaften“ sollen geschaffen werden, an denen Bundesregierung und Konzerne gleichermaßen beteiligt sind. Diese Osthandelsgesellschaften sollen einmal sogenannte „Bartergeschäfte“ abwickeln. Russische Firmen sollen etwa BRD-Maschinen kaufen, die vielleicht sogar funktionieren, deren Nutzen bei den unsicheren russischen Märkten aber in den Sternen steht. Die russische Regierung soll dafür mit Gold, Öl, Gas oder anderen Rohstoffen zahlen. Klar, wo hier der Gewinner liegt. „Auch Kompensationsgeschäfte, bei denen andere Zahlungsmittel verwandt werden, wären denkbar“, beschreibt das *Handelsblatt* eine weitere Idee des Verbands des Groß-

und Außenhandels. Zum Beispiel solche: Die russischen Abnehmer zahlen mit — faktisch fast wertlosen — Rubeln. Diese Rubel werden von den Osthandelsgesellschaften in Moskau aufgeschätzt und verzinst, die BRD-Konzerne währenddessen von der Bundesregierung bezahlt. Ist der Rubelschatz in Moskau genügend groß, zwingen BRD-Staatsmacht und -Osthandelsgesellschaft die russische Regierung, die wertlosen Rubel gegen wertvolle Bodenschätze zu „tauschen“ — große Erdöl- oder Gas-Lager etwa, die dann von den „Osthandelsgesellschaften“ an BRD-Konzerne zu übergeben wären. Auf diese Weise hätten russische Unternehmen deutsche Maschinen in stillstehenden Fabriken, BRD-Konzerne dagegen russische Rohstoffquellen. Ob an solchen „Geschäften“ freilich am Ende Unternehmen der Ex-DDR beteiligt werden, scheint mehr als zweifelhaft. Ende September soll Möllemann seine Vorschläge im Kabinett unterbreiten.

Quelle: *Handelsblatt*, 27.8., 2.9., 3.9. — (rül)

Postvertriebsstück G 7756 D  
Gebühr bezahlt

## Aktuell in Bonn

## Europol

Anfang September nahm ein „Aufbaustab für eine Europäische Kriminalpolizei-Zentralstelle“ (Europol) seine Arbeit auf. Der Aufbaustab arbeitet, so das Bundesinnenministerium, „unter deutscher Leitung“ in Straßburg und soll den „Informationsaustausch unter den Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft zur Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität“ ermöglichen. Von bundesdeutschen Polizei- und Justizbehörden war schon lange auf den Aufbau einer EG-weiten Polizeibehörde gedrängt worden. Diese nimmt nun Gestalt an, noch bevor der EG-Vertrag von Maastricht überhaupt in allen EG-Staaten ratifiziert ist.

## Neues Parteiengesetz

Eine vom Bundespräsidenten eingesetzte Kommission zur Neuordnung der Parteienfinanzierung nahm am 3. September ihre Beratungen auf. Ihr gehören Vertreter von Union, SPD und FDP, Gewerkschaften, Kapitalisten, Bundesgerichten, Bundestagsverwaltung und Wissenschaftler an. Auftrag: Grundlageng für ein neues Parteiengesetz zu formulieren, nachdem das Bundesverfassungsgericht am 9. April die Wahlkampfkostenobergrenzung auf Antrag der Grünen für verfassungswidrig erklärt hatte. Bereits vor der ersten Sitzung wurden „Leitlinien“ bekannt. Danach sollen die Parteien künftig einen staatlichen „Organisationszuschlag“ bekommen, genauso hoch wie ihr Beitrags- und Spendenaufkommen. Dafür sollen die Wahlkampfkostenpauschale und die Vergütung für Nichtwähler entfallen, die Pauschale je erhaltener Stimme gesenkt werden.

## Platow-Brief: Schwur kommt '93

Der Unternehmer-„Platow-Brief“ (vom 28.8.) referiert die Kritik an der Bundesbank und deren Hochzinspolitik. „Der Streit um die Zinsen ist typisch für die derzeitige Konjunkturphase“, so das Blatt. Alle Prognosen über die Wirtschaftsentwicklung müßten nach unten korrigiert werden. Im Ausland wie im Inland drohe die Rezession. Dabei seien die Einbrüche 1992 nicht einmal entscheidend; „zum Schwur kommt es nach unserer Auffassung 1993“. Nach einem Krisenjahr 1993 werde die „Tourenzahl der deutschen Wirtschaft erst 1994 allmählich wieder Tritt fassen“.

## Herbstmanöver

Welche Kriegslage geübt wird, war der Meldung nicht zu entnehmen: Am 2. September teilte das Verteidigungsministerium die anstehenden Herbstmanöver der Bundeswehr mit. Vom 16. bis 25. September werden 10000 deutsche, US-amerikanische und französische Soldaten in Baden-Württemberg Manöver durchführen, an einer Stabsrahmenübung in Norddeutschland vom 7. bis

11.9. nehmen erstmals rund 300 spanische Soldaten teil. Die Bundeswehr selbst verstärkt ihre Übungen im Ausland: So nehmen etwa 650 Bundeswehrsoldaten an Manövern in Südengland und Südbelgien teil.

## FDP will Berufsarmee

Auf dem kommenden FDP-Parteitag im Oktober liegt ein Antrag der Jungen Liberalen vor, die Wehrpflicht abzuschaffen und die Bundeswehr in eine (rückwärtslos einsetzbare) Berufsarmee umzuwandeln. FDP-Vizeparteivorsitzende und Wohnungsbauministerin Schwaetzer unterstützt den Antrag: Bei der Personalstärke der Bundeswehr werde künftig nur jeder dritte Wehrpflichtige zum Wehrdienst eingezogen. Das führe zu Ärger. Gleichzeitig mit der Umwandlung der Bundeswehr in eine Berufsarmee müßten auch Frauen zu Kampfeinheiten der Bundeswehr zugelassen werden.

## Kultureller Kahlschlag

Ausnahmsweise einig waren sich CDU/CSU, FDP und SPD, allerdings nur deren kulturpolitische Sprecher. Danach droht in den neuen Bundesländern ein kulturpolitischer Kahlschlag. Bonn will 1993 die vereinbarte Kulturförderung von 780 Millionen auf 310 Millionen reduzieren. 1994 gibt es gar keine Mittel mehr aus Bonn. Bereits jetzt lautet die Bilanz: 40 Prozent aller Jugendclubs, 25 Prozent der Bibliotheken und gar die Hälfte aller Kinos in der Ex-DDR wurden seit 1989 geschlossen. Allein 1993 sollen 1900 „Fördermaßnahmen“ in diesem Bereich gestrichen werden.

## Grün lackiert gegen rote Zahlen

Umweltminister Töpfer und Verkehrsminister fordern, der Straßenverkehr müsse für seine Kosten, die weit höher lägen als die Einnahmen aus der Kfz- und Mineralölsteuer, gegebenenfalls gleich dreifach verteuert werden: durch höhere Mineralöl-, durch höhere Kfz-Steuer und durch eine Straßennutzungsabgabe. Töpfer verkauft das als ökologisches Programm gegen den Autoverkehr. Er weiß jedoch, daß Kollege Krause mit dem im September noch ins Parlament einzubringenden Gesamtdeutschen Verkehrswegeplan allein im Pkw-Verkehr von einer weiteren Steigerung um 30 bis 40 und im Lkw-Verkehr von einem Zuwachs um 100 Prozent ausgeht. In Wirklichkeit dient der grünlackierte Schröpfkurs allein der Beschönigung von Waigels roten Zahlen.

## Was kommt demnächst?

Am 8. September beginnt der Bundestag seine Verhandlungen mit der Beratung über den Haushalt 1993. Diese dauern bis einschließlich Donnerstag, den 10.9. Am 11.9. berät der Bundestag dann in erster Lesung über Seehofers Kostendämpfungspaket für das Gesundheitswesen. In Frankreich findet am 20. September das Referendum über die Maastrichter Verträge der EG statt. Am 2. und 3. Oktober ist FDP-Parteitag in Bremen. Vom 25. bis 28. Oktober ist CDU-Parteitag in Düsseldorf.

## Stimmt der IGM-Gewerkschaftstag gegen Bundeswehreinsatz weltweit?

Derzeit bildet sich in der BRD eine parteiübergreifende Kriegscoalition heraus, in den letzten Tagen und Wochen entfaltet sie sich galoppierend: auf ihrer Klausurtagung am 22./23.8.92 hat die SPD-Führung eine strategische Kursänderung beschlossen, die die Partei für weltweite Kampfeinsätze der Bundeswehr mobilisieren soll. Der FDP-Außenminister Kinkel hat sofort mit einem Gesetzentwurf zur Verfassungsänderung nachgestoßen. Das monatelange Trommelfeuer aus der CDU/CSU zeigt Wirkung. Die Lage ist brandgefährlich, denn die sich bildende Kriegscoalition reicht inzwischen bis in die Grünen und die Gewerkschaften! Rückblickend kann man vermuten, daß die positive Stellungnahme des DGB-Vorsitzenden Meyer für Bundeswehr-Kampfeinsätze in „Bild am Sonntag“ vom 2.8.92 den Kurswechsel in der SPD-Führung sicher begünstigt hat.

## Werden sich die Gewerkschaften auf Kriegskurs bringen lassen?

Der HBV-Bundesvorstand hat als einer der ersten öffentlich gegen den DGB-Vorsitzenden Stellung genommen und dessen Position abgelehnt. Auch der Bundesjugendsekretär des DGB, Volker Roßocha, hat Widerstand gegen eine Beteiligung der Bundeswehr an UNO-Kampfeinsätzen angekündigt und erklärt, der Einsatz von UN-Blauhelmsoldaten zur Überwachung eines Waffenstillstands könne zwar zur Überwindung des Konflikts (in Jugoslawien) nützlich sein, die Gefahr aber, daß es zu einer Eskalation komme, sei nie auszuschließen; weshalb die DGB-Jugend den Einsatz der Marine in der Adria sowie den Einsatz von BGS-Truppen an anderen Orten der Welt ablehne (lt. DGB-Nachrichtendienst, Pressestelle des DGB, Düsseldorf).

Auch die Antragslage zum Gewerkschaftstag der IG Medien (11.-17.10.92) ist eher ermutigend. Im Antragsmaterial der IG Metall zum gleichzeitig stattfindenden Gewerkschaftstag gibt es zwar auch vier Anträge gegen Verfassungsänderung in Sachen weltweitem Bundeswehreinsatz, aber die Entschlüsse des Vorstandes legen sich in dieser entscheidenden Frage nicht fest. Zwar wird nicht, wie vom DGB-Vorsitzenden Meyer oder neuerdings auch vom IG Chemie-Vorsitzenden Rappe (FAZ, 31.8.92) offen der Bundeswehreinsatz gefordert. Aber die starke Orientierung auf „konsequente Einbindung (des veränderten Deutschlands) in die Europäische Gemeinschaft und die Vereinten Nationen, in die NATO und in die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (Entschließung 1) bietet kaum Haltepunkte gegen die Befürworter von Kampfeinsätzen. In der Entschließung 7 heißt es: „Ansatzpunkte für die Stärkung der internationalen Verantwortungs- und Sicherheits-

partnerschaft ist nach Auffassung der IG Metall in erster Linie die UNO. Deutschland muß sich dafür einsetzen, daß die Menschenrechte zum Maßstab für jedes Handeln dieses Gremiums werden und die Kompetenzen und damit die Sanktionsfähigkeit der UNO gestärkt werden“. Wie EG und NATO den Kriegskurs der BRD „einbinden“ sollen, bleibt das Geheimnis des Vorstandes, beruht doch die expansive und aggressive Außenpolitik Großdeutschlands auf ihrer gestiegenen Machtstellung vor allem in der EG, aber auch in NATO und WEU. Bezüglich der UNO handelt es sich um gefährliche Illusionsmacherei: denn in der UNO sind die Kräfteverhältnisse längst (wieder) eindeutig zugunsten der größten Mächte, die die UNO auch entscheidend finanzieren, verschoben. Die herrschenden imperialistischen Staaten entscheiden letztlich über Krieg und Frieden und darüber, wer sich mit welchen Mitteln beteiligt. Daß ausgerechnet die Hauptkonkurrenten der USA auf den Weltmärkten, Japan und die BRD, durch Aufnahme in den Weltwirtschaftsrat „friedensstiftend“ wirken sollen, ist nicht realistisch.

Allenfalls könnte man den folgenden Satz aus der Entschließung 7 als Ablehnung einer Verfassungsänderung interpretieren: „Deutsche Politik muß sich auf der Basis des Grundgesetzes in die internationalen Einrichtungen integrieren.“

Umso mehr muß aber in diesem Zusammenhang die Überlegung Steinkühlers in der Metall 17/92 auf Seite 3 beruhigen: dort wird die Ablehnung jedweden Einsatzes deutscher Soldaten auf dem Balkan, den „die Geschichte verbietet“, benutzt, um durch die Hintertür die Debatte um Verfassungsänderung in die IG Metall einzuschleusen: „Der aktuelle Konflikt verweist darüber hinaus auf weiteren Regelungsbedarf: Auch die Beteiligung deutscher Soldaten an UNO-Blauhelmeinsätzen setzt eine Änderung der Verfassung voraus.“ Steinkühler geht mit dieser Position über die beantragten Entschlüsse hinaus.

## Gewerkschaftlicher Widerstand dringend erforderlich!

Die nicht wenigen, nur teilweise bekannt gewordenen Stellungnahmen gegen den DGB-Vorsitzenden, gerade auch auf unteren Gewerkschaftsebenen, legen nahe, daß sich die antimilitaristische und pazifistische Opposition in den Gewerkschaften nicht kampflös dem SPD-Kurswechsel unterwerfen will. Das verdient, gerade in den nächsten Wochen, vorbehaltlose Unterstützung. Jeder jetzt zustandekommende Gewerkschaftsbeschuß gegen eine Verfassungsänderung für weltweiten Bundeswehreinsatz hat Gewicht und kann vielleicht dazu beitragen, daß ein möglicher SPD-Sonderparteitag doch noch unter

Druck aus den Gewerkschaften käme. Der derzeit erörterte zeitliche Fahrplan der SPD-Führung, gegebenenfalls im Oktober/November einen Sonderparteitag durchzuführen, ließe eine solche Wirkung zu: denn sowohl die HBV, als auch die IG Medien und die IG Metall können auf ihren Gewerkschaftstagen im Oktober Beschluß fassen. Die Möglichkeit von Initiativanträgen, z.B. von Vertreterversammlungen aus, besteht. Zumindest war es bisher Usus in der IG Metall, zu Entwicklungen oder Gegenständen, die seit dem Antragsschluß (Mai 92) neu entstanden sind, Initiativanträge zuzulassen. Neu ist auf jeden Fall, daß inzwischen ein Gesetzentwurf zur Verfassungsänderung von Kinkel vorliegt, und neu ist leider auch, daß Gewerkschafts-Vorstandsmitglieder – ohne Beschlußgrundlage – für deutsche Kampfeinsätze Propaganda machen! – (maf)

## Dokumentiert: Anträge an die Gewerkschaftstage der IG Medien und der IG Metall:

## Antrag der Bundesjugendkonferenz der IG Medien:

„... Die Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland für friedenssichernde Maßnahmen muß für uns als junge Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter im Zusammenhang mit unserer Geschichte gesehen werden. Internationale Verantwortung definiert sich für uns – aufgrund der historischen Schuld, zwei Weltkriege verursacht zu haben – nicht in der Beteiligung an Konfliktlösungsstrategien, die auf militärische Präsenz und Eingriffsmöglichkeiten setzen, sondern in einer Politik, die Ursachen von Kriegen konsequent bekämpft ... In diesem Verständnis fordern wir:

- keine Beteiligung deutscher Soldaten an Kampfverbänden und Blauhelmeinsätzen der UNO;
- keine Beteiligung deutscher Soldaten an Eingreiftruppen der NATO oder WEU;
- Keine Verfassungsänderung ... deutscher Soldaten in der Welt; ...“

## Antrag des Jugendausschusses beim Vorstand der IG Metall:

„... Erschreckend war und ist für uns, daß der ‚Golfkrieg‘ Krieg als Mittel der Politik für viele Menschen und Politiker (wieder) rechtfertigte. Dabei hat gerade der Golfkrieg bewiesen, daß keines der Probleme der Region gelöst, vielmehr neue geschaffen wurden. ... Die UNO soll zukünftig die Aufgabe wahrnehmen, in Konflikten mit friedlichen Mitteln – insbesondere auch durch Bekämpfung der Ursachen – zu vermitteln. Sie darf nicht länger von den wirtschaftlich mächtigen Staaten instrumentalisiert und für deren Machtinteressen mißbraucht werden ...“



Mit zahlreichen Protestaktionen, unter anderem in Stuttgart, setzten vor allem niedergelassene Ärzte ihren Widerstand gegen das Kostendämpfungspaket von Gesundheitsminister Seehofer fort. Der Minister nutzt geschickt das Treiben von Reaktionen unter den Ärzten, die vor allem gegen die Beschränkung der Niederlassungsfreiheit polemisieren und stattdessen Kürzungen bei den Krankenhäusern verlangen, um die Proteste der Ärzte gegen die schlechtere Patientenversorgung in der Öffentlichkeit zu verunglimpfen. Ende der Woche ist im Bundestag die erste Lesung des Seehofer-Gesetzentwurfs.

## Lambsdorff für „Mut statt Mißmut!“

Zum Beginn der parlamentarischen Saison brachte FDP-Graf Lambsdorff kürzlich ein Thesenpapier heraus, das statt zu Mißmut zu Mut rät. Flauere Geschäftsaussichten bei höchsten Kreditzinsen lösen begreiflichen Mißmut aus an der Basis der FDP, bei den Selbständigen, den kleineren Gewerbetreibenden, dem kleineren Management. Versucht der Graf, seine bekanntlich scharf rechnenden Parteiklienten mit einem Appell bei der Stange zu halten? So naiv ist dieser Geldmensch eigentlich nicht. Was geht da vor?

Die FDP versucht, die Ihren auf die Situation der Krise einzustellen, denn auch in dieser Situation kann der Mutige etwas gewinnen. Mut, d.h. die Bereitschaft, ohne Scheu vor Gegenwehr zu nehmen, ist allerdings die Voraussetzung. Wenn es eine Bereicherung im Zuge eines Wachstums nicht geben kann, so gibt es immer noch die Chance der Bereicherung auf Kosten der Armut. Eckpunkte hierfür müssen ordnungspolitisch gesetzt werden.

Da der Kapitalismus die Grundrente nicht begrenzt, kann auf dem Wege der Mietzahlung ein beständiger Geldfluß

von arm zu reich organisiert werden. Voraussetzung ist, daß der öffentliche und der genossenschaftliche Wohnungsbau erschwert bzw. unterbunden bleiben.

Für die Gewerbetreibenden und hoch Vermögenden ist die Devise: Rückgabe vor Entschädigung, die betreffend Osten empfohlen wird, Gold wert. Nicht nur wird damit die Restauration der Junkerklasse begünstigt, es wird auch eine wirtschaftliche Lähmung im Osten erreicht, die Nachfrage kann aus dem Westen bedient werden, und die Ostbetriebe können warten, bis sie von irgendwelchen Kapitalisten wachgeküßt werden.

Die weniger besitz- und mehr karriereorientierten Bevölkerungsteile können sich freuen, daß die FDP die Devise: „Im Osten geschehen, im Osten bewältigen“ verwirft. Die Bewältigung des Stasi-Erbes sei Aufgabe „aller Deutschen“, woraus folgt, daß hierzu v.a. Westdeutsche in sinnstiftenden Positionen benötigt werden.

Daß die Situation günstig wäre, das Tarifsystem aufzubrechen und Öffnungsklauseln – „notfalls per Gesetz“ durchzubringen, gehört mit ins Paket.

Eine Abkehr von Grundwerten bürgerlichen Gemeinsinnes betreibt der Graf in Sachen Gesundheitspolitik. Hier geht es darum, die Hilfsbereitschaft gegenüber dem Kranken, die nicht nach der Person fragt, gesellschaftlich umzuwerten. Es soll zuerst nach der Person und dem Grad ihrer Eigenvorsorge gefragt werden; daraus würde sich dann ergeben, welche Behandlung angebracht ist.

Lambsdorffs Botschaft lautet, daß auch – und gerade – in einer Situation von Stagnation, Rückgang und Krise Bereicherung fortgesetzt werden kann, wenn man nur bereit ist, von den Armen und Ärmsten zu nehmen.

Die Lambsdorff-Strategie versucht, die FDPler weit nach rechts außen zu treiben. Erwarten sie dort wirklich saftige Weiden? Wahrscheinlich nur wenige. Aber wenn das solidarische Sozialsystem, das im Risikofall ja auch das absinkenden Mittelstand schützt, einmal eingebrochen ist, dann können die Leute dahin auch nicht mehr zurück. Dem sozialliberalen Denken würde jeder praktische Anhaltspunkt fehlen. – (maf)



Der Innenausschuß des Deutschen Bundestages befaßte sich am 31. August mit dem Überfall auf das Asylbewerberheim in Rostock. Über den Hergang selber war eine Diskussion überhaupt nicht möglich, weil sich praktisch eine große Koalition gebildet hatte, die jegliche Diskussion unterband und darauf achtete, daß Innenminister Seitzers nicht unter Druck geriet. Sanfte Kritik der Medien an Seitzers Eingreifen in Rostock wurden von Anfang an niedergedrückt. Er, Seitzers, habe überhaupt keine Befugnis als oberster Dienstherr, das sei Ländersache bzw. Sache des Einsatzleiters der Polizei. (1) Der Innenausschuß war sich mit den Stimmen der SPD einig, der Artikel 16 des Grundgesetzes zum Asylrecht müsse geändert werden.

Die SPD hat ihre Aufgabe als Opposition aufgegeben, so daß auch ein Mindestmaß an bürgerlich-parlamentarischer Kontrolle faktisch nicht mehr vorhanden ist. Damit deckt die SPD reaktionäre Kräfte im Staatsapparat und begünstigt mit den Regierungsparteien faschistische Anschläge. Die Vorgänge in Rostock werden nicht aufgeklärt, über politische Konsequenzen gegen faschistische Organisationen kaum mehr diskutiert. So hat die SPD in die Kontroverse, ob die faschistischen Anschläge in Rostock gesteuert waren, gar nicht mehr eingegriffen, obwohl sogar Bundespräsident von Weizsäcker sich in diese Richtung geäußert hatte. Inzwischen liegen zahlreiche Informationen vor, daß die Deutsche Alternative (DA) unter Führung vom Kühnen-Nachfolger Christian Worch aus Hamburg den Einsatz in Rostock und Cottbus geleitet hat (2). Die Behauptung, die Anschläge seien spontane Anschläge von Jugendlichen, ist ein irriger Standpunkt, der ein Eingreifen des Staates gegen faschistische Anschläge verhindern soll. Und wenn man über die Äußerung des Präsidenten des Deutschen Städtetages, des Stuttgarter OB Rommel, nachdenkt, der erklärte: „Die Bundesrepublik Deutschland muß Belastungen ertragen und Probleme lösen, wie sie sonst nur in einem Krieg anfallen. Diese Probleme können nur ge-

## Rostock: Wird die BRD durch inneren und äußeren Terror zur Kriegsmacht?

meinsam mit der SPD gelöst werden“, (3) dann erhält man einen Eindruck, welchen Stellenwert Politiker diesen Vorfällen zuordnen. Die Mehrheit der bürgerlichen Politiker arbeitet zielstrebig darauf hin, die BRD zu einer kriegsführenden Macht zu entwickeln. Dazu gehört, daß der Staat nicht gegen faschistische Organisationen tätig wird, sondern stattdessen die verfolgten, gehetzten und gedemütigten Asylbewerber noch weiter entrechtet.

Trotz dieser düsteren Entwicklung ist der Staat noch kein starrer, durchgängig faschistischer Apparat. Die linken und antifaschistischen Kräfte müssen mit allen Kräften zusammenwirken, die eine solche Entwicklung verhindern wollen. Selbsthilfe gegen Faschisten oder wie immer man es auch nennt, führt nicht weiter. Die Linke muß Druck auf staatliche Institutionen ausüben, daß diese faschistische Ausschreitungen unterbinden, und sie muß die Zusammenhänge aufdecken, die den faschistischen Terror begünstigen.

So ist das Eingreifen der BRD in Jugoslawien ein äußerer Krieg, der die Faschisten in Hochstimmung versetzt. Unter dem Motto „Tod dem Kommunismus“ kämpfen Faschisten auf der Seite Kroatiens. So sprach am 15. August auf dem Rudolf-Heß-Gedenkmarsch ein Legionär. Der Informationsdienst *blick nach rechts* berichtet: „Begeistert aufgenommen wurde die kurze Ansprache von Michel „Leloup“ Paci, der von einem Kampfeinsatz im ehemaligen Jugoslawien berichtete. Es gelte, den Kommunismus in Kroatien zu vernichten.“ (4)

Wenn das Bundeskriminalamt ein Sinken der „Hemmschwelle zur Gewaltanwendung“ bei „Skins“ registriert (5), dann hängt dies mit dem äußeren Krieg zusammen, den die BRD führt. Zwar ist

die BRD noch nicht unmittelbar militärisch engagiert, wohl aber bereits deutsche Faschisten. Sie bilden in Kroatien eine „Schwarze Legion“. Hier lernen sie, wie man Menschen grausam quält und wie man sie ermordet. Die Faschisten werden über diese Ausbildung die letzten Skrupel fallen lassen. Das Innenministerium und das Auswärtige Amt wissen davon, unternehmen aber nichts und schreiten nicht ein. (6)

So werden diese Leute von ihren faschistischen Freunden sogar öffentlich gefeiert, wie auf der Heß-Kundgebung geschehen, und geben ihre mörderische Erfahrung weiter. Es ist also damit zu rechnen, daß die faschistischen Anschläge und Attentate in der BRD weiter zunehmen werden und noch grausamer werden, ohne daß der Staat dagegen auftritt. Wie soll man das bewerten? Unterlassene Hilfeleistung? Fahrlässigkeit? Beihilfe?

Solche Entwicklungen können nur gestoppt werden, wenn die sozialistische Linke und die antifaschistischen Kräfte sich mit den staatlichen Behörden auseinandersetzen. Staatliche Institutionen müssen eine Söldneranwerbung unterbinden, sie ist strafrechtlich nicht erlaubt. Das Tragen von Uniformen ist verboten. Faschistische Zeitschriften wie z.B. „Europa Vorn“ werden für Anschläge, ohne daß staatliche Behörden eingreifen, in Kehlheim konnten Faschisten mit staatlicher Erlaubnis vor Asylbewerberheimen demonstrieren. Solchen Entwicklungen muß entgegengetreten werden.

Die Änderung des Artikel 16 wird nur der Beginn einer Aushebelung des Grundgesetzes sein. Kinkel will den Einsatz der Bundeswehr und dazu den Artikel 24 ändern. Beides sind wichtige Verfassungsänderungen, die die politische Linke verhindern muß, wenn nicht

die BRD sehr schnell doch eine direkte kriegsführende Macht werden soll.

In zahlreichen Orten hat es doch noch Demonstrationen zum Antikriegstag gegeben. Weitere Vorbereitungen laufen zum Jahrestag der Reichspogromnacht, am 9. November. Wichtig wäre es, gewerkschaftliche, grüne und sozialdemokratische Gliederungen zur Unterstützung zu gewinnen, um doch noch einmal

zu versuchen, diese reaktionären Verfassungsänderungen zu verhindern.

Quellen: (1) Interview in SAT 1 am 25.8.92, Pressemitteilung des Innenministeriums; (2) *Frankfurter Rundschau* 2.9.92; (3) *Kölnischer Stadt-Anzeiger*, 7.9.92; (4) *blick nach rechts*, Nr. 19, 31.8.92; (5) *Frankfurter Rundschau*, 27.8.92; (6) Deutscher Bundestag, Drucksache 12/2438, Protokoll des Innenausschusses vom 11.3.92, taz Anfang August 1992. — (jöd)

### Bomben-Anschlag in Hannover

Zum Zeitpunkt des Anschlages besuchten ca. 150 000 Menschen das hannoversche Altstadtfest. Eine selbstgebastelte Bombe in einer Bierdose, untergebracht in einem Papierkorb, explodierte in einer engen Straße der hannoverschen Altstadt. 19 Menschen wurden zum Teil schwer verletzt.

Parallelen zum Anschlag auf das Münchener Oktoberfest, aus faschistischen Kreisen organisiert, „mochte“ die hannoversche Polizei nicht ziehen. Vielmehr wird in der Öffentlichkeit eine interessierte Diskussion über „osteuropäische Mafia“ und „Schutzgelderpressung“ geführt, obwohl offensichtlich ist, daß nicht ein bestimmtes Lokal, sondern wahllos in die Menschenmenge getroffen werden sollte.

Es gäbe kein Bekenntschreiben, das auf rechtsextreme Hintergründe schließen ließe, so die Polizei. Zwei Tage nach dem Anschlag wurde über Radio ffh noch über ein Bekenntschreiben aus rechten Kreisen berichtet, in der Presse war darüber nichts zu finden, auch nicht in den Berichten der Polizei. Bei solcher Art Anschlägen geht es auch nicht ums Bekennt. Ihr Zweck ist es, unter den Leuten Terror-

und Panikgefühle zu verbreiten oder zumindest das Gefühl der Ohnmacht, das dann vielleicht einige nach einem starken Staat rufen läßt.

Die *Bild*-Zeitung steuerte ihren Teil bei, indem sie auflagenstärkend über einen Anruf in ihrer Redaktion berichtete, wo ein angeblicher Erpresser Anschläge auf Kindergärten und Schulen androhte, bekäme er nicht 500 000 DM von der Landesregierung. Einen Bandmitschnitt gibt es weder vom ersten noch vom zweiten Anruf. Ergebnis eine Woche nach dem Altstadtfest: Allein 15 Bombendrohungen bis zum 4.9., Straßensperren sowie vorzeitiger Schulschluß in einem Schulzentrum (950 Kinder).

„Wie krank muß ein Gehirn sein, das einen solchen Plan ausheckt“, fragt die Hannoversche Allgemeine, nachdem ihr wochenlanges Trommelfeuer auf bettelnde Roma-Kinder bereits Verletzte gefordert hat. Immerhin so gesund, um einen Sprengsatz zu bauen und ihn anzubringen. Einschüchterung durch Terror gehört zum faschistischen Kalkül, und in diesem Zusammenhang ist der Anschlag zu sehen. — (rec)

Wir warten auf die Ankunft der norddeutschen Demonstrations- teilnehmer, die besonderen polizeilichen Behinderungen ausgesetzt werden. Drüben auf der Fußgängerbrücke stehen Rostocker Bürger und sehen herüber. Nur wenige haben sich der Demonstration angeschlossen. Linke Opposition hat es hier schwer.

Ich gehe neugierig hinüber. Ein Mann spricht gerade in eine Videokamera. „Die Lichtenhagener sind nicht alles Klatscher, die konnten hier ja gar nicht ran. Die Brücke war abgesperrt und sonst alles ringsum. Wir haben die Stadtverwaltung immer wieder aufgefordert, etwas zu tun, weil die Zustände unerträglich wurden, aber die haben nichts gemacht.“ Ein etwa fünfzigjähriger Herr will noch was hinzufügen. Ja, die Eingaben wären nicht beachtet worden und dann wäre es schließlich zu der Demonstration der Lichtenhagener gekommen. Die Politiker müssen etwas machen. „Die müssen das Asylrecht ändern. Dann beruhigt sich das wieder.“ Im Weitergehen frage ich ihn, ob er denn nach der Asylrechtsänderung als nächstes so eine Grenze mit Stacheldraht und Schießbefehl wie zwischen den USA und Mexiko um die BRD herum aufbauen will? Nein das wäre ja schrecklich, wie früher. Aber auch wenn die wirtschaftliche Lage in Osteuropa jetzt katastrophal ist, er glaubt nicht, daß das mit den Grenzen so kommen muß. Trotzdem, das Asylrecht müßte geändert werden. Hinter mir höre ich zwei Werftarbeiter. Sie sehen eher unbeteiligt auf die Demonstration herüber: „Jetzt holen sie junge Polen her, die arbeiten für sechs oder acht Mark.“ „Unsere Leute werden entlassen und die holen sie her. Ich würde für acht Mark nicht mal nen Schraubenschlüssel anfassen, nee...“ 21 bis 22 DM müßten es schon sein, meinen beide. Sie haben sich erkundigt, was man in Bremen und Hamburg verdient und von acht Mark, sagen sie, kann man nicht leben. Die Demonstration scheint bei ihnen keine Feindseligkeit zu wecken, aber mitmachen würden sie bestimmt auch nicht. Eigene Sorgen... Die Warnowwerft grenzt ja direkt hier an das große gleichförmige Neubaugebiet Lichtenhagen, und vorgestern ist die Übernahme durch die norwegische Kvaerner-Werft nun auch noch geplatzt. Einige Demonstranten diskutieren mit einer Rostockerin. Sie fordert erregt mehr Rechte für die Polizei. Ein Ver-

## Eindrücke aus Rostock: „Wir sind hier früher immer mit den Ausländern ausgekommen“

wander, der Polizist ist, hat ihr erzählt, was er alles nicht darf: Nicht zuschlagen, wenn er mit Steinen beworfen wird, nicht mal festnehmen. „Da unten auf dem S-Bahnhof standen drei Polizisten, ohne Helm und Schild oder so. Plötzlich kommen ungefähr zwanzig von den Randalierern und beworfen sie wie wild mit Steinen. Die haben sich nur noch zu helfen gewußt, indem der eine seine Pistole gezogen hat und in die Luft geschossen hat. Da sind die dann abgehauen.“

Einer fragt, ob sie schon öfter Erfahrungen mit Demonstrationen hatte. Ja, bei der Wende waren sie und ihr Mann von Anfang an dabei. Nein, das meint er nicht, mit westdeutscher Polizei, meint er. Nach seinen Erfahrungen hat die nämlich die rechtlichen und die technischen Mittel überreichlich, wenn es gegen linke Demonstranten geht. Brokdorf. Oder heute, wo Rostock weiträumig abgesperrt wird und die Leute, die gegen den Rassismus sind, schikaniert und kontrolliert werden und bis auf Blut gereizt werden. Nein, sowas hat sie als Rostockerin natürlich nicht mitgemacht. Aber sie findet es ungerecht, daß die Lichtenhagener jetzt überall in der Presse und im Fernsehen als Nazis dargestellt werden, so daß der Bus, der einige Lichtenhagener zu einer Fernsehsendung in Berlin transportieren sollte, mit Steinen beworfen worden ist. Sie und ihr Mann haben, als die ersten Ausländer kamen, noch überlegt, was man ihnen zur Begrüßung am besten schenkt. Geld lieber nicht, sonst geben die das noch so unvernünftig aus wie wir früher, wenn wir mal in den Westen kamen... Aber dann wären diese Leute aus Rumänien gekommen. Bekannte von ihnen wohnen nebenan im Block, im Leistungssport aufgewachsen, also auch nichts gegen Ausländer, aber in die Treppenhäuser wurde geschissen und gepinkelt, andere Bekannte haben sie in ihrem Laden beklaut. Warum denn nicht für eine bessere Unterbringung gesorgt worden ist, das Heim wäre doch völlig überbelegt gewesen, fragt jemand. „Ja, die Leute hier haben Eingaben und Beschwerden an die Stadtverwaltung gemacht, aber



15 bis 20 000 Menschen beteiligten sich an der Demonstration in Rostock am 29. August.

Foto: af/mz

die sind ja nicht beachtet worden.“ Warum denn damals dann die Demonstration der Lichtenhagener Bürger nicht zur Stadtverwaltung gegangen ist, statt zum Asylheim? Das kann sie auch nicht sagen, das hätte sie auch richtig gefunden, die hätten ja was machen müssen. Trotzdem, die Demonstration heute ist auch nicht richtig. Das gibt noch Tote und Schwerverletzte. Bei ihr im Krankenhaus ist Alarmbereitschaft, Notbetten sind aufgestellt. Auch noch Sonderdienst wegen Krawallen, das fehlt ihr gerade noch. „Wir hier wissen so schon, was wirklich Pflegebedarf ist.“ Seit dreißig Jahren arbeitet sie als Krankenschwester. Kriegt jetzt 1 500,- DM. Bildet sogar aus. Die jungen, fertigen Schwestern gehen weg nach Westdeutschland und verdienen das Doppelte. Und Stellen werden auch noch weggestrichen. Einer versichert, daß er nicht die Absicht hat, ihr im Krankenhaus wieder zu begegnen, und sie wünscht uns denn viel Glück zum Ab-

schied. Später. Die Demonstration ist auf dem Weg zur Abschlußkundgebung. Es hat einen Zwischenfall gegeben, weil jemand mit Hitlergruß provoziert hat und weil welche Brandflaschen mitbrachten, die sie nun einsetzen. Dem Fernsehen hat dieser kurze Zwischenfall den Stoff für seine Bildberichterstattung gegeben. Ein Polizeiwagen fährt mit Lalü Lala durchs Viertel und fordert die Anwohner auf, ihre Autos vom Parkplatz zu holen. Hundertschaften sind mit der üblichen Bürgerkriegsausrüstung aufmarschiert. Die Presse hatte ja bereits im Vorfeld den Bürgerkrieg entsprechend den Verlautbarungen der Polizeiführung herbeizuschreiben versucht: Rostock vor schweren Ausschreitungen. Die Stadtverwaltung hatte ausnahmsweise Initiative gezeigt und der örtlichen Presse eine Beilage hinzugefügt, daß die Bürger von Rostock die Demonstration meiden sollten. Ein Wunder, daß die Leute hier noch so relativ besonnen waren. Mit Sicherheit wäre unge-

kehrt die zahlreiche Teilnahme von Rostockern die beste Garantie für einen wirkungsvollen und friedlichen Verlauf der Demonstration gewesen. Das hätte die Neonazis für längere Zeit zur Ruhe gebracht. Aber die Rostocker Stadtverwaltung denkt anders. Jetzt zeigen sich auch ein paar Jugendliche, die offensichtlich den rechten Randalierern anhängen. Sie reden was von Treffpunkt und weisen zum anderen Ende der Fußgängerbrücke. Da bin ich vorhin angepöbelt worden von einem und einer hat was von linker Zecke gesagt. Dann haben sie zu viert, jeder einen Arm oder ein Bein, einen Kameraden beiseitegetragen. Bewußtlos. Zuviel Mutmacher geschluckt. Der Tag wird sowieso nichts für die Neonaziszene in Rostock.

Als wir abfahren, haben ein paar von ihnen von einer Brücke was nach Autos geworfen. Einige Autonome sind aus den Wagen gesprungen. Zwei von den rechten Randalierern sehen wir noch oben auf der Brücke wegrennen. — (chk)

„Hogar, dulce hogar“ (Heim, trautes Heim!) — mit kaum zu überbietendem Zynismus kündigte die Geschäftsleitung von VW-Puebla in ganzseitigen Anzeigen in den wichtigsten Printmedien Mexicos die Wiederaufnahme der Arbeit am 20. August an.

Dominierend das VW-Symbol in der Anzeige, das dem Anlaß entsprechend im unteren Teil des W's Arbeiter stilisiert, die ins Werk gehen, während aus dem V und oberen Teil des W's Arbeiter mit Mondgesichtslächeln herauschauen und winken, passend zum Titel „Heim, trautes Heim“ und dem lyrisch pathetisch angehauchten Text:

„Die Einheit stärkt erneut unsere Familie (...). Erneut hören wir die Bewegung der Bänder, die Autoteile und Motoren von einer Arbeitsgruppe zur anderen transportieren. Wir bieten Ihnen erneut die Ergebnisse unseres Fleißes und unserer Fähigkeiten an. Mit Begeisterung sind wir zurückgekehrt. Aber noch größer ist unser Stolz zu wissen, daß wir weiterhin eine Familie sind: Die große Familie Volkswagen.“

VW-Mexico hat in dem knapp einen Monat dauernden Streik, Aussparungs-, Entlassungskampf mit Unterstützung des Schlichtungsgerichts sowie des Arbeits- und Sozialministeriums seine Interessen auf allen Ebenen durchsetzen und den innergewerkschaftlichen Konflikt für seine Zwecke instrumentalisieren und nutzen können. Die — um im Bild zu bleiben — „schwarzen Schafe der großen Volkswagenfamilie“ wurden ausgesondert, die in den „Schoß der Familie“ wieder-Aufgenommenen dagegen müssen den Patriarchen und Familiendiktator widerspruchslos akzeptieren.

### Konzertierte Aktion

2. Juli 1992: Nach 36 Stunden Verhandlungen, begleitet von einem ebenfalls 36 Stunden dauernden Streik der VW-ArbeiterInnen, unterzeichnet das Exekutivkomitee (Gewerkschaftsführung) der „Unabhängigen Gewerkschaft der VW-ArbeiterInnen“ (unabhängige, keiner Zentrale angeschlossene Betriebsgewerkschaft) SITVW einen Lohnverhandlungsabschluß mit der Geschäftsleitung, der 15 Prozent Lohnerhöhung, 3 Prozent Erhöhung der Sozialleistungen und 5 Prozent Erhöhung der Produktivitätssteigerungprämien beinhaltet. Ursprüngliche Forderung der Belegschaft: 50 Prozent Lohnerhöhung. Darüber hinaus einigte sich die VW-Gewerkschaftsführung mit der VW-Unternehmensleitung — hinter dem Rücken der Belegschaft —, mindestens 15 Artikel des bisherigen Manteltarifvertrages zu ändern, zugunsten einer von der Unternehmensleitung geforderten Flexibilisierung und Rationalisierung, als Teil der Vorbereitung auf die „Freihandelszone zwischen Mexico/USA/Kanada“ (TLC auf spanisch) und die sich dadurch verändernden Konkurrenz- und Rahmenbedingungen.

Die Weigerung der Gewerkschaftsführung unter Gaspar Bueno Aguirre, die Veränderungen im Manteltarifvertrag (MTV) bekanntzumachen, verschärfte die bereits bestehende Unzufriedenheit und den Protest der Belegschaft über die ausgehandelten Lohnerhöhungen und führte zur Formierung der innergewerkschaftlichen Oppositionsbewegung „20. Juli“, die am 21. Juli auf einer Gewerkschaftsversammlung, an der 9000 der insgesamt 14200 VW-Gewerkschaftsmitglieder teilnahmen, einstimmig die Absetzung des bisherigen Exekutivkomitees und als Kampfform zur Durchsetzung dieser Forderung die „permanente Versammlung“ vor den Werkstoren — in anderen Worten — Arbeitsniederlegung beschloß. Allerdings hatte die innergewerkschaftliche Opposition bei der Einberufung der Gewerkschaftsversammlung nicht die statuarisch festgelegten Fristen und Abstimmungsmodi für die Absetzung der gewählten Gewerkschaftsführung eingehalten.

### Massenentlassungen

Fünf Tage nach Beginn der „permanenten Versammlung“ nahm die VW-Geschäftsleitung die innergewerkschaftliche Auseinandersetzung zum Anlaß, allen VW-ArbeiterInnen (alle VW-ArbeiterInnen sind Mitglied der SITVW) ein Ultimatum zu stellen: Wiederaufnahme der Arbeit spätestens zur dritten Schicht am 25. Juli oder Entlassung.

Die Antwort der Streikenden, unterstützt von ihren Familienangehörigen: „Wir wollen arbeiten, aber nicht unter Gaspar“, mit anderen Worten: Bekräftigung

# VW Mexiko diktiert Gewerkschaftsstatut Strafentlassungen nach einem Monat Streik

der Entscheidung, solange zu kämpfen und die Arbeit niederzulegen, bis das Arbeits- und Sozialministerium die Mehrheitsentscheidung vom 21. Juli anerkennt bzw. ein Referendum über die Absetzung des bisherigen und weiter amtierenden Exekutivkomitees einleitet.

Auf der Streikversammlung gibt die Führung der innergewerkschaftlichen Oppositionsbewegung „20. Juli“ bekannt, daß das noch amtierende Exekutivkomitee 500 Millionen Pesos (ca. 250000 Mark) Bestechungsgelder vom VW-Konzern erhalten hat, um die Arbeiter zur Annahme der ausgehandelten — minimalen — Lohnerhöhung und der geplanten Arbeits-Umstrukturierung, sprich Rationalisierung, Produktivitätssteigerung und Flexibilisierung zu „überreden“.

### Bestochene Sozialpartner

Parallel zur Streikversammlung appelliert Gaspar Bueno Aguirre auf einer Pressekonferenz an die ArbeiterInnen, die Arbeit wieder aufzunehmen, und macht Jesus Valencia de la Cruz, den Führer der innergewerkschaftlichen Opposition, für die Folgen einer Verweigerung der Arbeitsaufnahme verantwortlich.

Das Ultimatum hat zu ersten Brüchen in der innergewerkschaftlichen Opposition geführt: Ca. 4000 ArbeiterInnen der 3. Schicht versuchen, am 25. 7. die Arbeit wieder aufzunehmen, werden jedoch durch die Blockaden der Streikenden auf der Autobahn und vor den Werkstoren daran gehindert.

Am Vormittag des 27. 7. informiert der VW-Konzern das zuständige Schlichtungsgericht (Junta Federal de Conciliación y Arbitraje) über die Kündigung sämtlicher mit der Gewerkschaft und den ArbeiterInnen abgeschlossenen Verträge.

„Wir bedauern zutiefst“, so erneut Martin Josephi, „daß die innergewerkschaftlichen Konfliktparteien nicht verstehen, daß die Modernisierung des Landes und die Herausforderungen, die mit der Öffnung unserer Wirtschaft verbunden sind, grundlegende Veränderungen im Verhältnis Unternehmen — Arbeiter nötig machen, vor allem aber strikte Respektierung der Gesetze.“

In einer erneuten konzentrierten Aktion entscheiden die VW-Unternehmensleitung und die nach wie vor amtierende Gewerkschaftsführung, 14 der Führer der innergewerkschaftlichen Opposition zu entlassen, unter ihnen Jesus Valencia de la Cruz, obwohl der VW-Konzern am Tag zuvor alle Verträge — einschließlich die mit der Gewerkschaft — gekündigt hatte. Doch die „strikte Einhaltung der Gesetze“, wie sie von Martin Josephi tags zuvor gefordert worden war, hat ihre Ausnahmen und Grenzen, sofern Unternehmensinteressen es erfordern.

Auf einer Pressekonferenz der „14 Entlassenen“ gibt Jesus Valencia de la Cruz bekannt, daß die Führung der innergewerkschaftlichen Opposition dem VW-Konzern vorgeschlagen hatte, nach der Neuwahl des Exekutivkomitees die durch den Streik entstandenen Verluste durch zusätzliche Schichten auszugleichen. Salvador Reyes Centeno, ebenfalls entlassen, weist auf derselben Pressekonferenz darauf hin, daß vor vier Jahren, als aus den gleichen Gründen wie jetzt die Belegschaft die Arbeit für drei Tage niederlegte, um die Absetzung des damaligen Exekutivkomitees durchzusetzen, der Konzern wesentlich flexibler reagierte. „Die Vermutungen und Verdachtselemente“, so S. Reyes, „daß die Unternehmensleitung und die noch amtierende Gewerkschaftsführung heute gemeinsam versuchen, den bisherigen Manteltarifvertrag abzuschaffen, um einen ganz neuen durchzusetzen, verdichten sich immer mehr.“

Die Tage zwischen der faktischen Entlassung — da das Schlichtungsgericht noch nicht entschieden hat, sperrt VW aus — und dem für den 7. August eingeplanten Termin für die Beweisaufnahme und Schlichtungsversuche vor dem Schlichtungsgericht sind geprägt durch Protestversammlungen, Demonstrationen, Gespräche mit dem Arbeits- und Sozialminister.

Die Opposition unterstützt den Vorschlag des Arbeits- und Sozialministers, ein Referendum durchzuführen, um Klarheit zu schaffen darüber, ob die Mehrheit weiterhin die Absetzung des

bisherigen Exekutivkomitees unterstützt. Die amtierende Gewerkschaftsführung verläßt vorzeitig das Treffen mit dem Arbeits- und Sozialminister.

Auf getrennten Versammlungen definieren Opposition und die nach Angaben der Presse ca. 4500 — nach Angaben der amtierenden Gewerkschaftsführung 9000 — Anhänger des Exekutivkomitees ihre Strategien:

- \* Demonstration zum VW-Werk, um gegen die Massenentlassungen und Kündigungen der Verträge zu protestieren, beschließen die Anhänger des Exekutivkomitees;

- \* Demonstration und „plann“ (Sitzstreik) vor dem Arbeits- und Sozialministerium, um die Anerkennung der Entscheidung vom 21. 7. auf Absetzung des amtierenden Exekutivkomitees durchzusetzen, lautet die Entscheidung der innergewerkschaftlichen Opposition.

Die Anhörung und Beweisaufnahme vor dem Schlichtungsgericht bringt nach über 16 Stunden Verhandlung die erste „Vorentscheidung“: Den Argumenten und „Beweisen“ des VW-Konzerns wird größeres Gewicht zugemessen als denen der Gewerkschaft. Doch ein Termin für die Bekanntgabe der endgültigen Entscheidung wird nicht bekanntgegeben.

Mehr als die Hälfte der über 14000 VW-ArbeiterInnen nimmt, so Angaben der Presse und der Opposition, am 15. 8. in Puebla an der Gewerkschaftsvollversammlung teil, auf der über die Absetzung des im Dezember 1991 gewählten Exekutivkomitees entschieden werden soll. Die Mehrheit stimmt per Handaufheben für die Absetzung — die Ergebnisse der schriftlichen Abstimmung sind bis heute nicht eindeutig bekannt — und wählt als provisorischen Gewerkschaftsführer der VW-ArbeiterInnen-Gewerkschaft Jesus Valencia de la Cruz, Führer der Bewegung „20. Juli“.

Noch bevor die Opposition die entsprechenden Dokumente beim zuständigen Arbeits- und Sozialministerium einreichen kann, entscheidet das Schlichtungsgericht zugunsten von VW. Die Entlassung aller ArbeiterInnen ist — so das Gericht — rechtmäßig. VW wird verpflichtet, den ArbeiterInnen die ih-

nen rechtlich zustehenden Abfindungen zu bezahlen. Die VW-Unternehmensleitung erklärt unmittelbar nach Bekanntgabe der Gerichtsentscheidung, daß der Konzern das größte Interesse hat, so schnell wie möglich — und bei Wiedereinstellung von 80-90 Prozent der bisherigen ArbeiterInnen — die Produktion wieder aufzunehmen, allerdings abhängig von einem neuen, noch mit der Gewerkschaft auszuhandelnden Kollektiv-/Manteltarifvertrag.

### Das VW-Diktat

Noch in derselben Nacht beginnen unter dem Vorsitz des Arbeits- und Sozialministers die Verhandlungen über einen neuen Manteltarifvertrag, dessen wichtigste Charakteristika Martin Josephi am Vormittag bekanntgegeben hatte: „Anpassung an die Erfordernisse der Produktionssteigerung und die neuen internationalen Herausforderungen“, „Neudefinition der Beziehung zwischen Unternehmen und Gewerkschaft“, „Garantien für den ‚Arbeitsfrieden‘ und die Produktion“.

Auch die Gewerkschaftsführung hatte auf einer außerordentlichen Gewerkschaftsversammlung die notwendige „Vorarbeit“ für die nächtlichen Verhandlungen getroffen: Die ca. 7000 anwesenden VW-GewerkschafterInnen wurden mit dem Hinweis darauf, daß der VW-Konzern bereit ist, den Großteil der bisherigen ArbeiterInnen wieder einzustellen, sofern die Gewerkschaft ihre Statuten „aktualisieren und modernisieren“ würde, dazu gezwungen, folgende Veränderungen anzunehmen:

- \* Erweiterung der Rechte und der Amtszeit der Gewerkschaftsführung
- \* drastische Reduzierung der Zahl der Gewerkschaftsversammlungen, Umstrukturierung der gewerkschaftlichen Organisations- und Entscheidungsformen u.a.

In Rekordzeit wurden in der nächtlichen Verhandlungsrunde ein neuer Manteltarifvertrag erarbeitet und sofort unterzeichnet, dessen Einzelheiten bis heute nicht bekannt sind. Unklar ist bis heute, ob die VW-ArbeiterInnen ihre Altersversorgungsansprüche mit der „Wiedereinstellung“ behalten oder

nicht. Klar ist, daß sie ihre 30-minütige Pause pro 8-Stunden-Schicht verlieren und erneut Samstags arbeiten müssen.

### Erniedrigung und Repression

Bereits Stunden vor der für 6 Uhr morgens angekündigten Wiederaufnahme der Produktion am 20. 8. hatte die Polizei, unterstützt von Hundestaffeln und Sondereinheiten das Werk weiträumig umstellt und den Rahmen deutlich gemacht, unter dem die 11770 zu erniedrigenden Bedingungen wiederingestellten VW-ArbeiterInnen in Zukunft malochen werden: Knebelung, Einschüchterung und Gewalt, wie es deutlich am Beispiel der Protestdemonstration der ca. 300 teilnehmenden Oppositionsmglieder vorerzählt wurde. Obwohl sich die Demonstranten noch über 2 km vom Werk entfernt befanden, wurden sie von der Polizei und den Hundestaffeln brutal überfallen und zusammengeprügelt unter dem Beifall der in sicherer Distanz sich aufhaltenden Gewerkschaftsführung von VW-Gnaden. Bilanz des Polizeieinsatzes: Dutzende von Schlagstöcken und Hundebissen Verletzte, 11 Verhaftete.

Am frühen Nachmittag des 20. 8. wurden die Verhafteten freigelassen. Die Erklärung des Gouverneurs des Bundesstaates Puebla, die Arztkosten der Verletzten zu übernehmen, ist ein offenes Eingeständnis der Rechtswidrigkeit des brutalen Polizeieinsatzes.

Der Kampf der 1500 Nicht-Wiedereingestellten geht weiter. Unterstützt von führenden Arbeitsrechtlern, die die Entscheidung des Schlichtungsgerichts für verfassungswidrig und rechtswidrig erklärt haben, reichen sie Klage bei internationalen Menschen- und Arbeitsrechtsorganisationen ein. Angesichts der Abschaffung hart erkämpfter gewerkschaftlicher und Arbeitsrechte im VW-Werk Puebla ist internationale Solidarität dringend nötig. Die noch bestehende unabhängige Gewerkschaftsbewegung in Mexico hat eine große Niederlage erlitten.

aus: „Sozialistische Zeitung“ — (Jutta Klass, Mexico)

# Türkische Todesschwadron auf dem Boden der BRD!

Nachdem die deutschen Waffen in den Händen der türkischen Armee den Kurden den Tod gebracht haben, werden jetzt auch Kurden und Kurdinnen im Ausland durch die Zusammenarbeit der Geheimdienste der beiden Staaten mit dem Tod bedroht!

Der „Nationale Sicherheitsrat“, der sich am 26. August unter dem Vorsitz des Staatspräsidenten der Türkei, Turgut Özal, versammelt hat, erklärte, daß die kurdische Bewegung im In- und Ausland demnächst mit israelischen Methoden bekämpft werden wird.

In einer Presseerklärung haben sie als Angriffsziele offen Personen und Institutionen benannt, darunter auch die Kurdistan-Komitees. Weiter wurde in der Presse im Zusammenhang mit dieser Presseerklärung berichtet, daß die Erkenntnisse über die Personen und Institutionen, die im Ausland und vor allem in der BRD die kurdische Bewegung unterstützen, durch deutsche Behörden gewonnen werden.

Der türkische Staat hat seit Jahresbeginn den Krieg gegen die kurdische Bewegung massiv ausgedehnt und richtet seine Angriffe in erster Linie gegen die Zivilbevölkerung. Aus diesem Grund kam es auf internationaler Ebene, vor allem auch seitens der BRD, zu heftigen Protesten gegen die Türkei. Allerdings stellte sich mit der Wiederaufhebung des Waffenembargos der BRD gegen die Türkei nach drei Monaten heraus, daß das Waffenembargo ein Manöver zur Beruhigung der deutschen Öffentlichkeit war. Es ist bis heute nicht bekannt, was die Bedingungen für die Aufhebung des Embargos waren. Bekannt ist nur eins: der türkische Staat setzt diese Waffen vor den Augen der ganzen Welt, mit Wissen der deutschen Regierung, gegen

die kurdische Zivilbevölkerung ein...

Die deutschen Waffen wurden zuletzt bei den Massakern der türkischen Armee in Şırnak eingesetzt. Es gibt nicht den geringsten Beweis dafür, daß es vor dem Massaker einen Angriff der Guerilla in Şırnak gegeben hätte, wie es der türkische Staat als Vorwand für das Massaker behauptet hat. Daß es keinen Angriff der Guerilla gegeben hat, hat sogar der Gouverneur von Şırnak, Mastafa Malay, selbst gegenüber der Presse erklärt. Daraus wird klar, daß der angebliche Guerillaanfall in Şırnak von der Kontinguerilla inszeniert war.

Die Ereignisse in Şırnak zum Vorwand nehmend sind die vom „Nationalen Sicherheitsrats“ der Türkei gefaßten Beschlüsse ein klarer Beweis für den internationalen Staatsterror. Schon jetzt wurden drei kurdische Dörfer im Iran von der türkischen Luftwaffe bombardiert. Die türkische Presse hetzt immer massiver gegen die Kurden. So lautete die Schlagzeile der Zeitung *Günaydin*: „Wo sich ein PKK'ler zeigt, wird er erschossen“, und *Hürriyet* schrieb im Zusammenhang mit dem Beschluß des „Nationalen Sicherheitsrats“, daß die Türkei auf dem Territorium anderer Länder israelische Methoden gegen die Kurden anwenden wird. Und sogar mithilfe deutscher Geheimdienstquellen!

*Wir fragen die Presse, die Regierung, alle Parteien, die Öffentlichkeit:*

- \* Wollen Sie Angriffe türkischer Spezialteams im Ausland gegen politisch engagierte kurdische Menschen und Institutionen zulassen? Wenn nicht, welche Vorkehrungen ergreifen Sie dann, um das zu verhindern?

- \* Wird der deutsche Geheimdienst seine Mithilfe und Mitschuld an möglichen

Angriffen gegen politisch engagierte Kurden und Kurdinnen in der BRD fortsetzen?

- \* Wie hat die deutsche Regierung und wie haben deutsche Parteien auf den Beschluß des „Nationalen Sicherheitsrats“ der Türkei, auf deutschem Territorium Operationen durchführen zu wollen, reagiert? Auf dem Territorium eines anderen Landes ohne dessen Erlaubnis Operationen durchzuführen, verstößt gegen internationales Recht. Hat die deutsche Regierung neben den geheimdienstlichen Informationen der Türkei auch eine solche Erlaubnis gegeben?

- \* In Şırnak sind Kurden und Kurdinnen mit deutschen Waffen ermordet worden. Neben Şırnak hat der türkische Staat auch in Çurkura und Genç Proben für ein Massaker begonnen. Wie lange sollen deutsche Waffen noch gegen das kurdische Volk eingesetzt werden?

Wir wollen eine Antwort auf diese Fragen. Wenn die deutsche Regierung auf diese Fragen keine zufriedenstellende Antwort gibt und nicht die notwendige Haltung gegen den türkischen Staat zeigt, wird sie für die Massaker an der kurdischen Zivilbevölkerung mitschuldig und mitverantwortlich sein. Wenn auf dem Boden der BRD Angriffe gegen kurdische politisch engagierte Menschen und Institutionen durchgeführt werden, dann sind die deutschen Behörden dafür verantwortlich... Die deutsche Regierung wird durch ihre Reaktion auf dieses letzte Beispiel des internationalen türkischen Staatsterrors auf den Beschluß des „Nationalen Sicherheitsrats“, auf dem Boden der BRD Angriffe durchführen zu wollen zeigen, wie stark sie für die Einbahn internationalen Rechts eintritt...

— (Kurdistan Komitee in der BRD, 2.9.92)



## Griechenland: Streiks gegen Lohndiktat

Mit zahlreichen Streiks und Protesten wehren sich die griechischen Lohnabhängigen gegen die Versuche der konservativen Regierung Mitsotakis, unter Berufung auf die EG und den EG-Vertrag von Maastricht das Lohnniveau insbesondere im öffentlichen Dienst, aber auch in anderen Bereichen, massiv zu senken und ihre gewerkschaftlichen Rechte einzuschränken. Die Regierung beruft sich auf die Verpflichtung im Maastrichter Vertrag, die Verschuldung der öffentlichen Haushalte und die Inflation zu verringern. Beides ist Voraussetzung für einen Beitritt Griechenlands zur EG-Währungsunion (bisher ist Griechenland als einziges EG-Land noch nicht Mitglied im Europäischen Währungssystem EWS).

Die Lohnabhängigen der Athener Nahverkehrsbetriebe traten bereits Mitte August gegen ein großes Rationalisierungsprogramm der Regierung, das u.a. zahlreiche Entlassungen und Stilllegung von Buslinien beinhaltet, in den Streik. Als die Regierung versuchte, mit Polizei Busse aus dem Busdepot zu holen, kam es am 21. August zu schweren Schlägereien zwischen Streikposten und Polizei. Um den Streik zu brechen, setzt die Regierung auch Militärbusse ein.

Am 27. August begann ein landeswei-

ter Streik im öffentlichen Dienst sowie der Lohnabhängigen bei den Banken und im Transportwesen. Die Lohnabhängigen protestieren gegen den Plan der Regierung, Löhne und Rentenansprüche um bis zu 20 Prozent zu senken. Die „Konföderation der griechischen Arbeiter“, Dachverband von 78 Gewerkschaften, organisiert die Aktionen. Unterstützt werden die Gewerkschaften u.a. von den Studenten und ihren Verbänden. Diese kämpfen derzeit gegen ein neues Hochschulgesetz, mit dem die Regierung sie disziplinieren will. Auch die Parteien der Linken, die Kommunisten und die sozialdemokratische Pasok, unterstützen die Streikenden. Die Pasok wirft der Regierung vor, diese wolle eine „soziale Explosion“ provozieren.

Einen Tag vor Beginn der neuen Streikwelle demonstrierte das konservative Kabinett Härte. An Beschäftigte im öffentlichen Dienst ergingen Briefe, die sie zur Arbeitsaufnahme aufforderten. Militär und Polizei werden gegen die Streikenden eingesetzt. So soll die Zahl der Militärbusse, die gegen den Streik der Busbeschäftigten in Athen eingesetzt werden, notfalls weiter erhöht werden, um die Streikenden zu brechen.

Quellen: *Athens News*, Ausgaben vom 22. und 27. August — (rül)

## Niederlande: Warnung vor „Germanisierung“

In den Niederlanden wächst die Sorge vor dem Vormarsch deutscher Konzerne. Ende August meldete die größte Tageszeitung des Landes, der *Amsterdamer Telegraaf*: „Weiterer Ausverkauf unseres Industrie droht. Deutsche wollen DAF übernehmen.“ Anlaß dieses Berichts waren Gespräche zwischen dem DAF-Konzern und Vertretern des *Daimler-Benz-Konzerns*. Kurz zuvor hatte der Daimler-Benz-Konzern bereits ein Abkommen durchgesetzt, daß ihm faktisch die Kontrolle über den niederländischen Luftfahrtkonzern „Focker“ verschaffen wird. Die niederländische Regierung wird ihre Anteile an Focker an Daimler verkaufen.

Der DAF-Konzern läßt in seinen Werken vor allem Nutzfahrzeuge herstellen und exportiert zu beträchtlichen Teilen nach Großbritannien, wo er größter ausländischer Lieferant ist. DAF macht seit mehreren Jahren Verluste, die Konzern-eigner suchen deshalb einen finanzkräftigen Teilhaber. Bei einem Einstieg von Daimler-Benz (der noch von beiden Seiten dementiert wird) würde aus dem Teilhaber freilich bald der dominierende Eigner. Daimler-Benz wäre ein großer Schritt weiter auf dem Weg zu einer europäischen Monopolstellung sowohl

bei Flugzeugen wie bei Nutzfahrzeugen, die niederländische Kapitalistenklasse freilich hätte die Kontrolle über zwei der wichtigsten Metallbetriebe des Landes abgegeben.

Dies dürfte auch der Hintergrund sein für die in der Presse geäußerten Sorgen. Die niederländischen Kapitalisten fürchten, im Metallbereich von deutschen Konzernen an die Wand gedrückt zu werden. Sowieso ist die BRD der mit Abstand größte „Handelspartner“ niederländischer Kapitalisten und hat insofern zahlreiche Druckmittel, um Unternehmen und Regierung in den Niederlanden unter Druck zu bringen. Die Wirtschaftszeitung *NRC-Handelsblad* in Rotterdam warnt bereits vor einem „Ausverkauf der niederländischen Industrie“, niederländische Unternehmen könnten zu reinen Zuliefererfirmen deutscher Konzerne gedrückt werden.

Auch die niederländischen Gewerkschaften befürchten eine Schwächung ihrer Stellung in diesen Betrieben und fragen zu Recht: „Wenn unsere Unternehmen zu einem großen ausländischen Konzern gehören, wo werden dann, wenn es kriselt, wohl die ersten Entlassungen durchgeführt?“

Quelle: *Kölner Stadt-Anzeiger*, 31. 8. — (rül)

## Azania: Neues Gremium für Verhandlungen

Mitte August meldeten verschiedene Zeitungen, z.B. die *Frankfurter Rundschau* und der *Kölner Stadt-Anzeiger*, die azanische Befreiungsorganisation PAC sei nun bereit, an der „Konferenz für ein demokratisches Südafrika“ — Codesa — teilzunehmen. Dies ist nicht richtig. Der PAC hat im Gegenteil in den Verhandlungen mit der rassistischen Minderheitsregierung und anderen Organisationen des Befreiungskampfes erreicht, daß ein neues Forum in Azania eingerichtet wird, das tatsächlich Wahlen für eine verfassunggebende Versammlung und die Entmachtung der weißen Siedlerminderheit vorbereiten soll. In einem Interview mit der Zeitung *Cape Times* am 31. August 1992 erklärte der stellvertretende Präsident des PAC, Nkomo Mosenke, dazu: „Wir sind in einem vorbereitenden Stadium in unseren Gesprächen mit der Regierung. Dieser Phase wird ein Gipfeltreffen folgen, für das der PAC vor allem Neutralität in jeder Hinsicht fordert. Aber in den nächsten Monaten muß mit aller Eile daran gearbeitet werden, ein alternatives Forum zu schaffen. Unser Programm nach dem Gipfeltreffen heißt, dieses alternati-

ve Forum zu schaffen... Wir werden in diesem Forum größere Effektivität fordern. Wir werden größere Neutralität einführen.“ Die Minderheitsregierung und ihre rassistischen Parlamente dürfen kein Veto-Recht gegenüber diesem Forum haben. Der PAC glaubt, daß die Vorbereitungen für Wahlen für eine Verfassunggebende Versammlung etwa ein Jahr in Anspruch nehmen werden — einschließlich der Erstellung der Wahllisten. Dies wird ein umfangreiches Unterfangen, denn aufgrund der rassistischen Gesetzgebung, der Ausgliederung der Homelands und der vielen Wanderarbeiter ist nicht bekannt, wer unter den afrikanischen Bewohnern Südafrikas wahlberechtigt sein wird. Eine sorgfältige Erstellung des Wahlregisters wird grundlegend für die Durchführung von Wahlen nach dem Prinzip „eine Person — eine Stimme“. Der PAC ist nicht bereit, sich an einer „Übergangsregierung“ zu beteiligen, wohl aber willens, an Kommissionen mitzuwirken, die exekutive Befugnisse haben, die aber mit gleichberechtigten Vertretern politischer Organisationen besetzt sein müssen. — (uld)

## Internationale Umschau



Die Gewerkschaft der Hotel- und Restaurantbeschäftigten (HERE) in den USA wehrt sich gegen die Versuche der Republikanischen Partei, in ihren Einrichtungen keine Gewerkschaften zuzulassen. Während die Republikaner auf ihrem Parteitag in Texas Bush zum Präsidentschaftskandidaten nominierten und ihre Treue zu „Familienwerten“ bekundeten, protestierten in Washington Mitglieder der Gewerkschaft HERE gegen die Weigerung der dortigen Clubleitung, mit der Gewerkschaft über einen Tarifvertrag zu verhandeln, obwohl die Clubbeschäftigten vorher in einer Urabstimmung die Gewerkschaft ausdrücklich zum Abschluß eines solchen Tarifs aufgefordert und ermächtigt hatten. — (rül, Bild: AFL-CIO-News)

## Verfassungskompromiß in Kanada?

Am 21. August haben sich die Ministerpräsidenten der zehn kanadischen Provinzen mit der Bundesregierung auf einen Verfassungskompromiß geeinigt. Erste Stellungnahmen klingen sehr positiv. Die Regierungspartei von Québec hat auf einem Sonderparteitag zugestimmt. Entscheidend wird sein, wie das Referendum in Québec am 26. Oktober ausgeht, bei dem ursprünglich noch einmal die Frage der Lostrennung gestellt werden sollte. — Auch führende Vertreter der Organisationen der Ersten Nationen haben das Abkommen unterstützt, nachdem in der Verfassung ihr „angestammtes Recht auf Selbstregierung“ bekräftigt werden soll. — Zur Reform gehört auch eine Parlamentsumgebung und die Neuverteilung der Kompetenzen zwischen Bund und Provinzen. — (mif)

## Slowakei: Kritiken an neuer Verfassung

Das slowakische Landesparlament hat Ende August eine neue Landesverfassung verabschiedet. Die 14 Abgeordneten der ungarischen Minderheit im Land waren der Abstimmung ferngeblieben. Sie fordern Minderheitenrechte und „territoriale Selbstbestimmung“. Kurz vor der Schlußabstimmung hatte die Regierung noch in der Präambel statt „Bürger der Slowakei“ „slowakische Nation“ eingeführt und so ungleiche Rechte geschaffen. Aus dem tschechischen Landesteil kommt zudem die Kritik, die neue Verfassung stehe im Widerspruch zur Bundesverfassung. — (rül)

## Kampagne der PCF gegen Maastricht

Die Kommunistische Partei Frankreichs führt eine intensive Kampagne, die Verträge von Maastricht beim Referendum am 20. September abzulehnen. Mit Ständen in den Städten, Unterschriftenaktionen vor den Betrieben, Plakataktionen auf dem Lande agitiert die PCF gegen die schwerwiegenden Folgen, die die Maastrichter Verträge für die arbeitenden Schichten in Frankreich haben würden. Maastricht würde einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit und einen permanenten Druck auf die von Verlusten gezeichnete Kaufkraft der Haushaltseinkommen auslösen. Es gelte, sich der Zerstörung des Ausbildungswesens entgegenzustellen, die schweren Schläge gegen die Landwirtschaft zu verhindern. Das Maastrichter Europa vertiefe die Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten, beschwöre die Nachtarbeit für die Frauen herauf, beschneide den Mutterschaftsurlaub, zerstöre den sozialen Schutz, speziell solche Errungenschaften wie den Mindestlohn. Maastricht sei das Gegenteil von einem Europa des Friedens und der Kooperation. Zur Abgrenzung gegen die Rechten erklärt die PCF, „daß Nein wählen nicht bedeute, seine Stimme mit der von Le Pen zu vermischen, sondern vielmehr eine Ablehnung der von den Milliardären organisierten Ungerechtigkeiten bedeute, zu denen Le Pen zähle.“

Quelle: *L'Humanité*, 19. 8. 1992 — (pef)

## Türkei setzt barbarische Kurden-Massaker fort

Die Europaorganisation der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) hat in einer Erklärung darauf hingewiesen, daß die Türkei den mit dem Massaker in Sınak eingeschlagenen Kurs der Auslöschung ganzer Städte und der massenhaften Ermordung von Kurden weiter fortsetzt. In der Erklärung heißt es u.a.:

„Angesichts der Entwicklungen, die die nationale Befreiungsbewegung unter der Führung der PKK im militärischen und politischen Bereich erreicht hat, verstärkt der türkische Staat den Spezialkrieg massiv. Dieser Krieg richtet sich nicht nur gegen die militärischen Kräfte des kurdischen Volkes, sondern auch gegen die ganze Zivilbevölkerung. Genauso wenig wie dieser vom türkischen Staat intensivierte Krieg sich an humanitäre Regeln hält, wird auch das internationale Kriegsrecht eingehalten. Allein im letzten Monat sind an die hundert wehrlose Zivilisten ermordet worden. Die Bevölkerung Sınaks leistet Widerstand, indem sie nach dem Massaker in die Berge ging. Der türkische Staat läßt die von der kurdischen Bevölkerung gesammelten Hilfsgüter für die Stadt Sınak nicht zukommen und plündert diese. Auch in den Kreisstädten Kerboran und Cukurca wurden ähnliche Massaker angerichtet, um das Volk zu unterjochen... Derzeit befinden sich, allen voran die Stadt Semdinli, auch viele andere Städte unter militärischer Blockade.“

Seit Tagen werden die Cudi- und Garbar-Berge und die Dörfer dieser Region verstärkt bombardiert. Währenddessen sind die Dörfer Caglayan und Hisar durch Soldaten niedergebrannt worden. Sehr viele Menschen starben entweder durch Rauchvergiftung oder am Verbrennungstod. Die türkische Regierung führt diese Angriffe auf mit Kampfhubschraubern und -Flugzeugen durch... Auch in dem Dorf Goderne bei Diyarbakir wurden am 4. 9. 92 die Dorfbewohner auf dem Marktplatz versammelt und 20 Dorfbewohner, darunter 4 Kinder, von den türkischen Soldaten erschossen. Wie der Vater eines der ermordeten Babys zu den Journalisten sagte: „Ist das Baby etwa auch ein Terrorist?“

Mit großangelegten grenzüberschreitenden Operationen wird auch die Zivilbevölkerung in Süd-Kurdistan (irakisch besetzter Teil) seitens der türkischen Regierung bombardiert und massakriert. Gegen die kurdische Zivilbevölkerung wird ein alle internationalen Gesetze für Null und Nichtig erklärender Krieg geführt. Bombenangriffe, Entvölkerung von Dörfern, Massenverhaftungen, Folterungen, große Umweltzerstörungen und desgleichen mehr sind zu einem festen Bestandteil des Alltags der kurdischen Bevölkerung geworden... Wie lange dieser Krieg auch dauern mag, trotz der schweren Kriegsbedingungen, wird sich die ARGK (Volksbefreiungsarmee Kurdistans) unbedingt an das internationale Kriegsrecht halten.

Wir rufen alle demokratischen Regierungen, Menschenrechtsorganisationen und die Öffentlichkeit dazu auf, gegen den türkischen Staat zu protestieren und Maßnahmen zu ergreifen, damit der türkische Staat sich an das internationale Kriegsrecht hält.“

— (ERNK Europaorganisation, 5. September 1992)



Der von der belgischen Regierung eingebrachte Haushalt 1993, in dem diese mit Verweis auf die Anforderungen des Maastricht-Pakets der EG Versicherungsrechte der Lohnabhängigen abbauen und Kürzungen in den Bereichen Gesundheit und Bildung durchsetzen will, stachelt auch die Kapitalisten zu neuen Angriffen auf die Lohnabhängigen an. Unser Bild zeigt Streikposten vor einem Stahlrohrbetrieb in Gent. Dort wollen die Kapitalisten im Zusammenhang mit der Einführung neuer Maschinen eine Lohnsenkung um 7 Prozent durchsetzen. Seit dem 24. August streiken die 60 Beschäftigten der Abteilung gegen diesen Angriff. Falls die Kapitalisten ihren Plan nicht zurücknehmen, wollen sie ihre Aktionen ab Anfang September ausweiten. — (rül, Bild: Solidair)

## „Unsere Luftwaffe“ in Henstedt-Ulzburg

**Norderstedt.** Die Besucherzahlen blieben hinter den Erwartungen zurück: Der Presseoffizier hatte am vorletzten Tag der Ausstellung noch mit 15.000 Besuchern gerechnet. Am Ende ließen sich 10.000 Menschen vom Kriegsgerät anlocken. Aber die Aktionseinheit hatte auch nur knapp 300 Menschen gegen diese imperialistische Selbstdarstellung auf die Beine gebracht.

Die linke Norderstedter Zeitung **NADELSTICHE** berichtete wie folgt:

Bei Bier, Musik und Modenschau durften die BürgerInnen mal sehen und anfassen, was die Bundeswehr an attraktiven Tötungsmaschinen zu bieten hat. Der Bürger hat ein Recht auf Information, meinte ein Oberleutnant. (Natürlich, sie/er soll auch alles bezahlen): Durch die fröhliche, lockere Darstellung der High-Tech-Waffen wurde eine Akzeptanz, ja Faszination, besonders bei Jugendlichen erzeugt, gerade das ist auch das Ziel dieser Ausstellung, die im Moment quer durch Schleswig-Holstein geht.

Man(n) gab sich locker, liberal, bürgerInnennah und demokratisch. Es wurde ein Spektakel mit Rettungseinsatz in Zusammenarbeit mit Polizei, Feuerwehr und DRK veranstaltet. Die Bevölkerung soll das Großmachtstreben des wiedervereinigten Deutschlands mittra-

gen. Zur Zeit erleben wir große Anstrengungen, einen Einsatz der Bundeswehr auch außerhalb des Nato-Gebietes (out of area) zu ermöglichen. Damit wird versucht, nach Ende des Ost-West-Konfliktes weltweit neue Aufgaben für die Bundeswehr zu schaffen. Wenn die Bundeswehr-Flugzeuge zivile Hilfsgüter in Krisengebiete fliegen sollen, wie z.B. nach Sarajewo, braucht man sicher keine Kampfflugzeuge und Soldaten, die an der Waffe ausgebildet sind. Diese Aufgaben können auch zivile Hilfsorganisationen übernehmen. Die Waffen, die gezeigt wurden, sind dazu entwickelt worden, möglichst effektiv Menschen zu töten und Gebäude, Straßen, Wasser- und Stromversorgungen, d.h. Lebensgrundlagen zu zerstören.

Die Opfer und die Zerstörungen einer Kriegsführung aus der Luft wurden aber nicht gezeigt!

Aus diesem Grunde fand am Sonntag, den 22.8.92 um 12 Uhr eine Demonstration in Henstedt-Ulzburg statt, an der ca. 250 bis 300 Menschen teilnahmen. Am Schluß fand eine Kundgebung auf dem Platz vor der Ausstellung statt, auf der u.a. Pastor Volker Bethge aus Bad Bramstedt anprangerte, daß hier eine „Schaustellung des Todes“ als lustige Sache dargestellt werde. — (Kristina Kamph, DKP Norderstedt, hel)

## Bundesweiter Querfunktatschlag

**Freiburg.** Ein bundesweiter Querfunktatschlag der Neunziger Jahre mit Arbeitsgruppen zu Medienzugang, Gegenöffentlichkeit, Finanzierung freier Radios u.a. wird von Radio Dreyeckland, dem Stiftungsverband Regenbogen und Buntstift e.V. vom 9.-11. Oktober 1992 in Freiburg organisiert:

### Die Veränderungen in der Medienlandschaft

Noch nie hat sich die Medienlandschaft in der Bundesrepublik Deutschland so verändert wie in den letzten Jahren. Es wurden entscheidende Weichen für die Nutzung von Radio und Fernsehen durch privatwirtschaftliche Firmen gestellt. Die bisher öffentlich-rechtliche Rundfunklandschaft hat sich in eine durch kapitalistische Wirtschaftsformen geprägte verwandelt. Eine Folge der Kapitalisierung der Rundfunksender ist die zunehmende Konzentration auf landesweite und bundesweite Betreibergesellschaften. Im Vordergrund steht deshalb nicht die Qualität der Sendungen sondern die Einschaltquoten, weil diese die Höhe der Werbeeinnahmen festlegen. Der Rundfunk wird zum idealen Träger von Werbung und die inhaltlichen Sendungen rücken mehr und mehr in den Hintergrund. Meinungsvielfalt und kritische Sendungen sind nicht mehr gefragt (...)

### Die mediengesetzlichen Regelungen

Innerhalb der alten Bundesländer regeln seit Beginn der 80er Jahre Landesmediengesetze den privatkommerziellen Rundfunk- und Fernsehsektor. In fast allen Gesetzen gibt es trotz der Verankerung der Privatisierung Elemente, die einen „Bürgerfunk“ unter bestimmten Voraussetzungen zulassen. Aufgrund freierwerdender Frequenzen wird es in einigen Ländern zu Novellierungen der Gesetze kommen, auf die gesellschaftliche Gruppen Einfluß nehmen können. Die neuen Bundesländer arbeiten ihre Landesmediengesetze noch aus, oder sind in der Phase der parlamentarischen Beratung. Häufig versuchen die Landesregierungen, die Regelungen zu übernehmen, die in Altbundesländern mit politisch übereinstimmenden Regierungen geschaffen wurden. In beiden Bereichen der Alt- und NeufBundesländer gibt es also Veränderungen, auf die Einfluß genommen werden kann.

### Die Querfunker

Trotz oder gerade wegen der oben beschriebenen Veränderungen gibt es in den alten und besonders in den neuen Bundesländern bestehende Radiosender und Radioinitiativen, die die gesetzlichen Grundlagen entweder nutzen oder

verändern wollen, um ihre Idee vom freien Gesellschaftsfunk von unten zu verwirklichen.

In den neuen Bundesländern funkt bereits seit 1990 im Berliner Bezirk Prenzlauer Berg Radio P regelmäßig dazwischen. Im September des gleichen Jahres startete in Erfurt Radio F.R.E.I. In Leipzig existiert der alternative Fernsehsender Kanal X, der zusammen mit mehreren Initiativen, u.a. der Radio-Initiative Dresden und Radio T Chemnitz, den sächsischen Verband für offenen Rundfunk gründete. In Mecklenburg-Vorpommern gibt es das Netzwerk Selbsthilfe und auch aus Schwerin ist eine Radioinitiative bekannt.

In den alten Bundesländern bildeten sich besonders in NRW Radiovereine, in denen unterschiedliche Gruppen und Einzelpersonen aus ihren jeweiligen kulturellen, musikalischen und politisch-sozialen Interessen heraus Sendungen produzieren. In NRW ist ihre Sendezeit nach dem Landesmediengesetz jedoch auf 2-3 Stunden begrenzt.

In Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hessen zeichnen sich neue gesetzliche Regelungen ab, die möglicherweise lokalen Rundfunk erlauben. In Niedersachsen ist der Dachverband INGEHN (Interessengemeinschaft gemeinnütziger Hörfunk Niedersachsen) als Zusammenschluß verschiedener Radioinitiativen entstanden, um Lizenzen für den nichtkommerziellen Hörfunk durchzusetzen.

Innerhalb Bayerns sendet Radio Z in Nürnberg und in München ist die Radioinitiative LORA dabei, sich um eine Frequenz zu bewerben. Radio St. Pauli ist zwar in Hamburg bei der letzten Lizenzvergabe nicht berücksichtigt worden, hat aber trotz dieses Rückschlages noch nicht aufgegeben (...).

### Die Organisation

Alle Freien Sender und Radioinitiativen machen eigene Erfahrungen mit ihren Organisationsstrukturen, Finanzierungsmöglichkeiten und Programmenthalten. Gegenseitige Hilfestellung kann einiges erleichtern und neue Möglichkeiten im Umgang mit Mediengesetzgebung und Radiopraxis schaffen. Doch die Bedingungen für den gemeinsamen Austausch müssen erst noch entwickelt werden. (...) Der „Querfunktatschlag“ soll ein erster Schritt in diese Richtung sein. Der nächste Schritt wäre dann die Gründung eines bundesweiten Interessenverbandes der Freien Radios. Auf dem Querfunktatschlag soll die Gründung eines solchen Verbandes konkret ins Auge gefaßt werden. (...)

aus: Antifaschistische Zeitung Freiburg, Nr. 16/17-92

## Erste-Hilfe-Kurs bei der Bundeswehr

**Soltau.** Wie schon in den vergangenen 15 Jahren erhielten auch in diesem Sommer Jugendliche, erstmals auch Mädchen, eine Sanitätsausbildung beim Sanitätsbataillon 3 der Kampftruppenschule 2 in Munster, genannt „Erste-Hilfe-Kursus“. Hintergrund für die Einrichtung dieser Veranstaltungen „war der geringe Nachwuchs an Unteroffizieren. Angehende Soldaten sollten für die Ausbildung zum Sanitäter oder bei einer anderen Truppengattung interessieren.“ Die Jugendlichen lernen deshalb nicht nur das „Anlegen von Pflasterverbänden und Wundauflagen...“, sondern sie können auch in „olivgrüne Uniform mit sattgrünem Band an der Schulterklappe“ militärisch gekleidet, „auf Panzern mitfahren“ und „auf dem Kleinschießplatz eine ruhige Hand und ein sicheres Auge beweisen.“ — (hei/sts)

## Städtetag erwägt Empfehlung gegen Roma

**Hannover.** Im Rahmen eines Gesprächs mit kommunalen Spitzenverbänden und Vertretern des Innen- und Bundesratsministeriums hat der Sprecher des niedersächsischen Städtetages „Aufklärungsbedarf“ zu der Frage des „aggressiven Bettelns“ angemeldet. Es müsse dringend geklärt werden, ob die Menschen aus einer Notlage heraus handeln oder einem „gewerbsmäßigen Gelderwerb“ nachgingen. Wer viel Geld an eine Schlepperorganisation zahlen könne, um ins Land zu kommen, könne nicht als notleidend betrachtet werden. Die Tatsache, daß die Flüchtlinge ihr Hab und Gut verkaufen, um die Schlepper, die ihnen eine rosige Zukunft ausmalen, bezahlen zu können, findet keine

Erwähnung. Einer siebenköpfigen rumänischen Romafamilie stehen, nach Auskunft des Sozialamtes, im Monat 292 Mark zur Verfügung, mit der Begründung, im Lager gäbe es Gemeinschaftsverpflegung und die notwendigen Hygiene-Artikel. — (bee)

## Faschistenaufmarsch in Köln wurde verboten

**Köln.** Die „Deutsche Liga“ wollte Ende August vor der Zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber eine Kundgebung durchführen. Ein Aktionsbündnis von 23 Organisationen forderte den Rat der Stadt Köln auf, die faschistische Kundgebung zu verbieten. Bereits vor einem halben Jahr hatte die Deutsche Liga versucht, eine solche Kundgebung durchzuführen. Auch diesmal verbot der Polizeipräsident den Aufmarsch: „So gesehen sind Sie als zweckzieler Veranlasser für zu erwartende Störungen anzusehen.“ In einer gemeinsamen Erklärung begrüßten CDU, SPD, FDP und die Grünen das Verbot. 500 Antifaschisten versammelten sich trotzdem und demonstrierten. — (jöd)

## Faschistischer Aufmarsch in Kehlheim

**München.** Das Landratsamt Kehlheim hat der faschistischen Nationalistischen Front (NF) eine seit Wochen angekündigte Demonstration zum „Scheinasylanten- und Ausländerproblem“ genehmigt. Etwa 150 Faschisten konnten am 5. September unter dem Motto „NF — vernünftige Alternative zu einer kranken Welt“ und der sattsam bekannten Parole „Deutschland den Deutschen“ unbehelligt von staatlichen Sanktionen durch das niederbayerische Kehlheim marschieren. Aus der von demokratischen und

antifaschistischen Kräften vorher stattgefundenen Gegendemonstration wurden einige Menschen verhaftet.

Hintergrund der Aktion ist der Versuch der NF, die bisher vor allem in Nordrhein-Westfalen, Bremen und Berlin aufgetreten ist, verstärkt in Bayern aktiv zu werden. Der Vorsitzende der NF, der 32jährige Andreas Pohl aus Wadersloh (Nordrhein-Westfalen), hat sich im niederbayerischen Landkreis Kehlheim um das Amt des Landrats beworben. Daß Andreas Pohl sich in Bayern ohne weiteres um das Amt eines Landrats bewerben kann, hat er einer Bestimmung im bayerischen Landkreiswahlrecht zu verdanken, wonach Kandidaten einer beim Bundeswahlleiter registrierten Partei nur zehn Unterschriften anstelle von sonst 240 vorlegen müssen. AntifaschistInnen aus Kehlheim berichten, daß es Verhandlungen zwischen REP, NPD, DVU und NF gegeben habe, wonach nur eine einzige faschistische Partei zur Landratswahl am 20. September antritt! — (ecg)

## Graue Panther: Aktion gegen Rentensenkung

**Karlsruhe.** Der Seniorenschutzbund Graue Panther führte am Samstag, 22.8. eine Unterschriftensammlung in der Karlsruher Innenstadt gegen die beschlossene 2,7prozentige Rentenerhöhung durch. Knapp 700 Unterschriften wurden in kurzer Zeit gesammelt. Gefordert wurde eine gesetzliche Mindestrente von 1650 DM. Zum Vergleich führen die Grauen Panther an: „Die Mindestpension für Beamte liegt z.B. bei 1940 DM.“ Außerdem verlangen die Grauen Panther die Einrichtung von Graue-Panther-Häusern, in denen „Generationen ohne Ghettoisierung“ zusammenleben können. — (map)



**Hamburg.** Mehr als 2000 Kurden demonstrierten am 25. August 1992 ausgehend vom türkischen Konsulat in Hamburg gegen das von der türkischen Armee angerichtete Massaker in Sirkak. Aufgerufen hatte die ERNK. Nach Angaben von medico international sind dabei tausende Bewohner der Stadt Sirkak getötet, verhaftet und gefoltert, 90% der Bevölkerung der Provinzhauptstadt Sirkak obdachlos und vertrieben, die bevölkerungsreichsten Stadtteile dem Erdboden gleichgemacht worden. Eingesetzt waren von der türkischen Armee unter anderem BTC-60 Panzer der ehemaligen NVA — ein Geschenk der Bundesregierung an die türkische Regierung. — (mek, Foto: edl)

## Betrieblicher Gesundheitsschutz in Seehäfen tarifvertraglich vereinbart

**Hamburg.** Im neuen Rahmentarifvertrag für die Hafenarbeiter der deutschen Seehafenbetriebe wurde erstmalig ein neuer Paragraph zum Gesundheitsschutz aufgenommen. Die Hafenkapitalisten hatten sich heftig gegen diese Regelungen gewehrt, weil ja dieser Bereich bereits ausreichend in der Gewerbeordnung und in Unfallverhütungsvorschriften geregelt sei.

Demgegenüber bestand auf Seiten der ÖTV die feste Absicht, hier einen tarifvertraglichen Einstieg zu machen. Die Arbeitsbedingungen in den Häfen sind so gesundheitsschädigend, daß ein großer Teil der Hafenarbeiter vor Erreichen des gesetzlichen Rentenalters aus gesundheitlichen Gründen aus dem Arbeitsleben ausscheiden muß. Ein erheblicher Teil ist bereits zwischen 45 Jahren und 55 Jahren so kaputt, daß Hafenarbeit nicht mehr gemacht werden kann.

Das werden oft Sozialfälle, weil in der Regel Berufskrankheit nicht als Ursache anerkannt wird.

Zusätzlich bestand in der Abteilung Seehäfen der ÖTV die Befürchtung, daß die bestehenden Vorschriften im Rahmen der Harmonisierung der EG verwässert oder sogar aufgehoben werden. Aus diesen Gründen bestand die Notwendigkeit, bestehende gesetzliche Regelungen tariflich abzusichern.

Man braucht sich keine Illusionen über die Wirkung des Tarifvertrages zu machen. Die gesundheitlichen Bedin-

gungen der Hafenarbeit werden sich dadurch nicht schlagartig ändern. Es ist aber gar nicht hoch genug einzuschätzen, wenn sich Betriebsräte und auch einzelne Hafenarbeiter bei der Bekämpfung von gesundheitsschädlichen Arbeitsbedingungen auf einen Tarifvertrag stützen können.

So heißt es etwa im § 12 letzter Abschnitt:

„7. Die Arbeitnehmer haben das Recht, sich in Fragen der Unfall- und Gesundheitsgefährdung an außerbetriebliche Institutionen zu wenden, wenn sie sich zuvor an den Arbeitgeber und/oder den Betriebsrat gewandt haben und beide untätig geblieben sind.“

Im folgenden nun der Tariftext bis Abs. 6 im Wortlaut:

§12 Betrieblicher Gesundheitsschutz  
1. Die Verbesserung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes im Betrieb ist ständige Aufgabe der betrieblichen Parteien. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, den Betrieb so einzurichten und zu unterhalten und die Arbeitsbedingungen so zu gestalten, daß die Arbeitnehmer gegen Gefahren für Leben und Gesundheit geschützt sind.

2. Zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat sind Vereinbarungen zu treffen, die die Wirksamkeit der betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutzmaßnahmen gewährleisten und ihre Überprüfung ermöglichen. In Verbindung damit ist ein zusammenfassendes Konzept zu

entwickeln, das die Bündelung aller Aktivitäten des betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutzes sicherstellt.

Der Arbeitgeber hat die Arbeitnehmer einmal jährlich über die Maßnahmen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz im Betrieb zu informieren.

3. Der Arbeitgeber hat die Arbeitnehmer vor der ersten Arbeitsaufnahme im Betrieb sowie bei Veränderung des Arbeitsplatzes oder des Arbeitsablaufs über mögliche gesundheitliche Gefährdungen und über die zum Schutz hiergegen vorgesehenen Maßnahmen zu informieren.

4. Vor und bei Neueinführung von Arbeitsgeräten sind die möglichen Gefahren oder die möglichen Beeinträchtigungen der Gesundheit der Arbeitnehmer besonders zu prüfen. Dabei ist der aktuelle sicherheitstechnische und arbeitsmedizinische Stand zu beachten. Der Betriebsrat ist bei der Prüfung hinzuzuziehen.

5. Wird mit Gefahrgut oder Gefahrstoffen umgegangen, hat der Arbeitgeber die Arbeitnehmer über die möglichen Gefahren, über die Gesundheitsbestimmungen und über die Verhaltensregeln bei Unfällen zu unterrichten.

6. Die Arbeitnehmer können im Rahmen der Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes Beschwerde einlegen, wenn arbeitsbedingte Gesundheitsgefahren bestehen.“ — (obj)





Essen. Rund 500 Leute demonstrierten am Freitag, dem 28. 8. 92, unter der Losung „Gegen rechtsradikalen Terror in Rostock und anderswo — Asylrecht ist Menschenrecht“ in der Essener Innenstadt. Bei der Kundgebung sprachen Vertreter von „Pro Asyl — Essen gegen Rassismus“, VVN-BdA, IG Metall, evangelische Kirche, den Grünen sowie die Oberbürgermeisterin (SPD). — (wof, Foto: syb)

## Kita-Notstand in Braunschweig bleibt

**Braunschweig.** Die Fortschreibung des Kindertagesstätten-Entwicklungsplanes (KEP 90) der Stadt stellt sich dar als Beschreibung eines skandalösen Mangels. Bis 1995 wird es nur für 18 Prozent der 3- bis 6-Jährigen einen Kindergartenplatz geben, gegenwärtig sind es 71 Prozent. Tatsächlich ist die Lage jedoch noch schlechter. Nur für 18 Prozent dieser Altersgruppe steht ein Ganztagsplatz zur Verfügung, nur für 3,65 Prozent der 0- bis 3-Jährigen gibt es einen Krippenplatz und bei den Hortplätzen für die 6- bis 10-Jährigen beträgt die Quote knapp 10 Prozent! Um in der Zukunft diesen Skandal nicht so dramatisch erscheinen zu lassen, hat die Verwaltungsspitze beantragt, bei der Bedarfsplanung für die 3- bis 6-Jährigen nur mit 3 Jahrgängen statt wie bisher mit 3,5 zu rechnen. Tatsächlich werden Kinder aber im Durchschnitt im Alter von 6,5 Jahren eingeschult, so daß in der Wirklichkeit jeweils 3,5 Jahrgänge im Kindergartenalter sind. Auf diese Weise kann der aktuelle Fehlbedarf von 2 186 auf 1 286 Kindergartenplätze heruntermanipuliert werden. Allein die Linke Liste stimmte im Rat gegen diesen Antrag. — (nah)

## 1500 demonstrieren gegen Veranstaltung mit Haider

**Stuttgart.** Die FDP hielt trotz zahlreicher Proteste an ihrer Einladung für Jörg Haider fest. Den von Rep-Stadträten gewünschten offiziellen Empfang für den FPÖ-Vorsitzenden lehnte OB Rommel ab. Für den 7. 9. hatte ein Aktionsbündnis zu einer Demonstration aufgerufen. Auf der Abschlussskundgebung vor dem Veranstaltungsort, dem Kur-

saal, sprachen J. Diefurth, die fraktionslose Stuttgarter Stadträtin S. Blum und eine Antifaschistin aus Wien. 1000 Polizisten waren eingesetzt. Die VVN hat in einer Presserklärung umgehend gegen die unerträglichen Polizeischikanen und Übergriffe und die bürgerkriegsmäßige Einkesselung von zahlreichen Demonstranten protestiert. — (evc)

## Rassistischer Vorstoß Oldenburger CDU-Politiker

**Oldenburg.** Der CDU-Landtagsabgeordnete J. Dierkes und der CDU-Bundestagsabgeordnete Th. Kossendey sind am 21. 8. 1992 mit rassistischen Vorschlägen zur Asylpolitik an die Öffentlichkeit getreten.

Offizieller Beweggrund waren die „Probleme der Polizei im Zuge der wachsenden Asylproblematik“. Die achtköpfige Außenstelle der Kriminalpolizei bei der Zentralen Ausländerbehörde in Oldenburg-Blankenburg soll nach ihren Vorstellungen verstärkt werden. An Asylsuchende soll keine Sozialhilfe mehr ausbezahlt werden, „bevor die erkennungsdienstlichen Maßnahmen der Polizei nicht abgeschlossen sind.“ Überhaupt soll die Sozialhilfezahlung an eine „Untersuchungs- und Behandlungspflicht“ gebunden sein, da angeblich viele Asylsuchende ansteckende Krankheiten haben. Bundestagsabgeordneter Kossendey will sich in diesem Zusammenhang dafür einsetzen, daß die Sozialhilfe nicht ausschließlich in Geldform ausbezahlt wird. Stattdessen sollen die Gemeinden über die Form der Auszahlung bestimmen dürfen. „Straffällige“ Asylsuchende sollen — nach den Vorstellungen der beiden CDU-Politiker — beschleunigt abgeschoben werden können. — (jot)

# Antikriegsdemonstration mit politischen Schwächen

**Hamburg.** Trotz anhaltender Regenfälle demonstrierten knapp 2000 Menschen am 1. September, dem Antikriegstag, für die Beendigung des Krieges im ehemaligen Jugoslawien, gegen Kriegstreiberei und jeden Kriegseinsatz der Bundeswehr. Unter den Teilnehmern befanden sich auffällig viele junge Menschen.

Die Linke erschien in den vergangenen Monaten angesichts des Erstarkens einer deutschen Kriegspartei, angesichts der stattfindenden Intervention in den jugoslawischen Bürgerkrieg, angesichts der Vorbereitung von Militäreinsätzen der Bundeswehr regelrecht erstarrt. Hinzu kommt, daß die Tradition der Antikriegsdemonstrationen in Hamburg wie wohl auch andernorts weitgehend abgerissen schien. In der auch in diesem Jahr recht spät eingeleiteten Vorbereitung der Demonstration wurde jedoch das Bedürfnis vieler, Widerstand zu artikulieren, sehr schnell erkennbar. Innerhalb von nicht einmal zehn Tagen verständigten sich über 50 Organisationen unterschiedlicher Richtungen darauf, zu einer Demonstration aufzurufen. Bei allen Differenzen stimmten sie darin überein, daß Einsätze der Bundeswehr, gleich unter welcher Flagge, verhindert werden müssen.

Die Demonstration hat aber auch Probleme deutlich gemacht, die die Widerstandsfront gegen die beabsichtigte Grundgesetzänderung, die weltweite Einsätze der Bundeswehr ermöglichen soll, und gegen die Kriegspolitik der BRD im Jugoslawien-Konflikt schwächen.

Die Bemühungen der Reaktion, eine Kriegs Stimmung zu schaffen, wirken. Sie wirken in den von der Friedensbewegung der 80er Jahre übriggebliebenen Teilen insofern, als die Kritik der expansionsistischen und aggressiven BRD-Politik gegen Jugoslawien, an der Rolle der BRD bei der Zerteilung Jugoslawiens schwach ist. Einige Organisationen sehen eine vorrangige Aufgabe augenscheinlich darin, „in bezug auf alle kriegsführenden Parteien“ in Jugoslawien ein Embargo und „wenn notwendig eine entwickelte Blockadepolitik“ durchzusetzen, wie es in einem Flugblatt von Grünen/GAL heißt. Ein Embargo kann aber nur dann zur Beendigung des jugoslawischen Bürgerkrieges beitragen, wenn sie sich gegen jede ausländische Einnischung richtet, wenn sie tatsächlich den Nachschub abschneidet. Das bedeutet in der BRD, die politische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung für die kroatische Kriegsführung zu verhindern; diese Unterstützung hat ein erhebliches Ausmaß, gerade erst enthüllte wieder eine griechische Zeitung große Waffenlieferungen aus der BRD nach Kroatien. Das jedoch scheint das Ziel der entsprechenden Forderungen nicht zu sein. Wie sonst könnten Hamburger Kreisverbände von Grünen/GAL von der Bundesregierung „politischen und wirtschaftlichen Druck auf die Blockadebrecher“ verlangen, so ein anderes Flugblatt, und zur Unterstützung zu einer Demonstration ausgerechnet vor dem griechischen Konsulat und der bulgarischen Handelsvertretung aufzurufen? Eine solche Stoßrichtung setzt

der aggressiven Politik der BRD keinen Widerstand mehr entgegen — weder der Entsendung von Kriegsschiffen in die Adria noch den Vorbereitungen für die Entsendung von Bundesgrenzschutz nach Griechenland und in andere Balkanländer. Sie begünstigt Gewalttätigkeiten der BRD auf dem Balkan und entzieht das Bestreben der BRD, deutsche Einflusssphären auf dem Balkan auszuweiten, der Kritik.

Ein zweites Problem ist darin zu sehen, daß sich weder der Aufruf zur Demonstration noch die Kundgebungsreden mit der von Bundesaußenminister Kinkel eingeleiteten Grundgesetzänderung auseinandersetzen. Auch die Organisationen, die in Flugblättern die Politik der BRD gegenüber Jugoslawien ausführlich kritisierten, mobilisierten nicht gegen die ganz konkrete Gefahr, die es in den nächsten Wochen und Monaten abzuwenden gilt.

Von den DGB-Gewerkschaften hatte wohl vor allem die GEW mobilisiert, deren Hamburger Vorsitzender eine ausgesprochen kämpferische Rede hielt, in der er sich u. a. scharf vom DGB-Vorsitzenden Meyer abgrenzte. Autonome und antiautoritäre Gruppen blieben der Demonstration im wesentlichen fern. Geschwächt wurde die Demonstration auch durch die skandalöse Tatsache, daß die Mehrheit der veranstaltenden Organisationen der ERNK eine Kundgebungsrede verweigerte.

Doch trotz allem stellt die Antikriegsdemonstration einen wichtigen Schritt in der Errichtung der dringend nötigen Antikriegsfront dar. — (sc)



An der Demonstration in Köln zum Antikriegstag beteiligten sich 2000 Personen.

Bild: af/mz

## Schnelle Eingreiftruppe: Zentrale in Bielefeld?

**Bielefeld.** Aufgebaut wird die schnelle Eingreiftruppe der NATO (Allied Rapid Reaction Corps) jedenfalls zunächst in Bielefeld. Seit Wochen sind Offiziere aus 12 NATO-Mitgliedsstaaten unter Leitung des britischen Generals Jeremie Mackenzie dort, um die Eingreiftruppe zu organisieren. Sie soll Anfang 1995 einsatzbereit sein. Am 2. Oktober wird mit einer Truppenparade in Bielefeld die offizielle Gründung der ARRC vollzogen. Die Verteidigungsminister der 16 NATO-Mitgliedsländer, NATO-Generalsekretär Wörner sowie der britische Premierminister Major werden anwesend sein. „Am 2. Oktober wird an der Rippon-Kaserne die Fahne des dann aufgelösten 1. Korps der Rheinarmee eingeholt und die neue Flagge der ARRC über dem Gebäude aufgezogen ... Bereits jetzt laufen die Vorbereitungen für das NATO-Gipfeltreffen auf Hochtouren. Über das Programm ist aus Sicherheitsgründen strengste Geheimhaltung vereinbart worden.“

Die ARRC ist als „multinationales Korps“ geplant, dessen Führungsstab durch Rotation bestimmt werden soll. Sinn sei „Abschreckung“ und, wo nötig, der Einsatz als „ernstzunehmender Kampfverband“, auch „out of area“ der NATO. Zum möglichen Einsatzgebiet erklärte der Kommandeur der Panzerbrigade 21, das gehe „von Norwegen bis Anatolien“ (Kurdistan).

Bereits bekannt ist, daß die neuge-

schaffene 1. Britische Division in Herford sowie die ebenfalls in der Nähe Bielefelds stationierte Bundeswehr-Panzerbrigade 21 Augustdorf zu der Aufbau-truppe gehören sollen. Über den endgültigen Standort des Hauptquartiers der ARRC müssen sich nach Aussagen des NATO-Sprechers Reich britische und deutsche Stellen einigen: Entweder das bisherige Hauptquartier der britischen Rheinarmee in Mönchengladbach oder Bielefeld. Das Bonner Verteidigungsministerium drängt auf den Standort Bielefeld, weil die Infrastruktur und die Liegenschaften vorhanden seien. „Zudem liegt mit dem Truppenübungsplatz Senne-lager ein Trainingslager direkt vor der Tür.“ Der NATO-Flughafen Gütersloh liegt 20 km entfernt. Ein weiterer Punkt, der nach Meinung von Reich „die Option offenlasse, die Eingreiftruppe in Ostwestfalen-Lippe zu stationieren.“

Kritik an den Plänen der Stationierung der ARRC hat der Landtagsabgeordnete der Grünen, Michael Vesper, geäußert: „Die NATO-Pläne zerschlagen die Bemühungen um die Entmilitarisierung der Region.“ Er forderte von allen Städten in Ostwestfalen-Lippe sich „deutlich gegen eine weitere Militarisierung auszusprechen.“ Die DGB-Jugend hat ebenfalls protestiert und macht die Planung zum Thema ihrer diesjährigen Antikriegstagsveranstaltung.

Quellen: NWZ, 2. 6. 92 und 2. 9. 92, Westfalen-blatt, 28. 5. 92 und Stadtblatt Nr. 28 — (ads, stb)

## Antifaschistische Woche: „Wir sind die Vielvölkerstadt“

**Stuttgart.** Bereits in den letzten beiden Jahren wurde jeweils im September ein antifaschistisches Musikfest durchgeführt. Dieses Jahr riefen etwa zwanzig Organisationen und Gruppen eine Woche lang zu Informations-, Diskussions- und Filmveranstaltungen auf, einige mehr unterstützten einen gemeinsamen Aufruf, in dem es u. a. heißt: „Indem wir, Deutsche und EinwanderInnen und Flüchtlinge gemeinsam, den Rassismus bekämpfen, verteidigen wir auch die Menschenrechte, ein zivilisiertes und solidarisches Miteinander, Humanität, Offenheit und Toleranz. Und wir verteidigen auch die Möglichkeit und Hoffnung, eines Tages in einer menschenwürdigen und gerechten Welt zu leben, in der alle die gleichen politischen und sozialen Rechte haben. Wir wissen, daß wir nicht wenige sind. Aber zu oft erheben wir unsere Stimme nicht laut genug. Und zu oft wird unsere Stimme nicht gehört. Auf den Veranstaltungen dieser Woche wollen wir uns treffen und sammeln, Wissen austauschen, Aufklärung betreiben und Gegenöffentlichkeit schaffen, Möglichkeiten der Gegenwehr diskutieren und verabreden, Projekte bekanntmachen. Und zum Abschluß wollen wir gemeinsam ein Fest feiern. Wir bauen die Vielvölkerstadt!“

Eine Auswertung über die Beteiligung insgesamt steht derzeit noch aus, auf etlichen Veranstaltungen waren aber mit zwischen 50 und 100 Teilnehmern doch

einige über den Kreis derer hinaus, die sich sonst auch treffen. Die VVN setzte sich damit auseinander, für wen der von der FDP nach Stuttgart geholt Jörg Haider erwünscht ist, und hatte dazu einen Vertreter des Bundesverbands österreichischer Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus eingeladen. Michael Kalmann vom Forschungsinstitut für Friedenspolitik in Weilheim beleuchtete auf einer Veranstaltung der



Die lateinamerikanische Gruppe 500 años despues auf dem Antifa-Musikfest

Stuttgarter Friedenskoordination zum Thema „Europa und der Krieg in Jugoslawien“ vor allem die Anerkennungspolitik kritisch, die eher Öl ins Feuer gegossen habe. Eine Militärintervention, zu der weder WEU, noch EG, NATO, KSZE oder UNO legitimiert seien, würde die Lage weiter verschlimmern. Der vom Palästina-Komitee eingeladen, in der Schweiz lebende Israeli Shraga Elam gab interessante Denkanstöße zur Auseinandersetzung mit dem Zionismus und zur Unterstützung des palästinensischen Befreiungskampfes. Leider hatte es im Vorfeld unerfreuliche Auseinandersetzungen um die Veranstaltung gegeben, die sich am Begriff „Antijudaismus“ entzündeten. Zu Kurdistan fanden mehrere Veranstaltungen statt, u. a. zur Rolle der Frau in Kurdistan, ein Diavortrag sowie eine Veranstaltung, die zwölf Jahre nach dem Militärputsch die aktuelle Situation in der Türkei und im kurdischen Befreiungskampf beleuchtete. Eine Diskussion gab es über die geplante Bildung einer kurdischen Nationalversammlung und die Wahlen in Südkurdistan.

Etwa 600 Leute, darunter viele Jugendliche, kamen zum Fest am 5. September. Neben verschiedenen Musikgruppen gab es Informationsstände und Redebeiträge, u. a. sprach auch Gertrud Müller von der VVN/BdA und Sprecherin der Lagergemeinschaft des KZ Ravensbrück in der BRD. — (evc)



## Kurz berichtet

## Keine Haftverschönerung für krebserkrankten Honecker

Obwohl ein medizinisches Gutachten bei Erich Honecker ein Krebsgeschwür an der Leber feststellte und der medizinische Sachverständige ausdrücklich darauf hinwies, daß der Schwerkranken der Prozeß, dessen Dauer auf zwei Jahre geschätzt wird, nach menschlichem Ermessen nicht überleben kann, hat die 27. Große Strafkammer beim Berliner Landgericht den Antrag der Verteidiger auf Haftverschönerung abgelehnt. Das Gericht sieht in der Krebserkrankung und in der Tatsache, daß der Gutachter die Verhandlungsfähigkeit Honeckers auf derzeit drei Stunden täglich bemisst, „kein Prozeßhindernis, das zur Einstellung des Verfahrens und zur Aufhebung des Haftbefehls“ zwingt. Die Anwälte vertreten demgegenüber, daß das Hauptverfahren nicht eröffnet werden dürfe, da sein Ziel „in seinem Abschluß“ liege. Doch drängt sich die Schlussfolgerung auf, daß es der herrschenden Justiz nicht so sehr um den Abschluß geht — die Verurteilung nämlich ist mit rechtsstaatlichen Mitteln nicht zu erreichen —, sondern darum, daß Honecker im Gefängnis stirbt — man hätte dann sozusagen einen „Schuldspruch der Geschichte“ erwirkt. — (sc)

## Betriebs- und Personalräte: „Marsch auf Bonn“

Am 9. September wollen Betriebs- und Personalräte aus Ostdeutschland mit einer Kundgebung gegen die anhaltenden Massenentlassungen und die Wirtschaftspolitik von Regierung und Treuhand demonstrieren. Auf der Kundgebung wird u.a. der DGB-Vorsitzende von Sachsen-Anhalt, Weißbach, sprechen. Mehr als 200 Betriebs- und Personalratsdelegationen haben ihr Erscheinen angekündigt. Im Anschluß an die Kundgebung sollen Gespräche mit allen Fraktionen des Bundestags und mit Kanzler Kohl stattfinden. Die Betriebs- und Personalräte-Initiative fordert u.a.: sofortigen Entlassungsstopp, Einhaltung der Arbeitsplatzgarantien, aktive Sanierung vor Privatisierung, Ausbau von ABM zu festen Arbeitsplätzen, Verbot von Leiharbeit und Lohndumping, Beteiligung der Betriebs- und Personalräte bei allen Verhandlungen und Entscheidungen der Treuhand von Anfang an, Bildung eines Kontrollorgans. Im Herbst führt der DGB in Ostdeutschland

eine branchen- und länderübergreifende Betriebsrätekonferenz durch, für das nächste Frühjahr strebt die Initiative eine bundesweite Betriebs- und Personalrätekonferenz an. — (rül, sc)

## Erneuter Warnstreik in Hotel in Vorpommern

Am 15. Juli wurde im Hotel- und Gaststättengewerbe Mecklenburg-Vorpommern ein Tarifvertrag mit einer zweistufigen Erhöhung um DM 200 und nochmal DM 100 abgeschlossen. Das Ergebnis wurde erst nach einer Urabstimmung und Warnstreiks ab dem 8. Juli erreicht. In verschiedenen Betrieben war ein unbefristeter Streik im Gespräch.

Dieser Streik lebt jetzt im größten Hotel von Greifswald, dem „Boddenhus“, wieder auf. Das „Boddenhus“ gehört nicht dem Hotel- und Gaststättenverband an und bezahlt seine Beschäftigten ca. DM 300 unter dem Tarif von Mecklenburg-Vorpommern. Jetzt geht es um einen Haustarifvertrag, um die Anpassung an das allgemeine Tarifniveau zu erlangen. In der Urabstimmung vom 20. August entschieden sich alle 50 Beteiligten für einen unbefristeten Streik, falls die Geschäftsführung nicht einlenkt.

Es reicht einigen also das Lohngefälle zwischen Ost und West nicht. Immer wieder versuchen die Unternehmer, die Rechte der Arbeitnehmer zu schmälern und auch noch innerhalb eines Landes Niagarafälle im Lohngefüge aufzustauen. — (jub)

## Warnstreiks der Monteure

Über 10000 Monteure in ost- und westdeutschen Betrieben streikten am 3. 9. zur Bekräftigung der IGM-Forderung nach einheitlichem Tarifvertrag für die 100000 Monteure im Westen und 50000 im Osten, d.h. vor allem gleiche Erbschwerniszulagen, Auslösungen und Montagezuschläge. Schwerpunkt der Streiks waren Baustellen rund um Cottbus und Stuttgart. — (sc)

## Vernichtung ostdeutscher Kulturinstitutionen

Die geplante Reduzierung der Kulturmittel für Ostdeutschland wird unvermeidbar zu einem völligen Kahlschlag führen. In den letzten zweieinhalb Jahren sind bereits 600 öffentliche Bibliotheken vernichtet worden, rund 700 Jugendclubs, die Hälfte aller Kinos. Da ostdeutsche Museen kaum Geld haben, um Bilder zu kaufen, werden fast täglich Kunstwerke in Richtung Westdeutschland verkauft. — (sc)

## Dürre und Politik führen zum Ruin der Landwirtschaft

Als sich die Nachrichten über die katastrophalen Folgen der Dürre in den nördlichen Bundesländern verdichteten, wurde am 1. 7. 1992 auf der Tagung der Landwirtschaftsminister der Europäischen Gemeinschaft in Luxemburg die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik der EG-Länder formal beschlossen. Wenn sie am 1. 1. 1993 in Kraft tritt, wird es vor allem um die schrittweise Senkung der „landwirtschaftlichen Überproduktion“, die von über zehn Millionen Bauern in der EG erbracht wird, gehen. Neben vielen anderen Maßnahmen wird durch drastische Preissenkungen, besonders bei Getreide, angestrebt, die EG-Preise den Weltmarktpreisen anzugleichen.

Nach Angaben des Bundeslandwirtschaftsministeriums vom Juli 1992 wird sich das Gesamtergebnis der Getreidernte des Jahres 1992 der Bundesrepublik zwischen 35 und 37 Millionen Tonnen bewegen. Damit liegt es mit 2,5 bis 4,5 Mio. Tonnen unter dem Rekordergebnis von 39,3 Mio. Tonnen im Jahre 1991. Die Dürreschäden haben damit nach Einschätzungen des Ministeriums auf das Gesamtergebnis keinen allzu großen Einfluß, obwohl sie — wie Minister Kiechle betonte — für die betroffenen Landwirte eine Katastrophe darstellen. Laut *Bauernzeitung* vom 24. 7. 92 habe der Minister bestätigt, daß „trotz der Ernteschäden die Überschussprobleme bei Getreide nicht gemindert werden. Die Überschüsse könnten nur durch stärkere Verfütterung und Einschränkung der Produktion verringert werden.“

Letzten Einschätzungen zufolge liegen die Dürreschäden im Land Brandenburg in der pflanzlichen Produktion bei rund 1 Mrd. DM, was ein Drittel der landwirtschaftlichen Bruttoproduktion des Landes ausmacht. Die Verluste werden mit 300 bis 700 DM pro Hektar beziffert.

Brandenburgs Landwirtschaft durchlebt eine Phase der Umstellung auf marktwirtschaftliche Kriterien. Die Folgen der Liquidierung der ehemaligen landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, was im Zuge der Reprivatisierung (sprich „Zwangsindividualisierung“) gewollt war, wurden durch die Schaffung von Agrargenossenschaften, die Entstehung von Einzelbauernwirtschaften (Wiedereinrichtung) und Betrieben anderer Eigentumsformen nicht abgefangen. Der Landwirtschaftsminister Brandenburgs, Zimmermann, kennt die Gründe für diese Lage: Die Landwirtschaft verfügt nur über geringes Eigenkapital; sie leidet an veralteter Technik und Bausubstanz, an Überbesatz an Arbeitskräften und mangelnden Erträgen. Sie kann weder mit der Landwirtschaft der Altbundesländer noch — viel weniger — mit dem EG-Markt konkurrieren. Es muß alles anders werden, man weiß nur nicht wie.

Das bisherige Ergebnis der Umstellung der Landwirtschaft des Landes Brandenburg ist eine tiefe Struktur- und Anpassungskrise, die — wie Ministerpräsident Stolpe es ausdrückte — mit den Dürrefolgen ihr „I-Tüpfel“ aufgesetzt bekommt. Die Folgen der Trockenheit verschärfen sie gravierend.

Viele Betriebe haben Liquiditätsschwierigkeiten. Vor allem werden Auswirkungen auf die ca. 5000 Wiedereinrichter erwartet. Die Ernteaussfälle führen zu akutem Geldmangel. Die bäuerlichen Betriebe erhalten keine Kredite für Saatgutkäufe. Schon jetzt ist das Rechnungsjahr 1993 stark vorbelastet. Der Konkurs landwirtschaftlicher Betriebe würde die Arbeitslosigkeit verstärken, die schon jetzt mit 20% und mehr in ländlichen Gebieten vorhanden ist. Soziale Differenzierung in den Dörfern wird die Folge sein, die zu erheblichen Spannungen zwischen den Menschen führen wird.

Ende Juni erklärte Minister Zimmermann, daß die Regierung des Landes Brandenburg Ertragsausfälle durch Ausgleichszahlungen wettmachen will. Sie forderte von Bonn die Erarbeitung eines Notstandsprogrammes und durch die EG die Anerkennung als Notstandsgebiet. Es wurden zinsverbilligte Überbrückungshilfen, Erleichterungen für gewährte Kredite, vorzeitige Auszahlung staatlicher Hilfen und Verzicht auf Pachtzahlungen seitens der Treuhand verlangt. Aber Bonn spielt da nicht ganz

mit. Auf einem Treffen mit den Landwirtschaftsministern der betroffenen Länder im Juli in Schwerin sagte Minister Kiechle umfangreiche Finanzhilfen zu, die Existenzgefährdungen ausschließen, wobei Bund und Länder sich mit jeweils 50% beteiligten sollten.

In Schwerin wurde deutlich, daß die Bundesregierung keinen pauschalen Schadensausgleich für alle Betroffenen geben werde, sondern der Einzelfall geprüft und entschieden wird. Minister Kiechles Zusagen betreffen nur Betriebe, die nachprüfbar existenzgefährdet sind. Die Bundesregierung ist nicht bereit, andere als auch sonst übliche Verfahren zur Linderung der Folgen der Trockenheit für die ostdeutschen Bauern einzuleiten.

Ende August 1992 trat nun nach der Sommerpause der Brandenburger Landtag zusammen und beschloß ein Dürrehilfsprogramm in Höhe von 83 Millionen DM. Weitere 83 Millionen soll der Bund tragen. Die Landtagssitzung wurde mehr zur politischen Profilierung und zur Kritik an anderen Parteien als zur Suche nach einer Lösung für die Brandenburger Bauern, die vor dem Landtag mit schwarzen Fahnen aufgezogen waren, genutzt. Ist das nicht eine Parallele zum Versagen der Politik wie im Falle der rassistischen Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen, als die Politiker mehr ihren Vorteil und ihre Sessel im Auge hatten als die Absicht, die Probleme echt zu lösen? Polit-Dilettanten sind am Werk, die das Geschäft für andere machen!

Das Ergebnis der Tagung des Landtages Brandenburg lag weit unter den Erwartungen der von der Dürre betroffenen Bauern. Die Bauernverbände fordern „ein Existenzsicherungsprogramm, das mindestens 50% unserer Verluste ausgleicht“. Der Bauer wird mit seiner Not offenbar alleingelassen. Die Vergabe erster Schecks für Dürrebeschädigte in Höhe von 650000 DM bedeutete, daß für rund 100 existenzgefährdete Betriebe jeweils 5500 DM ausgegeben wurden. Ein Tropfen auf den heißen, ausgetrockneten märkischen Sand!

Betriebe erhalten nur dann finanzielle Unterstützung, wenn sie gleichzeitig mit der Antragstellung bei der Bank Konkurs anmelden. Verwirklicht wird die Bonner Vorgabe, keinen Ausgleich der Dürreschäden vorzunehmen, sondern lediglich die Existenzsicherung zu gewährleisten. Eine generelle Schadensregulierung wird es nicht geben. Zudem erschweren Bürokratie und Formfragen die Beantragung. Es besteht die Gefahr, daß für viele Betriebe das Geld zu spät kommt.

Aber das ist noch lange nicht alles, was die Landwirtschaft in Brandenburg betrifft. Die Treuhand will auf Kosten

des Bodenreformlandes Flächenverkäufen an Alteigentümer Vorrang vor einer Verpachtung an jetzige Nutzer einräumen. Ministerpräsident Stolpe bezeichnete den Umgang mit dem Bodenreformland als Zeitbombe, die dazu beitragen werde, den weiteren Rückgang der Landwirtschaft in Brandenburg zu beschleunigen.

Eine andere interessante Tatsache enthält der kürzlich veröffentlichte Agrarstrukturbericht 1989 und 1990 des Bundesministeriums für Landwirtschaft. Darin wird festgestellt, daß in den alten Bundesländern ein stetiger Trend zur Vergrößerung der Betriebe zu verzeichnen ist.

In der Ex-DDR existieren 8668 landwirtschaftliche Betriebe. Bis Ende 1991 hatten sich 1300 Genossenschaften, 1640 Person- und Kapitalgesellschaften und außerdem 18000 Familienbetriebe als deren Nachfolger gebildet. Dem Trend zur Konzentration in den alten Bundesländern steht die Vereinzelung der Bauern in den neuen gegenüber.

Die Folgen der Trockenheit zeigen, daß es diese neuen Betriebe wesentlich schwerer haben, sich gegen die starke Konkurrenz des Westens zu behaupten. Wer wird Böses dabei finden, wenn für den Osten der Weg über den Familienbetrieb als der einzig richtige angepriesen wird!

Hoffnungen auf sofortige und materielle Hilfe für die dürregeschädigten Bauern wurden auch auf die EG gesetzt. Aber diese wurden bisher nicht erfüllt.

Die EG-Kommission lehnte sogar den einfachen Vorschlag ab, stillgelegte Flächen zur Beweidung freizugeben. Sie will keine Präzedenzfälle bei stillgelegten Flächen schaffen, da — wie beschlossen — das erklärte Ziel die Produktionsenkung durch Stilllegung ist. Mit sofortigen Hilfen seitens der EG ist deshalb kaum zu rechnen. Dürren als Naturereignisse sind normal, Italien oder Portugal leiden ständig unter Regenmangel.

Die Dürre in den ostdeutschen Ländern kam also zum richtigen Zeitpunkt!

Sie paßt offenbar in das Konzept der EG. Auch ohne weitere Stilllegungen wurden Produktionskapazitäten — diesmal durch die Trockenheit — zerstört, und wirtschaftlich schwache Betriebe werden eingehen oder noch einige Zeit mit den wirtschaftlichen Folgen zu tun haben, so daß sie als Konkurrenten vorerst ausgeschaltet bleiben. Die betroffenen ostdeutschen Länder wurden nicht nur durch Trockenheit und Folgen der Dürre in Mitleidenschaft gezogen, sondern sind zugleich ein Opfer einer rigorosen kapitalistischen Landwirtschaftspolitik. Im Moment zählen offensichtlich nur zukünftig wertvolle Immobilien, wie der Angriff auf das Bodenreformland zeigt. — (Achim Berger)

eignung der landwirtschaftlichen Produzenten durch die alten Enteigner sprechen. Aufgrund staatlicher Förderung erhalten die Junker und andere alte und neue Großgrundbesitzer bis zu 160ha für 'n Appel und 'n Ei: Gute Böden werden für einen Mindestpreis von 9000 DM/ha ausgeschrieben — nach einer Meldung des *Deutschlandfunks* kosten vergleichbare Böden in alten Bundesländern durchschnittlich 33000 DM. Dabei kann der Preis sogar noch tiefer gedrückt werden: Wird nämlich der Mindestpreis nicht gezahlt, ist eine offene Ausschreibung ohne Mindestpreis möglich. (*Süddeutsche Zeitung*, 9. 3. 92)

Derartige Bedingungen ziehen nicht nur die „Alteigentümer“ an. Westdeutsche, aber auch niederländische und dänische Großgrundbesitzer und Agrarkonzerne kaufen sich billig ein. Die *Welt* schildert beispielhaft, wie ein Niederländer in Ostelbien 900 ha für 600 DM/ha gepachtet habe und auf diese Weise jährlich 700000 DM an Pachtpreis spare, die er für niederländische Böden vergleichbarer Qualität mehr zu zahlen hätte. (13. 4. 92)

Die Sonderbedingungen für Kauf oder Pacht des Landes gelten im allgemeinen nicht für sogenannte Neueinrichter, das sind vor allem Mitglieder von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften ohne Land. Das macht die Enteignung perfekt. Die wachsende Arbeitslosigkeit auf dem Land sorgt, so das *Kalkül*, für billige Landarbeiter. — (sc)

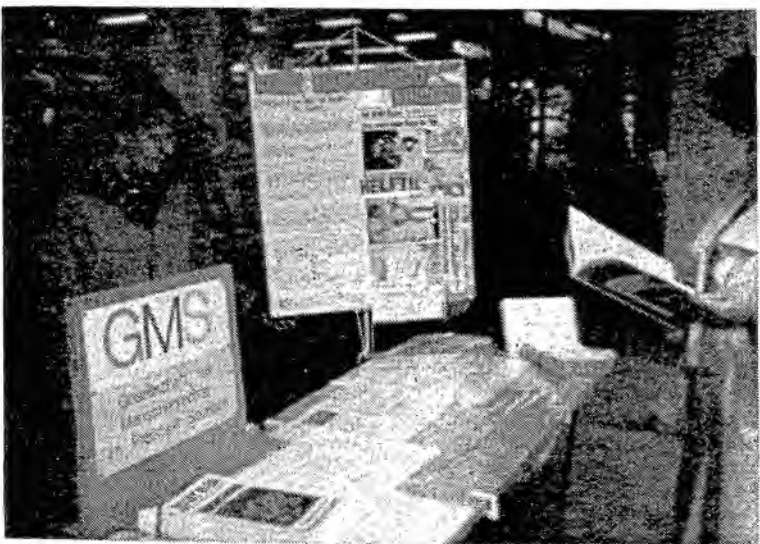


Bild oben: Wie auch in anderen Städten Sachsens beteiligen sich in Dresden verschiedene Gruppen und Organisationen mit Stelltafeln, Transparenten, Büchertischen u. ä. an den Aktivitäten zum Antikriegstag. Bild unten: Leider nehmen in Berlin nur 500 an der vom DGB und anderen durchgeführten Kundgebung am 1. 9. teil.



Mit einer Herbstkampagne unter der Losung „Berlin braucht Zukunft“ versucht die Berliner IG Metall gegenwärtig, die Beschäftigten in der Metallindustrie zu mobilisieren. Die vielfältigen Aktionen sollen münden in eine gemeinsame Demonstration aller DGB-Gewerkschaften am 2. Oktober, dem Vorabend des sogenannten Tages der Deutschen Einheit, auf dem Berliner Alexanderplatz. Die Mobilisierung läuft allerdings schleppend. Kaum einer der Beschäftigten traut den Gewerkschaften ernsthaft zu, die stattfindende Entwicklung aufhalten zu können.

In der Tat könnte man zumindest die Situation im Westteil der Stadt in Anlehnung an das berühmte gewordenen Willi-Brandt-Zitat umschreiben mit: „Es

## Das „Aus“ für den Industriestandort Berlin

bricht zusammen, was zusammenbrechen muß.“ Genauer betrachtet zeigt sich folgende Lage: 11,3 % Arbeitslose im Juli dieses Jahres weist die Statistik für Westberlin aus, das sind knapp 20 % mehr Arbeitslose als noch vor einem Jahr. In Ostberlin waren zu diesem Zeitpunkt 14,1 % als arbeitslos registriert. Das sind zusammen bereits 260 000 Menschen in der Stadt ohne dauerhafte Arbeit. Diese Zahlen zeigen allerdings

längst nicht das wirkliche Ausmaß der Probleme. In Ostberlin wurden innerhalb der letzten 2 1/2 Jahre mehr als 65 % der industriellen Arbeitsplätze vernichtet. Nach Westberlin strömen täglich 160 000 Pendler aus dem Umland. Der Druck auf den Arbeitsmarkt wächst immens. Nicht berücksichtigt sind darüber hinaus all jene, die mit ABM- oder Weiterbildungsmaßnahmen beschäftigt werden oder in den Vorruhestand versetzt wurden. Welche Gründe sind nach der Vernichtung der Ostberliner Industrie die Ursache für den jetzt stattfindenden Einbruch in der Westberliner Industrie?

Bedingt durch die jahrzehntelange Steuersubvention der Westberliner Unternehmen hat sich eine entsprechende Industriestruktur entwickelt, die oft auch mit dem Stichwort „verlängerte Werkbank“ umschrieben wird. Jene Produktionen, die mit relativ hohem Kapitaleinsatz qualitativ hochwertiger Serienprodukte herstellten oder auch nur geringfügige Endarbeiten an bereits im Prinzip anderswo gefertigten Produkten vornahmen, erzielten die höchsten Subventionen. Entsprechend stellt sich heute die Zusammensetzung der Wirtschaftszweige in Westberlin dar, entsprechend niedrig ist die Qualifikationsstruktur der Belegschaften. Nach Streichung der Steuersubventionen wird die Lage der Unternehmen offensichtlich.

Ihre Struktur hinkt der Entwicklung in anderen industriellen Ballungsräumen um Jahre hinterher. Bei etlichen Unternehmen war die Summe des Betriebsergebnisses gleich der Summe der kassierten Subventionsgelder, einige Betriebe kassierten mehr Subventionen, als die Lohn- und Gehaltssumme ausmachte. Damit ist jetzt Schluß. Nun schreiben diese Unternehmen rote Zahlen und reagieren mit den üblichen Maßnahmen, als da sind: Personalreduzierung, Senkung der Allgemeinkosten durch Ausgliederung, Verlagerung usw.

Die IG Metall versucht nun, die organisierten Betriebsräte zu mobilisieren für die Beteiligung an der „fälligen“ Umstrukturierung. Die Betriebsräte dürften nicht zuschauen, wenn unfähige Unternehmensleitungen die Existenz der Betriebe aufs Spiel setzen. Konzepte müssen her für zukunftssträchtige Produkte, neue Marktstrategien usw. Dabei schließt auch die IG Metall die Notwendigkeit von Personalreduzierungen nicht aus, wenngleich diese sozial verträglich abgemildert werden sollen. Für den Ostteil der Stadt wirbt die IG Metall unentwegt mit dem Vorschlag, die bei der Treuhand verbliebenen Betriebe zu großen Holdings zusammenzufassen, an denen sich der Bund und die betreffenden Länder beteiligen sollen. Erst kürzlich erneuerte Franz Steinkühler diesen Vorschlag bezogen auf die Maschinen-

baubranche gegenüber Wirtschaftsminister Möllemann. Möllemann lehnte zum wiederholten Male ab und trat stattdessen für neue Modelle der Steuererleichterungen in den neuen Bundesländern ein.

Die Herbstkampagne der Berliner IG Metall ist auch der Versuch, auf Kritik aus den eigenen Reihen zu reagieren, die insbesondere die Ostberliner Betriebsräte in den letzten Monaten immer wieder vorbrachten. Ihr Vorwurf war: Die IG Metall unternimmt zu wenig gegen die Vernichtung der Arbeitsplätze.

Die Probleme der Herbstkampagne sind allerdings die folgenden: Es gibt keine Beziehung zu den zentralen gewerkschaftlichen Aufgaben des Kampfes gegen die Deregulierung und Zerstörung des Tarifvertragssystems. Gerade die Berliner Arbeitgeber nutzen in vollen Zügen die Erweiterung des Arbeitsmarktes gen Osten. Obwohl tarifgebunden, werden bereits Arbeitsverträge geschlossen, die unterhalb der tariflichen Mindestbedingungen liegen. Leiharbeitsfirmen, sogenannte Sklavenhändler, erfreuen sich enorm guter Profite mit polnischen Arbeitskräften für Stundenlöhne um sechs bis acht DM. Die Ziele der Herbstkampagne sind weniger gegen diese Praktiken, sondern im wesentlichen auf die Ertragsverbesserung der Unternehmen ausgerichtet. Sie vermitteln keine oder kaum Vorstellungen, die sich an den gemeinsamen Interessen der Lohnabhängigen orientieren. In den Vordergrund rücken deshalb gerade bei den Betriebsräten betriebsspezifische Interessen. Damit kann eine gemeinsame Kampagne nicht funktionieren. Die Mobilisierungsschwierigkeiten sind nicht zufällig. — (br)



Ostberlin: 65 % der industriellen Arbeitsplätze sind vernichtet. Bild: EAW Treptow

Bei dem nach langem Hin und Her perfekt gewordenen Verkauf des DDR-Tankstellenmonopolisten Minol AG, der Raffinerie der Leuna-Werke AG und des Hydrierwerkes Zeit GmbH an das TED-Konsortium unter Führung des französischen Mineralölkonzerns Elf Aquitaine (außerdem gehören zum Konsortium die Thyssen-Handelsunion AG sowie die Deutsche SB Kauf AG) handelt es sich nach Angaben der Treuhand-Präsidentin Birgit Breuel um die „größte deutsch-französische Unternehmung seit dem zweiten Weltkrieg“ (Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 24. 7. 92). Die geplante neue Raffinerie sei der Schlüssel für die Sanierung der Großchemie in Ostdeutschland. Das TED-Konsortium will bis 1996 mehr als 4,3 Mrd. DM in den Neubau der dann modernsten Raffinerie Europas in Leuna sowie rund 1,4 Mrd. DM in die Modernisierung des Minol-Tankstellennetzes investieren.

Über den Kaufpreis werden keine genauen Angaben gemacht. Er soll laut Treuhand-Vorstand Schucht „erheb-

## Treuhand zerlegt Großchemie in schmackhafte Filetstücke

lich“ sein. Allerdings müßten dabei die von der Treuhand übernommenen Alt-schulden der Großchemie von 3,8 Mrd. DM sowie 4 Mrd. DM Liquiditätsbürgschaften „gegengerechnet“ werden. (Handelsblatt vom 24. 7. 92) Was immer dieses heißen soll.

Die Vertragsunterzeichner seien vertraglich verpflichtet worden, die bisher angebundenen Chemiebetriebe auch weiterhin mit Rohstoffen zu beliefern. Beispielsweise habe das Konsortium sich verpflichten müssen, pro Jahr bis zu einer Million Tonnen Naphta zur Versorgung des bisher angeschlossenen Standorts Böhlen zu liefern. Im Gegenzug für diese Absatzgarantie (!) habe sich die Treuhandanstalt verpflichtet, den Baubeginn der Raffinerie (der durch

eine offene Grundstücksfrage verzögert werden könnte) für das Jahr 1993 zu garantieren und den Absatz in der Region sicherzustellen. Es ist schon einigermaßen schwierig, die „Zugeständnisse“ zu erkennen, die dem Konsortium abgerungen worden sein sollen.

Ausgeklammert wurden zunächst die insgesamt 32 lukrativen Minol-Autobahntankstellen, von denen die Hälfte noch mit westdeutschen Konkurrenten gemeinsam betrieben wird. Während Elf zunächst auf den Zuschlag für alle Zapfstellen hoffen durfte, hat man sich nach massiven Protesten westdeutscher Mineralölkonzerne nach Auskunft des für Chemie zuständigen Treuhandvorstands Klaus Schucht nun so geeinigt, daß die Minol-eigenen Tankstellen an

die bundeseigene Gesellschaft für Nebenbetriebe (GfN) fallen, die in Westdeutschland die Betriebslizenzen nach Marktanteil an die Mineralölfirmen vergeben soll. Elf soll alle 16 Lizenzen von der GfN erhalten. Um die 16 in Gemeinschaftsunternehmen betriebenen Minol-Tankstellen an Autobahnen dagegen müssen sich die westdeutschen Konzerne mit dem französischen Mineralölkonzern Elf noch ebenso schlagen wie um die mehr als hundert Tankstellen, die Minol bisher mit Westkonzernen von Aral bis BP betrieben hat.

Auffällig ist auf der einen Seite die „Zurückhaltung“ der westdeutschen Chemiekonzerne bei der Zerlegung der DDR-Großchemie. Bei vorhandenen Überkapazitäten scheint es ihnen fast

ausschließlich um Ausschaltung von Konkurrenten und Produktivkraftvernichtung zu gehen. Auf der anderen Seite erhoffen sich anscheinend Konkurrenten hauptsächlich aus EG-Ländern, Punkte gegen die IG-Farben-Nachfolger zu machen. So ist an dem Poly-Olefin- und Ethylen-Bereich an den Standorten Leuna, Buna und Böhlen neben einem Konsortium unter Führung des italienischen Staatskonzerns ENI (Enichem) sowie der Thyssen Handelsunion, die vor allem an dem Bau eines neuen Erdöl-Crackers Interesse haben soll, noch ein weiteres europäisches Konsortium interessiert. Die Elf-Tochter Atochem interessiert sich für die Methanol-Folgechemie der Leuna-AG ebenso wie Rhone-Poulenc, eine belgische Firma, für den Bereich Amine.

Bei dieser Zerlegung der DDR-Großchemie in dem „Chemiedreieck“ in einzelne profitfähige Filetstücke wird mit der Vernichtung des Rests auch der Verbund zerstört. Von den vor zweieinhalb Jahren noch 30 000 Leuna-Werkern verbleiben kaum mehr als 6 000. — (mio)

In Halle gibt es dieser Tage bei einem Großteil der Bewohner einen Hauptgesprächsstoff. Anonyme Absender spielten den Parteien unkommentierte Listen informeller Mitarbeiter des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes der DDR zu. Trotz der fragwürdigen Anonymität der Absender hat das Neue Forum diese Listen der Öffentlichkeit übergeben. Die halleische Ausgabe der Bildzeitung, welche die Liste dann ebenfalls publizierte, konnte während der Tage dieser Veröffentlichung ihre Auflage verdreifachen. Man wolle die Schuld dieser Leute dokumentieren, erklärte ein Mitarbeiter des Neuen Forum. Ich unterhalte mich mit einem Bekannten, der in Leuna noch Arbeit hat, dabei kommen wir auch auf dieses Thema zu sprechen. Das berühre Leunawerker jetzt kaum, meint er. Für sie sei das unwesentlich gegenüber der Frage, wie es mit ihnen selber weitergehe. Die Unterzeichnung des Verkaufsvertrages der Erdölraffinerie an ein Konsortium hätte doch wohl in dieser Frage einiges geklärt, sage ich. — Nichts ist geklärt, erwiderte er. Alle hätten Angst um ihren Arbeitsplatz.

So wird es mir auch erzählt, als ich ehemalige Kollegen in den Leunawerken besuche. Ein Mitarbeiter eines Stabsbereiches äußert: „Es ist einfach absurd. Wir wissen, daß unsere Struktur in einigen Wochen eliminiert ist. Noch nie haben wir so viele Konzeptionen geschrieben wie in den letzten zwei Jahren. Alles unbedingt nötig und alles schnell und alles — für den Papierkorb. So geht es weiter, mit viel Hektik, alles außerordentlich bedeutsam und dringend und endlich nicht gebraucht. Das wird so gehen bis zu unserem letzten Arbeitstag am

## Leuna-Werke im August 1992

Ende dieses Jahres. Man könnte lachen, wenn es nicht zum Weinen wäre.“

Meine Kollegen erkundigen sich danach, wie es mir geht. Ich gehörte zu den ersten, die nach der Wende ihren Arbeitsplatz verlassen mußten. Auf Grund meines Alters wurde ich Vorruheständler. „Du bist zu beneiden“, sagen mir meine Kollegen. „Du hast jetzt Dein geregeltes Einkommen und weißt, wie es weitergeht. Für uns aber steht alles in den Sternen. Es sollen weitere Entlassungen bevorstehen.“

Das bestätigt mir auch ein Mitglied des Betriebsrates während eines Gesprächs: „Im September kommt die nächste große Entlassungswelle. Vor allem viele, viele Frauen sind diesmal dabei.“ Angesichts der gegenwärtigen Situation sei der Betriebsrat ohnmächtig. Man versuche zwar, das Beste zu erreichen, hätte aber keine Argumente, wenn ganze Strukturen, wie die kaufmännischen Bereiche zum Beispiel, aufgelöst würden. Es sei bitter, wenn die Betroffenen kämen und man ihnen gestehen müsse, man kann nicht helfen.

Gegenüber Kollegen aus der Erdölraffinerie, um die man sich nach wie vor kümmern möchte, müßte man erklären: Für Euch ist unser Betriebsrat nicht mehr zuständig. Ihr seid nicht mehr Leuna-Werke. Ihr seid verkauft. — Auf die Frage: „Wer ist denn nun unser Herr?“ gibt es keine rechte Antwort. Wer nicht genau informiert ist, kann die Situation

schwer durchschauen. In Leuna weiß keiner richtig Bescheid. Es scheint, als ob das Konsortium, das die Raffinerie gekauft hat, die Verwaltung nach wie vor der Treuhandgesellschaft überläßt.

Ein verantwortlicher Mitarbeiter erzählt mir, daß die Treuhand ganz gewaltig pokere und niemanden in die Karten sehen läßt. Man wisse nicht, wie es mit den einzelnen Betriebsbereichen weitergeht. Es wird davon gesprochen, daß es Interessenten für die Polyolefine-Erzeugung gibt. Verkaufsverhandlungen über den Leim-Betrieb sollen im Gange sein. Für den Polyamid-Bereich gäbe es Interessenten, die wollten aber die davorgeschaltete Caprolactam-Produktion nicht haben. So würde das ganze Werk zerstückelt. Niemand im Werk wisse, worüber gerade verhandelt wird. Nur eines sei gewiß, was nicht verkauft werde, wird stillgelegt. Am Ende dieses Prozesses gibt es die einst so stolzen Leuna-Werke nicht mehr.

Ich erinnere mich: Fast dreißigtausend Menschen fanden hier einst ihr Brot. Die Facharbeiter-Ausbildung in Leuna galt als vorbildlich. Es waren hochqualifizierte Menschen, welche die Erdölverarbeitung modernisierten und die neuen hochkomplizierten Anlagen beherrschten. Einen Anlagenkomplex, der unter ökologischen Aspekten, weil er keine Abprodukte hinterläßt, zu den modernsten seiner Art zu rechnen ist. Die Forscher, Techniker und Arbeiter

waren von ihrer Aufgabe beseelt, die gemeinsam mit sowjetischen Fachleuten in nur fünf Jahren ein prinzipiell neues und konkurrenzfähiges Verfahren zur Herstellung von Hochdruck-Polyethylen entwickelten und in die Produktion überführten. Intensiv bemühten sich die Caprolactam-Fachleute um höchste Qualität ihres Produktes. Die Leimforscher und -erzeuger kämpften beständig um die Senkung der Formaldehyd-Abspaltung ihrer Produkte, bis sie abspaltungsfreie Leime auf den Markt bringen konnten. Sie hatten Kunden in allen europäischen Ländern, in Nordafrika und im Orient. Die Leuna-Werke waren eine homogene Produktionsorganisation, in der alle Teile einander zuarbeiteten. So frage ich, wie das sich in Zukunft ent-

wickeln könnte. „Wen interessiert das schon“, bekomme ich zur Antwort. Wenn alles schön klingschnitten, verkauft oder stillgelegt ist, werden in allen Nachfolgebetrieben zusammengekommen noch sechstausend Menschen ihren Erwerb bestreiten können.

Vierundzwanzigtausend auf die Straße gesetzte Leunawerker fragen dann: „Mußte das wirklich so geschehen?“ Ganz sicher wird man in den Leitungsetagen der Regierung, der Treuhand und der IG Chemie Papier Keramik keine befriedigende Antwort haben. Auf Marktzwänge wird man sich herausreden und eine angebliche sozialistische Mißwirtschaft behaupten. Aber die tatsächlichen Beweggründe und die wirkliche Schuld vor den vielen fleißigen, qualifizierten und arbeitswilligen Leuten wird nicht verschleiert bleiben.

Wie groß ist angesichts solcher Situation eigentlich die unbewiesene Schuld kleiner Stasispitzel, die zur Hexenjagd freigegeben sind?

— (Friedrich Plate)

... hat sich das VOLK im Freistaat Sachsen  
dank der friedlichen Revolution des Oktober 1989  
diese VERFASSUNG gegeben.“

Sachsens steiniger Weg zur Demokratie

Blicke vor und hinter die Kulissen  
zum „Völkststück“ SÄCHSISCHE VERFASSUNG

Herausgegeben vom AK LinksInformation mit Unterstützung der Fraktion LL-PDS im Sächsischen Landtag, 40 S. A 4, erschienen im und Bestellungen an: GNN-Verlag Schkeuditz, Badeweg 1, O-7144 Schkeuditz, Preis: 4,95 DM

Unter obigem Titel fand am 27./28. Juni 1992 in der Universität Hannover, elf Jahre nach dem Tod des Sozialwissenschaftlers und Psychologen Peter Brückner, ein öffentliches Symposium statt. Zuvor wurde in der Fachbereichsbibliothek Sozialwissenschaften der Niedersächsischen Landesbibliothek das Peter-Brückner-Archiv eröffnet. Veranstalter des Symposiums waren die Niedersächsische Landesbibliothek und das Psychologische Institut der Universität Hannover. Der Aufbau des Archivs und die Veranstaltung wurden durch die jahrelange Arbeit von Theo Becker und Axel-R. Oestmann, zwei ehemalige Mitarbeiter Peter Brückners, ermöglicht.

Theo Becker hat den Nachlaß, die veröffentlichten und unveröffentlichten Schriften und viele Sekundärquellen aufgearbeitet, geordnet und bibliographiert. Das Ergebnis der Arbeit ist an der Universität Hannover verfügbar und besteht neben den geordneten Originalmaterialien aus mehreren Katalogen und Computerdateien, auf die strukturiert zugegriffen werden kann.

Zur Eröffnung des Archivs sprachen *Hinrich Seidel*, Präsident der Universität Hannover, *Ragnild Rabius*, Leiterin der Fachbereichsbibliothek Sozialwissenschaften, *Axel-R. Oestmann*, Vorträge hielten *Rolf Wernstedt*, Kultusminister des Landes Niedersachsen (Thema: Bemerkungen zu Peter Brückner und der Wissenschaftspolitik des Landes Niedersachsen), *Alfred Krovatza*, Psychologisches Institut Hannover (Thema: Zur Geschichte des Psychologischen Instituts der Universität Hannover), *Theo Becker*, Vorstellung des Brückner-Archivs.

Auf dem Symposium wurde zu folgenden Themen referiert:

— *„Wir aber strebten dem Kaukasus zu.“ Peter Brückner oder die Schwierigkeit, eine nicht existierende Klasse zu verraten* (Peter von Oertzen, Hannover; Hans Mayer, Tübingen, war wg. Krankheit leider verhindert);

— *Maß nehmen — Politische Psychologie in deutschen Verhältnissen* (Oskar Negt, Hannover; Axel-R. Oestmann);

— *Nachwirkungen — die erste Studentengeneration nach Brückner, eine Lagebeschreibung* (Andreas Wolf, Hannover).

— *Sozialpsychologische Praxis: Der Psychoanalytiker und die Gewalt* (Mario Erdheim, Zürich; Rolf Pohl, Hannover).

Ein Sammelband aller Beiträge ist von den Veranstaltern geplant.

Der niedersächsische Kultusminister *Rolf Wernstedt* beschrieb in seinem Vortrag unter anderem, wie die politische Reaktion der BRD — unter Einschluss der damals die Regierungsgeschäfte führenden Sozialdemokratie — im Jahre 1977 jede Kritik an der unter dem Stichwort „Terrorismusbekämpfung“ sich entfesselnden Staatsgewalt unter-

## „Ich bin, wenn ich gehe“ P. Brückner zum 70. Geburtstag

drücken wollte und mit aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten die Mitherausgeber der Schrift »Buback — ein Nachruf«, verfaßt von einem sich als »Mescalero« bezeichnenden Anonymus aus Göttingen, als »Sympathisanten des Terrors« denunzierte. Wernstedt bemerkte selbstkritisch, daß er als Abgeordneter in der auf einen Dringlichkeitsantrag der CDU hin geführten Debatte des niedersächsischen Landtags im Herbst '77 nicht den Mut aufgebracht habe, die interessierten Verfälschungen der Aussagen des Buback-Nachrufs durch die CDU zu kritisieren und der Diffamierung u.a. Peter Brückners, eines Mitherausgebers der kommentierten Nachveröffentlichung dieses Textes, entgegenzutreten — aus Angst vor einer öffentlichen Hinrichtung durch die Medien. Zum Schluß drückte Minister Wernstedt sein Bedauern darüber aus, daß der frühe Tod Peter Brückners durch die jahrelangen Verfolgungen der niedersächsischen Landesregierung mitverschuldet worden ist. (Die heutige rotgrüne Landesregierung konnte sich jedoch nach der Veranstaltung nicht dazu entschließen, den auswärtigen Referenten die zugesagten Honorare zu bezahlen. Hierfür gäbe es keinen Haushaltitel. Nur ein Beispiel für die massiven Widerstände, die einer öffentlichen Würdigung des wissenschaftlichen Wirkens von Peter Brückner entgegengesetzt werden.)

Theo Becker äußerte in seiner Ansprache zur Eröffnung des Archivs:

„Ein Archiv, das vielleicht dazu dienen kann, einem Toten eine Stimme unter den Lebenden zu bewahren, um so zu verhindern, daß er wirklich stirbt und im Gedächtnis der Lebenden erlischt.“

Abschließend charakterisierte er das wissenschaftliche Wirken Brückners:

„In dem Vortrag (Peter Brückners, d.V.) über die Rolle der Gewalt in der Konstruktion und Rekonstruktion sozialer Systeme heißt es an exponierter Stelle: das, was einen nachts nicht schlafen läßt, das, was Menschen einander antun, das sei der wirkliche Antriebsgrund für Denken, Nachdenken, und nur Wissenschaft, die diese Frage unter der Perspektive der Arbeit — Mitarbeit an der Herstellung solcher Verhältnisse, in denen das Töten, Morden und Zerstückeln aufhöre, dürfe mit Fug und Recht Wissenschaft genannt werden. Die erkenntnistheoretische Frage: „Wie konnte es dazu kommen, daß ...?“ zieht sich wie ein roter Faden durch die vielen Notate und Skizzen. Stichworte Peter Brückners zu Fragen der Sozialisation, zur Funktionsbestimmung der Familie

im Kapitalismus treiben fast immer auf die Frage zu, welchen Anteil bei der Herstellung von Feindseligkeit in den Nähebeziehungen der Menschen übernehmen die in diesem Prozeß agierenden Subjekte. Die Notizen zu Theorie und Praxis der bewaffneten Gruppen in der BRD halten zum einen den staatlichen Anteil fest — das geschieht gleichsam geläufig. Die Notizen haken sich fest an der Frage, was geschieht mit dem Mörder — und hier gibt es keinen Ausweg: ein wichtiger Kritikpunkt an dieser Praxis bezieht seine Geltung aus dem Nachweis, daß die Gewalt, die die Gewaltverhältnisse zerstören soll, die Subjekte, die sie ausüben, selber zerstört. Die Not des Denkens, das getrieben wird von der Absicht, den unversöhnlichen Frieden in einen friedvollen zu verwandeln, dem sich aber die Ahnung verinnender Zeit ebenso aufdrängt, wie die Kenntnis um die Schwerkraft der mörderischen Verhältnisse schon früh vorhanden ist — teilt sich diesen kreisenden Notizen mit.“

Peter Brückner selbst hat sich bereits 1967 unter der Fragestellung „Ist der

Mensch zum Frieden reif?“ so geäußert:

„Vor allem aber dürfte sich niemand vor einer Radikalität der Auflehnung scheuen, die dem gesunden Menschenverstand, der Töten und Sterben ins Kalte einbezieht, nur pure Übertreibung ist. Menschlichkeit ist nur in ihrer Übertreibung wahr, jedenfalls in einer Gesellschaft wie der unsrigen, über der neben dem Kälteschatten des Tötens der kalte Glanz einer zutiefst inhumanen Moral liegt ...“

Menschen, denen alle Chancen der Industriegesellschaft offenstehen — klug, Herrschaftspositionen innehabend, in der Lage, sich aller Fortschritte zum eigenen Vorteil zu bedienen, die unsere Gesellschaft gemacht hat, können leicht sagen: auch ein schlechtes Leben sei dem Tod wie dem Töten vorzuziehen, das Leben selbst sei der Güter höchstes, Gewalt führe immer nur zur Reproduktion neuer Gewalt und wieder zu schlechtem Leben; wenn sich dieser richtigen Einsicht Menschen anschließen, denen alle Chancen verschlossen sind, deren Leben wirklich nur Mühsal

und ein Glas Bier ist, deren Kräfte sich für andere erschöpfen, bricht der moralische Kern unseres Anspruchs auf Frieden zusammen.

Dem einen bedeutet Frieden die ungestörte Fortsetzung seines Glücks und seiner Geschäfte, dem anderen bedeutet er die ungestörte Fortsetzung seines Elends, haben wir das beabsichtigt, als wir vom Wahnsinn der Gewalt sprachen? Man kann gewiß erwägen, ob denn nicht der Zustand der menschlichen Gesellschaft nun einmal so (geworden) ist, daß trotz aller moralischen Unruhe nur friedliche Lösungen helfen, die sehr lange Zeit benötigen, um für alle fruchtbar zu werden, aber warum wird diese Einsicht zum Statussymbol — zum Merkmal einer privilegierten Existenz? So spricht Bildung, die sich abfindet, zur Unbildung, die sich nicht zu wehren weiß. Wenn solche Überlegungen im großen ganzen zutreffen sollten, ist es dann nicht eigentlich der Zustand der Gesellschaft: konkret die Verteilung aller Güter, von Besitz, Bildung, Chance, Herrschaft, der viele Menschen daran hindert, reif zum Frieden zu sein.“

Quellen: Der Vortrag von A. Wolf ist im Heft „Antifaschistische Bildungspolitik“ Nr. 15/92 abgedruckt. Das Zitat P. Brückners stammt aus dem Buch „Vom unversöhnlichen Frieden — Aufsätze zur politischen Kultur und Moral“, S. 31 f. Die Anschuldigungsschrift ist nach Brückner/Oestmann: „Über die Pflicht des Gelehrten, auch als Bürger tätig zu sein ...“ (S. 188 ff.) zitiert. — (tob, zem)



Peter Brückner zusammen mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Hannoveraner „Club Voltaire“.

## Daten zu Peter Brückner

Peter Brückner wurde 1922 in Dresden geboren. Er war der Sohn eines aus den USA emigrierten deutschen Ingenieurs und einer englischen Jüdin. Nach 1933 wurde die Familie auseinandergerissen. Die Mutter emigrierte nach England, auch die Halbbrüder verließen das Land.

Brückner hat während des Krieges Kontakte zu Kommunisten und anderen Oppositionellen. Nach dem Krieg arbeitet er als Mitglied der KPD in Sachsen. Er überwirft sich mit der KPD. Als die Streichung seines Stipendiums droht, siedelt er in den Westen über und studiert an der Universität Münster Psychologie. In den 60er Jahren betreibt er werbepsychologische Auftragsarbeit für Wirtschaftsunternehmen. Sein Kommentar: „Wenn ich schon nicht mit dieser Gesellschaft leben kann, so will ich wenigstens von ihr leben“. In dieser Zeit absolviert er auch eine Zusatzausbildung zum Psychoanalytiker.

1967 wird Brückner als Ordentlicher Professor für Psychologie an die Universität Hannover berufen. Die Hannoveraner Sozialwissenschaftler konzipieren eine kritische Wissenschaft im Sinne einer »Politisierung« von Forschung und Lehre.

Schon bald nach seinem Dienstantritt versuchen die Behörden, Brückner politisch zu disziplinieren. 1969 erhält er das inoffizielle Angebot, sich — mit Rücksicht auf ein chronisches Herzleiden — vorzeitig pensionieren zu lassen. 1970 wird er zum ersten Mal für zwei Semester vom Dienst suspendiert, weil

er unter dem Verdacht steht, die sich damals gerade konstituierende RAF unterstützt zu haben. Später wird die Anschuldigung auf „Begünstigung“ reduziert, weil er Ulrike Meinhof u.a. bei sich habe übernachten lassen. Er wird deswegen 1975 zu einer Geldstrafe verurteilt.

In dieser Zeit startet die Springer-Presse eine gezielte Hetzkampagne gegen Brückner mit dem Ziel, ihn von der Hochschule zu entfernen. Die Bildzeitung veröffentlicht seine Adresse, worauf er Morddrohungen erhält, die die Polizei veranlassen, ihm einen Ortswechsel zu empfehlen.

Brückner hält an vielen Orten im In- und Ausland Vorträge, diskutiert mit Lehrenden und Studierenden. 1972 soll er an der Universität Heidelberg sprechen. Die baden-württembergische Landesregierung verbietet die Veranstaltung und läßt die Universität von über 2000 Polizisten umstellen. Brückner erhält für die Universität Heidelberg Hausverbot, das noch 1981 sein Auftreten in den Räumen der Universität verhindert.

Die niedersächsische Landesregierung beauftragt 1972 einige Beamte mit der Lektüre aller veröffentlichten Schriften Brückners. Ergebnis ist ein über 100 Seiten starkes Gutachten, das zahlreiche Verstöße gegen das Beamtenrecht behauptet. In dem Gutachten sind sogenannte „verfassungsfeindliche“ Stellen aus seinen Büchern zitiert. Das Gutachten bleibt zunächst jedoch fol-

genlos. Besonders kritisiert wird vom Ministerium, daß die Kritik Brückners sich nicht an die Mäßigungspflicht für Beamte halte und daß Brückners Schriften nicht wissenschaftlich seien, sondern eine unmittelbare Aufforderung zum politischen Handeln gegen die Obrigkeit darstellten und somit — wie Brückner selbst — gefährlich seien.

1977 veröffentlicht Brückner mit anderen Hochschullehrern zusammen und später nochmals allein den sogenannten „Mescalero-Aufruf“, in dem sich ein nicht genannter Autor mit seinen Gefühlen anlässlich der Ermordung von Generalbundesanwalt Buback durch die RAF befaßt. Er will damit u.a. linke Studenten (ASStA Göttingen) gegen die Angriffe des Staates verteidigen. Brückner wird wegen der Veröffentlichung mit anderen zusammen angeklagt und freigesprochen. Die gleichzeitig verhängte Suspendierung wird jedoch nicht aufgehoben. Brückner darf die Universität Hannover nicht mehr betreten und verliert während der Suspendierung alle Rechte eines Professors. Er hält deshalb Vorlesungen außerhalb der Universität im „Club Voltaire“. Während der Suspendierung wird das Gehalt massiv gekürzt. Erst 1981 wird Brückner im Disziplinarverfahren teilweise rehabilitiert. Während die Landesregierung seine Entlassung aus dem Dienst fordert, wird er zu einer geringen Disziplinarstrafe verurteilt.

Die jahrelange Aussperrung aus der Universität untergraben Brückners durch ein Herzleiden ohnehin stark angeschlagene Gesundheit massiv. Er stirbt im Frühjahr 1982 im Alter von 59 Jahren.

### Verzeichnis einiger Werke Peter Brückners

Staatsfeinde — Innerstaatliche Feind-  
erklärung in der Bundesrepublik  
(Wagenbach: 116 Seiten. DM 7,50)

„... bewahre uns Gott in Deutsch-  
land vor irgendeiner Revolution!“ —  
Die Ermordung des Staatsrates von  
Kotzebue durch den Studenten Sand  
(Wagenbach: 128 Seiten. DM 6,50)

Ulrike Marie Meinhof und die deut-  
schen Verhältnisse (Wagenbach: 192  
Seiten. DM 9,50)

Selbstbefreiung — Provokation und  
soziale Bewegungen (Wagenbach:  
112 Seiten. DM 9,-)

Psychologie und Geschichte — Vor-  
lesungen im „Club Voltaire“ 1980/81  
(Wagenbach: 280 Seiten. DM 29,-)

Zerstörung des Gehorsams — Aufsätze  
zur Politischen Psychologie (Wa-  
genbach: 264 S. DM 29,80)

Versuch, uns und anderen die Bun-  
desrepublik zu erklären (Wagenbach:  
184 Seiten. DM 19,80)

Vom unversöhnlichen Frieden —  
Aufsätze zur politischen Kultur und

### Peter Brückner Selbstbefreiung Provokation und soziale Bewegungen



Moral (Wagenbach: 207 Seiten.  
DM 24,80)

Peter Brückner, Axel-R. Oestmann:  
„Über die Pflicht des Gelehrten auch  
als Bürger tätig zu sein“ — Zum Dis-  
ziplinarverfahren des Niedersächsi-  
schen Ministers für Wissenschaft und  
Kunst gegen Peter Brückner (Internati-  
onalismus Verlag Hannover: 207  
Seiten. DM 14,80)

Das Abseits als sicherer Ort. Kind-  
heit und Jugend zwischen 1933 und  
1945 (Wagenbach: 160 Seiten.  
DM 9,50)



# Anschuldigung der Regierung gegen Prof. Peter Brückner

## Anschuldigungsschrift

Der Hochschullehrer Prof. Dr. Peter Brückner, geb. am 13. Mai 1922 in Dresden, aus 3000 Hannover, Yorkstr. 5, Verteidiger: Rechtsanwalt Heinrich Hannover, Knochenhauerstr. 11, 2800 Bremen, wird angeschuldigt, Anfang Juni 1977 und später seine beamtenrechtlichen Pflichten, a) bei politischer Betätigung diejenige Mäßigung und Zurückhaltung zu wahren, die sich aus seiner Stellung gegenüber der Gesamtheit und aus der Rücksicht auf die Pflichten seines Amtes ergeben (§ 61 Abs. 3 NBG), b) sich durch sein gesamtes Verhalten zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes zu bekennen und für deren Erhaltung einzutreten (§ 61 Abs. 2 NBG), verletzt und in den nachfolgenden Fällen 1 bis 4 gegen § 61 Abs. 3 NBG und in den Fällen 1 und 3 zugleich gegen § 61 Abs. 2 NBG verstoßen zu haben, indem er

1. Anfang Juni 1977 in Hannover dem niederländischen Journalisten Nico Haasbroek ein später am 23.9.1977 von der niederländischen Rundfunkgesellschaft VPRO ausschnittweise gesendetes Interview gab, in dem er bei der Analyse der studentischen Protestbewegung der Jahre 1967/68 und der verfassungsfreundlichen Ziele und des strafwürdigen Vorgehens der sogenannten Rote-Armee-Fraktion (RAF) die Reaktion des Staates und seiner Organe einseitig, verallgemeinernd und ohne eindeutige und vollständige Distanzierung von verfassungsfreundlichen Bestrebungen der RAF würdigt, wenn er u.a. dem Vorgehen einzelner Polizeibeamter »inhumane, terroristische und manchmal lustvolle Aspekte« zuschreibt; der Beschuldigte weiterhin meint, daß »wir in Klassengesellschaften leben, in denen alle die schönen Worte wie Sozialstaat, Gerechtigkeit, Gleichheit eigentlich Symbole für Scheinwelten sind«, daß der erste Terrorismus, dem die Protestbewegung begegnete, ein Terrorismus des Staates und seiner Administration und seiner Exekutive gewesen sei und daß »nicht etwa die Rote-Armee-Fraktion die staatliche Repression produziert hat, sondern die staatliche Repression die Rote-Armee-Fraktion produziert, zumindest mitproduziert«, wodurch der Beschuldigte im Ergebnis für die RAF öffentlich eine Sympathie bekundet hat, die dazu bestimmt oder wenigstens geeignet erscheint, diese Organisation in der Öffentlichkeit psychologisch zu unterstützen;

2. am 30. Juni 1977 in Berlin gemeinschaftlich mit 47 anderen Hochschullehrern eine Druckschrift mit dem Titel »Buback — ein Nachruf. Eine Dokumentation« unterzeichnete, herausgab und in der vorangestellten Erklärung Formulierungen wählte, die eine grobe Überzeichnung und Entstellung der Wirklichkeit in der Bundesrepublik mit zahlreichen Unwahrheiten darstellen, nämlich u.a., der Staat habe »Trauer für einen seiner Repräsentanten verordnet und in Szene gesetzt« und der Verfasser des Mescalero-Artikels habe »verordnete Gefühlsregungen« in Frage stellen wollen, jeder »Ansatz sozialistischer Kritik und Praxis (solle) erstirkt« werden, während »faschistoide Tendenzen« sich ungehindert breit machen könnten, mit der Veröffentlichung des Artikels solle dazu beigetragen werden, »der Kriminalisierung, der Illegalisierung und dem politischen Äußerungsverbot entgegenzutreten«;

3. im Spätsommer 1977 in Berlin ein Interview gab, das in der Zeitschrift »Zwischpunkt« Nr. 7/1977 des Allgemeinen Studentenausschusses der Pädagogischen Hochschule Berlin abgedruckt wurde und in dem der Beschuldigte u.a. für die Bundesrepublik Deutschland als Staat nur herabsetzende Äußerungen findet, in dem er ihn verächtlich als das »System«, als »Klassenstaat« und als einen Staat bezeichnet, der nur noch parteiell im Sinne der herrschenden Klasse sei, vom Parlament und der Demokratie als eine »auf das Repräsentationsprinzip gestützte bürgerliche Demokratie mit Staatsparteien« spricht, »die in der Phantasie ihrer Vertreter die Interessen der Bevölkerung vertreten«;

4. Anfang September 1977 in Hannover

in der von ihm allein herausgegebenen Broschüre »Die Mescalero-Affäre — ein Lehrstück für Aufklärung und politische Kultur« seine Mitwirkung an der zu 2) genannten Dokumentation in zum Teil grob polemischer Form rechtfertigt und u.a. davon spricht, daß »ehrendes Angedenken, Staatsbegräbnis (o gott!) und de mortuis nihil nise bene« Techniken der Verdrängung seien, die »erfunden, und von der Macht ausgenutzt, damit die Toten keine Stimme mehr haben« seien, die Veröffentlichung des Mescalero-Artikels dazu diene, den »Erstlingsversuch« (durch Presse, Staatsgewalt und Administration) »zu verhindern« (...)

## Die einzelnen Dienstvergehen

(...)

### 1. Das Haasbroek-Interview

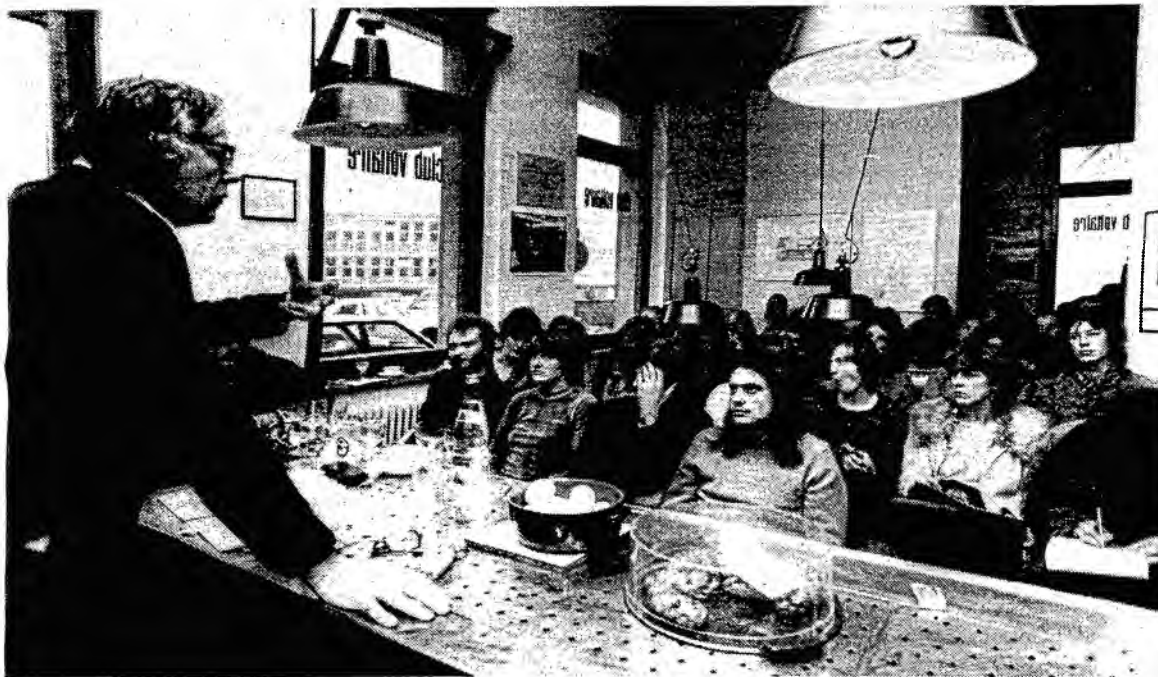
(...) Die Prof. Brückner angelasteten Textteile, die der Tonbandnachschrift als der für dieses Verfahren maßgeblichen Originalfassung entnommen sind, lauten wie folgt:

»Brückner: Wer also wie ich Gelegenheit hatte zu sehen, wie ab und an mal ein paar Polizisten in den Jahren 1967 und 1968 auf Studenten oder auch Nichtstudenten eingeschlagen haben, mußte dabei eigentlich erschrecken. Das hatte also inhumane, terroristische, auch

Punkt, wenn ich zögere, dann nicht, weil ich rechtliche Konsequenzen meiner Äußerungen fürchte, sondern nur weil es auch auf die Frage der Gewalt keine einfachen und sicheren Antworten gibt. Vor allen Dingen keine, die man sozusagen von der Beurteilung von Einzelfällen ganz ablösen könnte. Ich kann aber dazu vielleicht folgendes sagen:

Wie auf viele Leute hat auch auf mich die Gewalttätigkeit des Nationalsozialismus und Gewalttätigkeit des Zweiten Weltkrieges einen unauslöschlichen Eindruck gemacht. Und, ich meine, wer diese Form von Gewalt kennengelernt und gesehen hat, mußte eigentlich, meine ich jedenfalls, so etwas wie ein radikales Bewußtsein nach Frieden entwickeln. Aber dieses radikale Bewußtsein nach Frieden stößt sich an der berühmten Härte der Verhältnisse, die sich immer wieder herausstellt als gestützt und durchsetzt und durchdrungen von sehr spezifischen Interessen bestimmter Klassen, bestimmter Herrschaftsrichtungen, bestimmter Organe, bestimmter Personen und so fort, so daß dieses Bedürfnis nach Frieden, das die Gewalttätigkeit quitiert, mit einem Mal wieder etwas Unversöhnliches wird. Um es schlagwortartig vereinfacht zu sagen — noch das starke, fast pazifistische Friedensbedürfnis kann nicht

che Gesellschaft meint, sie hätte sie gerade rechtsstaatlich ausgetrieben. Ich erinnere an Aimée Cesaire, der zu Recht befürchtet hat, daß der Kolonialismus auf die Kolonisatoren so zurückwirkt, daß ein ganzer Kontinent, wie er sagt, ein ganzer weißer Kontinent, sich rebarbarisiert ... Die Gewalttätigkeit ist sozusagen etwas kulturell definiertes, ja, das ist ein Zeichen der Selbstzerstörung unserer eigenen Kultur. Dann kann man ein bißchen näher an konkrete Verhältnisse gehen und kann sagen: wir leben wirklich in Klassengesellschaften, in denen alle die schönen Worte wie Sozialstaat, Gerechtigkeit, Gleichheit eigentlich Symbole für Scheinwelten sind. Und sogar dort, wo diese Symbole mehr als nur Schwindel sind, also dort, wo wirklich ein Stück Sozialstaat realisiert ist, dient diese Realisierung immer noch der Aufrechterhaltung des Scheins. Die Lage in den Klassengesellschaften ist schon so, daß Linke ab und an die Verzweiflung packen könnte ... Ich meine, bei den subjektiven Bedingungen muß man daran denken, was Teilnehmer an der Studentenbewegung oder Protestbewegung in der Bundesrepublik eigentlich über Staat und staatliche Gewalt erlernt haben. D.h. also: Das alte Spiel, wer hat angefangen?, ist hier sehr eindeutig zu beantworten. Ich meine, der erste Terrorismus, dem die Protestbewegung begegnete, war ein Terrorismus des Staates und seiner Administration, seiner Exekutive, ich glaube, da ist kein Zweifel. Man muß weiter daran denken, daß jemand wie Ulrike Meinhof ja nun die politische Geschichte der Bundesrepublik schon seit — sagen wir — 1957/



Peter Brückner hält ab 1977 Vorlesungen in „Club Voltaire“, weil er die Universität Hannover nicht mehr betreten darf.

manchmal lustvolle Aspekte. Aber es gibt natürlich eine ganze Menge Dinge mehr: Ich meine, was steckt eigentlich hinter dieser berühmten putativen Notwehr, also hinter dem Todesschuß, der dann als irrtümliche Notwehr angesehen wird? Warum wurde der Schotte McLeod durch die geschlossene Tür erschossen? Wie ist das möglich, daß ein Lehrling, der ein Fahrrad oder ein Auto geklaut hat und vor der Polizei davonrennt, einen Schuß in den Rücken kriegt, weil irgendein Beamter einen Terrorismusverdacht hat und imaginiert, der Lehrling könne eine Waffe ziehen und ihn bedrohen? Warum weisen politische Häftlinge, die schwer verletzt zu Boden stürzen, bei ihrer Einlieferung in Gefängnisnarkosehäuser manchmal tiefe Bißwunden von Polizeihunden auf, die ihnen — soweit ich jedenfalls informiert bin — zugefügt worden sind, nachdem sie schwer oder manchmal lebensgefährlich verletzt am Boden liegen? Und da, da ist so eine Grauzone. Denken Sie an den Mannheimer Gefängnissskandal und an ähnliche Vorgänge, wo von Justizbeamten Gefangene buchstäblich zu Tode geprügelt oder zu Tode getreten worden sind. Das ist natürlich ein Terrorismus, der vor allen Dingen dann unserer kritischen Aufmerksamkeit und Empörung bedarf, wenn generell sich die parlamentarische und öffentliche Kontrolle über den Staatsschutzapparat eher verringert, wie in der Bundesrepublik in den letzten Jahren. (...)

Haasbroek: Wie stehen Sie persönlich zur Gewaltanwendung?

Brückner: Ja, hmh.

Haasbroek: Da gibt es einige Artikel, bei denen man aufpassen muß.

Brückner: Nein, nein, das ist nicht der

umhin, sich immer wieder mal in Situationen zu finden, wo Formen von Gewalt unabdingbar erscheinen —. Man kann sagen, das ist ein Selbstwiderspruch, in den sich der Frieden hier verwickelt, daß es so unversöhnlich werden muß. Aber das ist, muß ich wirklich sagen, nicht meine Schuld, nicht wahr, das ist die Lage, die wir so vorfinden. Ich meine nur, daß die Linke sich von allen anderen Gruppierungen durch ihre starke Tötungshemmung auszeichnen sollte. D.h. die Phantasie zu wissen, was das heißt tot zu sein, jemanden zu töten und nicht nur für das Opfer, sondern auch für den Mörder, diese Phantasie, meine ich, müßte in den Linken eine gewisse Tradition haben und behalten. (...)

Haasbroek: Warum reden Sie von sogenanntem Terrorismus?

Brückner: Weil das Wort Terrorismus beschränkt sein sollte auf Gruppen, Personen oder Aktionen, die nur den Zweck haben, durch Grausamkeit, durch Erzeugung von Angst irgendjemanden zu verunsichern. Und das ist bei einer ganzen Reihe von Gruppierungen und einer Reihe ihrer Aktionen, meine ich, nicht der Fall, oder jedenfalls nicht sicher der Fall.

Haasbroek: Welche Gründe hat Ihrer Meinung nach die Entstehung der RAF?

Brückner: Das müssen wir versuchen, auf zwei Ebenen zu beantworten, die der subjektiven und damit lebensgeschichtlichen Entwicklung und auf der Ebene der objektiven Bedingungen. Wenn man auf der Ebene der objektiven Bedingungen anfängt, kann man ja sagen: Zunächst erleben wir seit 1930 oder so in sehr vielen Staaten dieser Welt die Durchsetzung, den Einbruch von roher Gewalttätigkeit, von der die bürgerli-

1958 bewußt verfolgt. Sie hat immerhin schon Erfahrungen damit gemacht, wie zur Zeit Adenauers Regierung und Administration mit der Anti-Atom-Bewegung und mit den Ostermarschierern umgegangen ist. Mit Wasserwerfern, mit Versammlungsschutzkontrolle, mit ersten Hausdurchsuchungen in München und dergleichen mehr. Es ist ein sehr komplexes Bedingungsgefüge. Man muß dann sich überlegen, daß zumindest eine ganze Reihe von Angehörigen dieser militanten Gruppierungen durch Jahre hindurch versucht haben, legale oder halblegale politische Arbeitsfelder zu finden und dort rausgedrängt worden sind: Stadtteilarbeit, Arbeit für Fürsorgezöglingen und dergleichen mehr. Man muß vielleicht auch noch mit einbeziehen die Geschichte gerade der studentischen Linken in der Bundesrepublik mit dieser — sagen wir — Handlungslähmung, die sich aus verschiedenen Gründen so 1969/70 durchgesetzt hat. Ich glaube schon, daß man also eine Reihe von Bedingungen objektiver und subjektiver Art finden wird, die diesen Entschluß, die Waffe in die Hand zu nehmen, verstehbar machen und die eigentlich — wie soll ich sagen — die nach meiner Auffassung zeigen, daß nicht etwa die Rote-Armee-Fraktion die staatliche Repression produziert hat, sondern die staatliche Repression die Rote-Armee-Fraktion produziert, zumindest mitproduziert. Das bedeutet keine Freistellung der Rote-Armee-Fraktion von Verantwortlichkeit, ja? Das sind erwachsene Leute, die wissen mußten und sicherlich auch gewußt haben, was sie wie und warum machen. Wir sind ja nicht schlechthin Produkte der objektiven Verhältnisse, die wir vorfinden.«

## Termine

12.9. Demonstration anlässlich des 12. Jahrestages des faschistischen Militärputsches am 12. September 1980 in der Türkei. Aufrufer: Devrimci Sol Güler; TKP/ML-Bewegung, Auslandsorganisation; TDKP-Auslandsorganisation; TKP/ML; Devrimci Isci; KAWA; TIKB; EKIM. Köln, Ebertplatz.

12./13.9.92 MV der AG für antifaschistische Bildungspolitik in Hannover, Freizeithaus Lister Turm, Walderseest. 100, von Samstag, 12 Uhr, bis Sonntag, 15 Uhr. Themen: Erfahrungsaustausch zur gegenwärtigen politischen Entwicklung in der BRD, insbesondere in der Bildungspolitik: Das Ende des Sozialstaats — die veränderten materiellen Rahmenbedingungen und „Sachzwänge“ in ihrer Wirkung auf den Bildungsbereich. Entwicklungstendenzen in der Arbeitsorganisation der Konzerne und Auswirkungen auf Schule und Hochschule. Politische Entrechtung im öffentlichen Dienst, insbes. im Schulbereich — Beamtenrecht und Europa.

19.9.6. Seminar von Linken aus Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg, Schleswig-Holstein. Thema: Welche Aufgaben ergeben sich für die Linken aus dem jetzigen Stand der europäischen Integration (Maastricht/EG-Wahlen 1994)? Schwerin, Großer Moor 2-6, Raum 316 (Landesvorstand der PDS), 10 bis 16 Uhr.

19.9. bis 29.9. Der europaweite Marsch für gleiche Rechte und gegen Rassismus beginnt in Wien, Hamburg, Bremen und Berlin. Er endet in Straßburg. Veranstalter: Föderation der demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in der BRD e.V. (DIDF) u.a.

26./27.9.92. Wochenendseminar der Arbeitsgemeinschaft Ost-West-Solidarität im Gesundheitswesen. Birkenhain, bei Leipzig.

26./27.9.92. Jahres-Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe. Frankfurt/Main, Haus der Jugend, Deutschherrenufer 12. Von Samstag, 14 Uhr, bis Sonntag, 15 Uhr.

10. bis 17.10. Gewerkschaftstag der IG Metall in Hamburg.

10./11.10.92. Herbsttagung der 12. Bundesdelegiertenkonferenz des BWK.

11. bis 17.10. Gewerkschaftstag der IG Medien in Augsburg.

24./25.10.92 Bundesweite Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie. Würzburg, Jugendgästehaus, Burkader Str. 44. Samstag, 13 Uhr, bis Sonntag, 13 Uhr.

24./25.10. Herbsttagung des Koordinationsausschusses der Kurdistan-Solidaritätsgruppen sowie Beratung der Kurdistan-Solidaritätsgruppen über die Verbesserung ihrer Zusammenarbeit. Samstag, ab 13 Uhr, in Gießen.

31.10./1.11.92. Seminarwochenende und öffentliche Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik (Themen: Perspektiven linker Wohnungspolitik — Möglichkeiten linker Gemeinderats-Opposition heute — u.a.) in Frankfurt. Anmeldung erbeten.

1. bis 5.11.92. Gewerkschaftstag der HBV in Mainz.

7.11.92. Herbsttagung der GNN-Verlage in Köln.

8.11.92. Herbsttagung des Arbeitskreises Politische Berichte in Köln.

13. bis 15.11.92. Berlin: „Europäischer Antirassismuskongress“ der PDS unter dem Titel: „Gegen eine Festung Europa“.

14./15.11.92. Bundes-Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik. Ort und Themen werden noch veröffentlicht.

28./29.11.92. a.o. Arbeitskonferenz der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg in Köln, Jugendgästehaus. Themen: \* Großmacht BRD \* Ursachen und Funktion faschistischer Parteibildung \* Aufgaben antifaschistischer Bündnispolitik.

Am 12. August verstarb in New York der Komponist John Cage im Alter von 79 Jahren. Der am 5. September 1912 in Los Angeles geborene John Milton Cage jr. wird auch nach seinem Tod noch zu den einflussreichsten Komponisten der Nachkriegszeit zählen.

### Vorankündigung des Zusammenbruchs?

Sein Wirken erstreckt sich weit über die Grenzen des Musikbetriebes hinaus und prägt einen neuen Charakter künstlerischen Verhaltens.

Gleichwohl hinterläßt Cages musikalisches Werk Anlaß zur Kritik und könnte in seiner Bedeutung auf die These gebracht werden, daß es eine Art Vorankündigung des Zusammenbruchs einer knapp 400jährigen Geschichte der Kunst ist, die die Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft bis in die heutigen Tage musikalisch untermalte.

Wie einst Mozart, Bach oder Beethoven, ist auch Cages Stellung ambivalent: Einerseits ist er Apologet der bürgerlichen Kultur, andererseits durchbricht er sie, setzt mit seiner Musik neue Maßstäbe.

### Endpunkte scheinen gesetzt zu sein

Doch anders als bei den großen klassischen Komponisten, bei denen das Ende der musikalischen Entwicklung nicht absehbar war, scheinen mit Cage Endpunkte gesetzt zu sein — parallel zu einer sozial-ökonomischen Entwicklung, die sich ebenfalls in ihre endgültige Krise zu verstricken scheint.

### »0'0«, »4,33« und andere Werke

Um sich unter den Endpunkten etwas vorstellen zu können, sei auf Kompositionen wie »0'0« (1962) oder »4,33« (1952) hingewiesen. »4,33« gibt als Titel die Zeit eines in drei Sätze gegliederten Stückes an, in dem nicht ein Ton erklingt (es wird in der Regel so aufgeführt, daß eine Stoppuhr auf einem Flügel platziert wird, der Deckel der Klaviatur hochgeklappt und nach 4,33 Minuten wieder heruntergeklappt wird); »0'0« ist ein Stück, in dem Gemüse zerschnitten, gepreßt und der Saft getrunken wird.

Was zwischen diesen freilich sehr extremen Kompositionen an »musikalischen« Werken liegt, sind Zufallskompositionen und experimentelle Stücke für präpariertes Klavier oder Radios. Auffallend ist ein Verfahrensprozeß, bei dem nicht mehr die Grenzen innerhalb der Musik durchbrochen werden, sondern die Grenzen zwischen den Künsten.

Was bei Cage Musik ist, wird mehr und mehr zu einem abstrakten Gebilde, schließlich zur bloßen Theorie: Es wird wichtiger und interessanter, über die Kompositionen nachzudenken, als sie zu hören. Bei Stücken wie »4,33« ist das einleuchtend; die Grenze zu anderen Künsten wird

# Musik und Gesellschaft — Anmerkungen zu einer notwendigen Komposition

ebenso anschaulich überschritten, wenn man bedenkt, daß viele der Kompositionen Cages von der Notation her eher Graphiken darstellen als Noten im herkömmlichen Sinne. Dieser theoretischen Beschäftigung mit Musik galt Cages maßgebliche Aufmerksamkeit; eine explizite Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Verhältnissen findet sich in seinen Werken so gut wie gar nicht.

Cages Interesse zum Beispiel für die konkreten Klänge des Alltags ging nie so weit, daß er sich auch wirklich für die Arbeit in der Fabrik interessierte, aus deren Geräuschen er komponierte. Stattdessen machte er östliche Weisheiten zu seinem musiktheoretischen Fundament, übertrug schließlich das I-Ging in seine Zufallskompositionen.

### Idee der Komposition stets vermittelt

Dennoch war Cage stets bemüht, zumindest seinem Publikum die Idee seiner Kompositionen zu vermitteln, ganz im Gegensatz zur bisherigen Tradition der sogenannten ernstesten Musik, besonders im Gegensatz zu seinem Lehrer Arnold Schönberg, der seine Musik einem ausgewählten Publikum vorbehielt. Ebenso aber auch im Gegensatz zur amerikanischen Kulturindustrie, die nicht Kunst, sondern Ideologie vermittelt. In diesen Abgrenzungen erhält sich ein Moment des Fortschritts in dem Werk John Cages.

### John Cage und seine Zeit

Eine grobe Skizzierung des Abschnitts der (Musik-)Geschichte, die Künstler wie Cage berühmt machte, soll zumindest offenlegen, wie die musikalischen und künstlerischen Maßstäbe, die Cage gesetzt hat, zu Maßstäben einer politisch engagierten Musik werden könnten.

Dabei ist die Besonderheit der Entwicklung der amerikanischen Kultur auffällig und im Bereich der Musik geradezu drastisch; im Gegensatz zu Europa gab es bis zum zweiten Weltkrieg in den USA kaum namhafte Komponisten im Sinne einer avancierten Musikgeschichte, wie sie in Deutschland, England oder Frankreich zu verfolgen war, von geradezu populistischen Operntraditionen in Italien ganz zu schweigen.

Auf der einen Seite gab es seltene Außenseiter wie Charles Ives, auf der anderen Seite dann die rasante Entwicklung einer Kulturindustrie, die ihre künstlerische Produktion voll und ganz nach Maßstäben ökonomischer Interessen gestaltete. Musik wurde zum ideologischen Instrument, die Komposition zum Schlager, der Komponist zum Star, oder sie hatte sich als Illustrationsmittel den Bedürfnissen

der Filmproduktion in Hollywood anzupassen.

### John Cage und die Zwölftonmusik

Während des Zweiten Weltkrieges änderte sich die Bedeutung der Musik durch die Emigration vieler zumeist jüdischer und kommunistischer Künstler aus dem faschistisch besetzten Europa, unter ihnen auch der Komponist Schönberg. Was ein Komponist wie Schönberg an musikalischem Fortschritt mitbrachte, war eine vielseitig verwendbare Zwölftontechnik. Gab es in bisherigen Kompositionen stets einen Grundton, ein Leitmotiv oder ein Thema, auf das die gesamte Komposition immer wieder harmonisch zurückführbar war, sollten in der Zwölftontechnik alle zwölf Töne gleichberechtigt verwendet werden; statt harmonischer Auflösungen waren die Kompositionen nun durch Disharmonien und permanente Spannungen bestimmt. Die Zwölftontechnik entwickelte sich maßgeblich in drei Richtungen: weil für die Hörgewohnheiten Zwölftonmusik »schräg« klingt, konnte sie als Spannungsmittel in Filmen eingesetzt werden, um Schockwirkungen zu erzielen. Andere Schönbergsschüler wie zum Beispiel Hanns Eisler und Paul Dessau sahen in der disharmonischen und auf Gleichberechtigung der Töne beruhenden Zwölftontechnik eine Möglichkeit, die Zerrissenheit der kapitalistischen Gesellschaft darzustellen; sie politisierten die Zwölftontechnik gewissermaßen. Eine dritte Richtung aus der Schönbergschule bildete schließlich eine Künstlergeneration, zu der John Cage gehörte. Zusammen mit Künstlern wie Jasper Johns oder Robert Rauschenberg wurde die Idee der Zwölftontechnik als rein künstlerisches Konzept weiterentwickelt. Diese erste wirklich amerikanische Generation von Künstlern revolutionierte die Kunst als eine beständige Grenzüberschreitung ihrer selbst. Für die Musik bedeutete das: Der Gleichberechtigung der Töne folgte die Aufhebung der Rhythmik, der Töne selbst, bis hin zur sogenannten konkreten Musik, die sich aus Geräuschen des täglichen Lebens zusammensetzt.

### Politisierung und Vermarktung

Ohne direkt auf Gesellschaft zu reagieren, gab es für Künstler wie Cage in den 60er Jahren maßgeblich durch den Vietnamkrieg eine Politisierung. Die spontanen Proteste und Vorstellungen einer anderen, nicht auf kapitalistischer Ordnung basierenden Gesellschaft schienen mit der Vorstellung der Zerstörung aller künstlerischen Ordnung zu



Neben musikalischen Werken schuf John Cage (Bild) auch ein umfangreiches poetisch-philosophisches Werk, das er fortlaufend in Büchern veröffentlichte, u. a. in »Silence« (1961), »A year from Monday« (1968), »M« (1970), »Writings through Finnegans Wake« (1978), »Empty Words« (1979), »Themes & Variations« (1982), »X« (1983). Viele dieser literarischen Texte sind Sprechtexte, mündliche Literatur, akustische Poesie, die Cage vortrug.

sammenzupassen. Doch so, wie die Protestkultur der 68er von der Kulturindustrie eingeholt wurde, wurde auch die Musik Cages vermarktet. Seine Musik wurde nicht umsonst von einer Philosophie wiederentdeckt, die sich von aller Gesellschaftskritik befreit hat: In den letzten Jahren wurde Cages Musik als postmodern gefeiert, von Zeitgeistmagazinen entdeckt, und ähnlich wie Andy Warhol wurde auch Cage zum Künstlerstar stilisiert. Komponisten wie Philip Glass entwickelten Cages Musik zu

minimalistischen Meditationskompositionen, die Revolutionierung der Musik scheint zur Mode verkommen zu sein. Gleichzeitig hat die Musik Cages aber schon jetzt auch ein anderes Erbe hinterlassen: Im Bereich der Jazzmusik und progressiven Rockmusik gibt es eine Handvoll von Musikern, die versuchen, die musikalischen Grenzüberschreitungen Cages mit der Thematisierung gesellschaftlicher Verhältnisse zu verbinden. Wie einst der radikale Flügel der Schönbergschüler versuchen

heute Komponisten wie Fred Frith, eine Musiktradition lebendig zu halten und weiterzuentwickeln, die nicht bloß gesellschaftliche Verhältnisse illustriert, sondern eingreift. Aus der Verwendung von Radios wurde so die Verwendung von Radiosendern wie Venceremos: aus 4,33 Minuten Stille und Orangensaft wurde eine Musik, die nicht schweigt und nicht aufhört, auf eine amerikanische Gesellschaft hinzuweisen, in der für immer mehr Menschen Orangensaft zum Luxus wird. — (nob)

#### Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen, Jahres- oder Halbjahresabo bitte anstreichen)

- ☐ 6 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.
- ☐ Im Halbjahres-/Jahresabo (26,- bzw. 52,- DM je Einzelabo)
- ☐ Im (Halbjahres)-Förderabo (39,- DM je Einzelabo).
- ☐ Halb-/Jahresabo für neue Länder (16,90 bzw. 33,80 DM im Jahr)

☐ Bankinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name: .....

Straße: .....

Postleitzahl/Ort: .....

Konto-Nr./BLZ: .....

(Bank Unterschrift)

Einsenden an: GNN, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1 oder regionale Bestelladresse

19/92

#### Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.  
Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260 226, Tel.: 0221/21 64 42. Die Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Hüseyin Celebi (über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 68, 5000 Köln 1), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 12 07 22, 6800 Mannheim 1), Jörg Detjen (über: GNN, Postfach 260 226, 5000 Köln 1), Martin Fochler (über: GNN, Dachauerstr. 28, 8000 München 2), Christiane Schneider (über: GNN, Güntherstraße 6a, 2000 Hamburg 76), Herbert Stascheit (über: GNN-Verlag, Badeweg 1, 0-7144 Schkeuditz), Werner Thümmel (über: GNN, Czernikstr. 5, 1000 Westberlin 62).  
Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Tel.: 0221/21 16 58, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax: 0221/21 53 73. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 36 00.  
Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26,- DM (Förderabo 39,- DM), ein Jahresabonnement Politische Berichte 52,- DM (Förderabo 78,- DM). Für

Bezieher aus den neuen Bundesländern beträgt der Einzelpreis 1,- DM; das Halbjahresabo kostet 16,90 DM/Jahresabo 33,80 DM. Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küster; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.  
Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGMe, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF.

Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1. — Beilagenhinweis: Regelmäßig veröffentlicht: Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

Bestelladressen:  
GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H. 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260 226  
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76  
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen, Czernikstr. 5, 1000 Westberlin 62  
GNN Verlag Nordrhein-Westfalen, Grenzweg 4, 3000 Hannover 1  
GNN Verlag Nordrhein-Westfalen, Zülpicher Straße 7, 5000 Köln 1  
GNN Verlagsgesellschaft Hessen, Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 11  
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg, Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1  
GNN Verlagsgesellschaft Bayern, Dachauerstr. 28 (Rgb.), 8000 München 2

für Bezieher aus Ostdeutschland  
GNN Verlagsgesellschaft Sachsen, Badeweg 1, 0-7144 Schkeuditz